

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Vorwort:

Diese Woche hätten wir gut und gerne auch sechzig Seiten voll bekommen; gerettet hat uns wie immer die radikale Verkleinerung, der Ordner und die Möglichkeit, Texte an die nächste Ausgabe weiterzuschieben. Wer nun - wie „die Unglücklichen“ meint - der Ordner sei eine Form von Zensur, kann sich doch einfach mal mit seinen FreundInnen hinsetzen, die beiden letzten Ausgaben dieser Zeitschrift auseinanderschneiden und zu einer Ausgabe neu zusammenkleben. Auf 36 Seiten als maximale Größe - wir sind gespannt, welche Texte dann rausfallen.

Eine große Schiebung konnte unsere kleine Zeitung am letzten Wochenende aufdecken. Entgegen den üblichen Geflogenheiten bei allen Preisausschreiben durften beim „ultimativen Quiz für alle KennerInnen des EX“ auf der Dinosaurier-Party auch die MitarbeiterInnen des EX mitmachen. Und siehe da, alle drei Hauptgewinne gingen „zufällig“ an (ehemalige) MitarbeiterInnen dieses Etablissements. Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Wir fordern ein Freibier für jede/n, der das auf Seite 7 abgedruckte Quiz richtig ausgefüllt am EX-Tresen abgibt.

Nach wie vor haben Plakate, von denen wir Filme auf A 4 erhalten, die größten Chancen, auf die Rückseite zu kommen. Und ganz toll wäre, schon nach Farben getrennt.

Zu der Aktion „Tötet Thierse“ sind uns mehrere Papiere zugeschickt worden. Trotz Kritik daran haben wir uns zur Veröffentlichung entschlossen, weil wir meinen, eine Diskussion darüber sei besser, als die Texte in den Ordner zu packen. Aufgrund des großen Medienechos, welches die Aktion hervorgerufen hat, finden wir es außerdem besser, nicht der bürgerlichen Presse eine Kommentierung zu überlassen. Leider hat bei uns die Erklärung von Seiten der „Autonomen Miliz“, was politische Satire eigentlich ist, ihre Qualität und ihre Grenzen, mehr Verärgerung als Klärung hervorgerufen. Wir haben so unsere Schwierigkeiten mit „Pathologie“ und „Erbgesetzen“, mit „Agenten“ und „Elementen“. Aktionen sollten auch immer ihre Vermittelbarkeit miteinkalkulieren. Der Genauigkeit wegen: Es waren „die Frontsoldaten“, welche das Plakat „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebkecht!“ firmierten. Die „B.Z. am Mittag“ titelte damals auf den Doppelmord an Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg: „Liebkecht auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg von der Menge getötet“. Heute spricht dieselbe Zeitung bei Satire (!) von „Terror und Mord - und das auch noch mitten in Berlin“ (Quellen: „B.Z. am Mittag“ vom 16.1.1919 und „B.Z. am Sonntag“ vom 11.1.1998).

P.S.: Weiterhin erscheint die Interim im 14-tägigen Rythmus - also das nächste Mal am 5. Februar 1998.

Inhalt:

- 3 Kiezbummel gegen Schönbohm
- 4 Piratinnen gegen SORAT-Hoteljacht
- 5 Volxsport & Wartenberg
- 6 der ultimative Fragebogen
- 7 Neues aus der Brunnenstraße
- 9 Konflikt in der Brunnenstraße & Mehringhof
- 10 ... Thierse
- 11 ... sexualisierte gewalt im Hüttendorf
- 13 ... Männerverhalten im knast
- 14 Antifademo in Dresden
- 15 Antifademo in Passau
- 17 ... Flüchtlinge erkämpfen ihre Rechte
- 20 ... Anwerbungsversuch in Marburg & Antifa-Volkssport
- 21 ... tree-spiking
- 22 ... Gen-Tech-Freisetzung
- 24 ... Volkssport Castor
- 26 ... Intersexualität
- 29 ... der Seminarschein für Interim-AutorInnen
- 30 ... die Unglücklichen melden sich wieder zu Wort
- 34 ... Termiten

verschoben:

Welche Revolution? Thesen zur MRTA
Sex ohne Grenzen: die lesbische Variante des Neoliberalismus
Geld oder Leben? Karawane nach Genf im Mai 98
(schickt uns bitte eine bessere Vorlage bis in 14 Tagen)

Ordner:

Ein Jahr nach der Wurz-Demo. Eine ergänzende Einschätzung des Leipziger Bündnis gegen Rechts (vor allem, weil die Vorlage kaum lesbar ist; warum könnt ihr einen Laser-Ausdruck nicht an einem guten Kopierer kopieren?)
Ballermann 98 oder 99 Luftballons
Komitee Freiheit für Patricio Ortiz (Zürich)
Plakataktion in Marburg für die RAF-Gefangenen
Infobüro Nürnberg zur Situation der politischen Gefangenen international
Wenn Menschen sich zusammenschließen ...
Ein Bilderrätsel zum Thema: TextBildLeserInnenSchuldSchuldSchuld
?Welche Solidarität?
Alles Geschichte oder Ruhe und Ordnung herrschen im Land

Herausgeberin:
Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Am 25. Januar 1998 jährt sich der Amtsantritt des Innen-
generals Schönbohm zum zweiten Mal.

Wir sagen: Zwei Jahre Schönbohm sind mehr als genug!!!

Hier nur ein Beispiel für die Weltanschauung des Ex-
Generals: „Integration wird umso schwieriger je höher der Anteil
der Ausländer ist. [J. Schönbohm; Ausländerpolitik in Deut-
schland; ZAR 1/97; Seite 3-8]. Gerade Kreuzberg ist seit
Jahren der Beweis für das Gegenteil! Wir haben keinen
Bock, daß Leute zu Sündenböcken gemacht werden, weder
hier in Kreuzberg noch anderswo. Betroffen davon sind in
erster Linie ImmigrantInnen. Sie werden auf übelst rassisti-
sche Weise als „Kriminelle“, „Mafiosi“ oder auch „Terroristen“
diffamiert. Das motiviert Neonazis und andere Rassisten-
schweine zu weitergehenden Angriffen auf MigrantInnen und
Flüchtlinge. Selbst in Kreuzberg 36 hinterlassen die Faschos
mittlerweile ihre braune Scheiße auf Häuserwänden, wie am
27.12. 1997 nach einem massiv von den Bullen geschützten
Faschokonzert in der Köpenicker Straße. Und der Innense-
nator bezeichnet rechte Gewalttäter als „Junge Demokraten“.
Parallel dazu hetzt er seine rassistischen Polizeitruppen auf
hier lebende KurdInnen, denen bei politisch motivierten Ver-
urteilungen die sofortige Abschiebung in die faschistische
Türkei droht, d.h. oft in den sicheren Tod.

Die medialen Hetzkampagnen betreffen auch Punx, Besetze-
rInnen; DrogenuserInnen, Obdachlose, Behinderte, Graffiti-
künstlerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose oder
andere Randgruppen, die wahlweise als „Sozialschmarotzer“,
„Betrüger“, „lästige Kostenfaktoren“ oder auch „Müll und
Dreck“ diffamiert werden. Auch der Ex-General Schönbohm
meldet sich in diesem Unsinn häufig in den Medien zu
Wort.

Durch die großangelegte Medienhetze über die angeblich
ach so bedrohte „Innere Sicherheit“ wird von den wirklichen
Problemen abgelenkt. Die grandiose Behauptung, es gäbe
kein Geld, läßt uns mittlerweile alle schmunzeln. Wie in der
Wirtschaftsteilen der Zeitungen nachzulesen ist, stiegen die
Unternehmensgewinne von 1980 bis 1995 um 116%. Parallel
dazu sind alle sozialen Projekte massiven Kürzungen ausge-
setzt, sei das nun die Kita nebenan, der Jugendclub um die
Ecke, Frauenhäuser, Schulen oder Krankenhäuser.

Berechtigte Ängste um die soziale Existenz werden auf kon-
struierte Feindbilder projiziert. Darauf haben wir keinen Bock
mehr! Deshalb rufen wir alle Menschen auf, das Schweigen
zu brechen und die Passivität zu überwinden.

Kommt lautstark und massenhaft

WEG MIT DEM PRINZIP SCHÖNBOHM

Das Prinzip Schönbohm beinhaltet die Militarisierung der In-
nenpolitik zur Durchsetzung HERRschender Interessen: massi-
ve Umverteilung von unten nach oben; „Säuberung“ der alten,
neuen Reichshauptstadt; Verteilung andersaussehender und
andersdenkender Menschen aus den Innenstädten; Zerschla-
gung gewachsener Kiezstrukturen im Interesse der Großkon-
zerne und der Reichen denen sie gehören.

Die daraus notwendigerweise entstehenden sozialen Probleme
werden von den HERRschenden in Kauf genommen; dagegen
werden die Sicherheitsapparate wie Polizei und Geheimdienste
massiv aufgerüstet und mit immer weitreichenderen Befugnis-
sen ausgestattet („Großer Lauschangriff“). Damit schaffen sich
die HERRschenden präventiv die Mittel um zukünftigen Wider-
stand wirkungsvoll zu zerschlagen.

Um Widerstand vorzubeugen, werden Feindbilder wie „Sozial-
schmarotzer“ oder „kriminelle Ausländer“ konstruiert und mittels
Medienpropaganda unter die Leute gebracht. Die dabei prä-
sentierten Gedankengänge unterscheiden sich nicht merklich
von denen eines Schönhuber (REP) oder Andreas Storr (NPD-
JN; z.Zt. größte militante Naziorganisation).

**Doch wir sind nicht ohnmächtig! Wenn wir dieser
Politik unseren gemeinsamen Widerstand entge-
gensetzen, kann das sehr wirkungsvoll sein, wie
die Anti-Castor-Bewegung im Wendland beweist.**

ORGANISIERT EUCH!

BILDET BANDEN!



Generalanzeiger

Magazin für äußerste Sicherheit

**Kreuzberger Kiezbummel
gegen Schönblöde Innenpolitik**

Sonntag, 25.1. 1998

15:30 Uhr

U-Bhf Schlesisches Tor

Demoroute:

Schlesisches Tor – BOTAG-Center - Wrangelstr. - Lausitzer Platz - Man-
teuffelstr. - Oranienstr. - Adalbertstr. - Mariannenplatz - Heinrichplatz

Piratinnen gegen SORAT-Hoteljacht

An
Sorat und Konsorten

Einen schönen guten Morgen den Herren Garski, Penz und Pleß,

ich bin innerhalb unserer Crew beauftragt worden eine Erklärung zu verfassen, die Euch den Wirbel der letzten 48 Stunden etwas verständlicher machen soll. Obwohl ich nicht glaube, daß das großen Sinn macht, will ich die Sache aber auch nicht so einfach stehenlassen. Außerdem haben wir beschlossen, einige wichtige Vorstellungen unsererseits an Euch heranzutragen, um Euch die Möglichkeit zu geben, die Wogen der aufgewühlten See zu glätten. Doch nun zu den Tatsachen:

1. haben wir in einem Überraschungsangriff in den Morgenstunden des 8.1.98 Eure Tegeler Hotelyacht geentert und in Brand gesetzt.
2. ist hinlänglich bekannt, daß Eure Firma Sorat widerliche Geschäfte im Zusammenhang mit Flüchtlingen betreibt.

Ihr werdet es zwar nicht begreifen, aber diese beiden Punkte hängen eng miteinander zusammen.

Ihr - die Herren Garski, Penz und Pleß - seid in unseren Augen ekliger als das Dreckwasser in unserer Kombüse und Geschäftemacher der übelsten Sorte. Sorat betreibt und befördert Rassismus. Euch gebührt unsere vollendete Verachtung und es gibt sicherlich andere, die würden Euch am liebsten Kielholen lassen, bis die Haie Euch vernascht haben. Aus diesen Gründen haben wir es uns zum Ziel gemacht, den Luxusliner "Sorat" zu versenken.

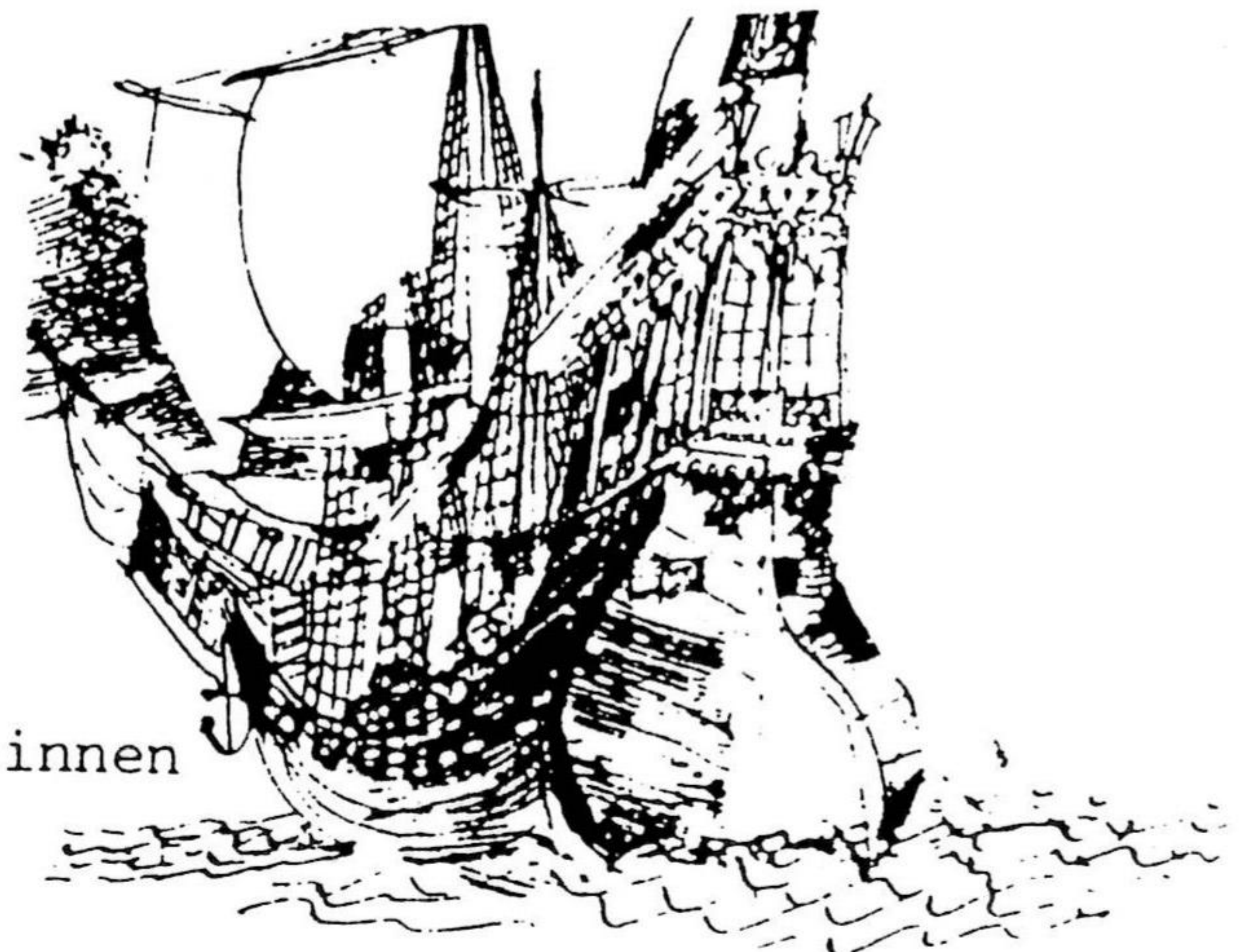
Als Geste der Güte und Dialogbereitschaft möchte ich, nun zu unserem Angebot kommen. Wir stellen das Feuer ein, wenn ihr:

1. sofort Eure Flüchtlingsheime und Einkaufssammelmagazine auflöst und aus sämtlichen Geschäften in dieser Richtung aussteigt.
2. als Wiedergutmachung für Euer unverantwortliches Tun sämtliche in Eurem Besitz befindlichen Gebäude und Gelder einer Flüchtlingsorganisation übereignet.

Meine Ausführungen sind hiermit nun beendet, und ich hoffe diese Worte finden bei Euch Eingang, denn wir werden keine Scheu zeigen, diese Auseinandersetzung an Land weiterzuführen.

Feuer frei auf Sorat!

John Silver
i.A. der Piraten / Piratinnen



P.S.: Wir werden diesen Brief selbstverständlich einer größeren Öffentlichkeit zukommen lassen, und grüßen damit gleich noch die anderen Klabautermänner und -frauen, die sich in gemeinsamer Sache hier einsetzen und eingesetzt haben.

Gegen die Gerüchteküche Teil II

SOLI - PARTY
für die MRTA
in der KÖPI 137
De Ruths (ska)
VERMILION FIELDS (dark-alternative)
BAKTERIELLE
INFEKTION (electronic)
KORBAK (american gothic/punk)
EINTRITT: 5 MARK
am 23.1.98
offen ab 20.00 Uhr
Konzertbeginn 21.00 Uhr
anschließend Disko!
Köpenickerstr. 137 U-Bhf. Heinrich Heine Str.

Wie Ihr sicher bereits in der INTERIM 439 gelesen habt, kam es am 15.11.97 in der Nähe des S-Bahnhof Wartenberg zu Festnahmen von drei Personen. Diese sollen laut den Bullen an einer Auseinandersetzung zwischen „Anhängern der autonomen Szene“ und Mitgliedern der JN beteiligt gewesen sein. Alle drei wurden mit dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruches und wegen angeblicher Fluchtgefahr in U-Haft gesteckt.

Am 25.11. bzw. 27.11.97 wurden diese Leute nach einem Haftprüfungstermin wieder entlassen. Die Anklage wird aber aufrechterhalten und es ist mit einem langwierigen und deshalb teuren Prozeß zu rechnen.

Da es uns bei unserer ersten Information noch nicht möglich war ein Spendenkonto zu veröffentlichen, reichen wir dieses hiermit nach.

Rote Hilfe e.V.

Konto: 718 959 0600

BLZ: 10020000

Berliner Bank

Stichwort: Festnahmen 15.11.97

Volxsport

Einige FreundInnen

Kleines Presseecho auf den Brandanschlag
gegen den SEAT-Vertragshändler ACC Autocenter
GmbH in Berlin vom 12.12. zum 13.12.97.



Anschlag auf Autohaus

REINICKENDORF - Auf das Seat-Autohaus in der Roedernallee ist gestern um 4.54 Uhr ein Brandanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei brannte ein Wagen völlig aus (Foto oben), drei weitere wurden erheblich beschädigt. Der Staatsschutz ermittelt.

Berliner Kurier, So. 14.12.97

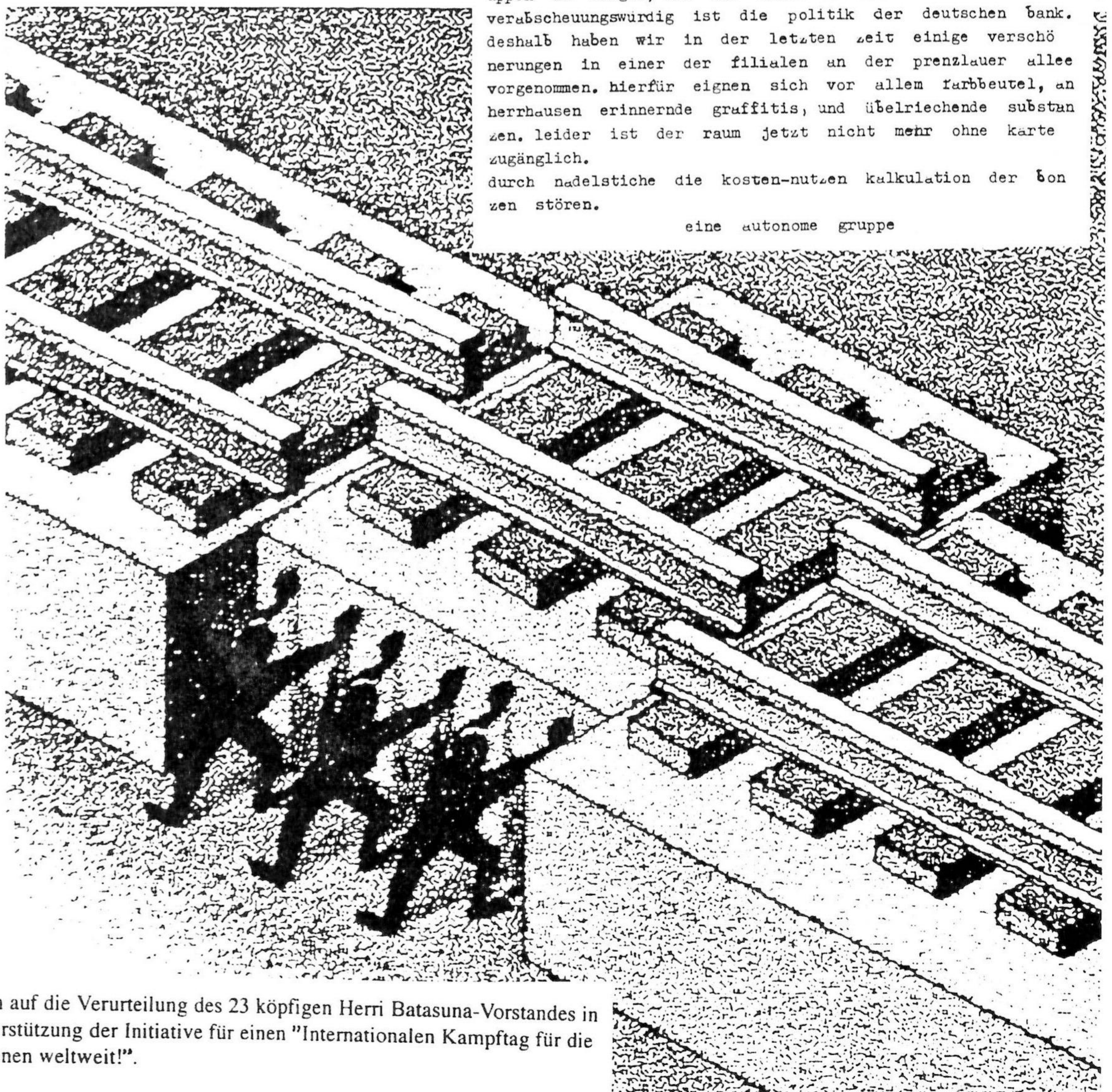
Autohaus brannte

Unbekannte verübten auf ein Autohaus Am Nordgraben (Reinickendorf) in der Nacht zu Sonnabend einen Brandanschlag. Zwei Autos brannten aus, zwei wurden stark beschädigt.

Berliner Morgenpost, So. 14.12.97

Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind wir noch nicht durch spektakuläre Aktionen in Erscheinung getreten. Klar ist uns auch, daß wir (kurzfristig) die Macht der herrschenden Kapitalistenclique nicht brechen können. Es geht aber darum durch kontinuierliche Militanz den Eliten in allen Bereichen entgegen zu treten und anderen Gruppen zu zeigen, daß sie nicht alleine sind. Besonders verabscheuungswürdig ist die Politik der deutschen Bank. Deshalb haben wir in der letzten Zeit einige Verschönerungen in einer der Filialen an der Prenzlauer Allee vorgenommen. Hierfür eignen sich vor allem Farbbeutel, an Herrenhäusern erinnernde Graffiti's, und übelriechende Substanzen. Leider ist der Raum jetzt nicht mehr ohne Karte zugänglich. durch nadelstiche die Kosten-Nutzen Kalkulation der Banken stören.

eine autonome Gruppe



Der Anschlag war eine Reaktion auf die Verurteilung des 23 köpfigen Herri Batasuna-Vorstandes in Spanien und eine militante Unterstützung der Initiative für einen "Internationalen Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit!"

autonom-internationalistische Gruppen

DAS ULTIMATIVE QUIZ FÜR ALLE KENNERINNEN DES EX

1. Wann wurde das Ex gegründet?

- A auf Beschluß des Besetzerrates am 12.12.80
- B im Zusammenhang mit den 1.Mai Krawallen 1987
- C das gabs schon immer
- D April 1984 (Aus Anlaß des 10ten Jahrestags der portugiesischen Revolution?)

2. Woher stammt der Name EX?

- A von einer Biermarke (das Kiezbier)
- B ein Kürzel für EX-Spektrum
- C in Erinnerung an Emma Goldmann und Malcom X

3. Wann sprach einE EX-KollektivistIn das erste Mal den Satz: „Kollege kommt gleich“?

- A bei einer Hausdurchsuchung im EX
- B bei einem Besuch des Gewerbeaufsichtsamtes
- C als eine nicht freundlich gesonnene Jungendgang zur Tür reinkam
- D beim Bestellen eines Milchkaffees

4. Wann erklang die Parole „Handfeger“ ?

- A als geheimes Codewort des Lautsprecherwagenschutzes am 11.6.82
- B um den letzten Gast zu verabschieden
- C als Schmähruf für Hunde, um das Hundesverbot durchzusetzen
- D ist ein Relikt aus Specki-Zeiten, um Betrunkene daran zu hindern, sich an Glasscherben zu verletzen

5. An welchem Konflikt zerbrach fast das erste Ex-Kollektiv?

- A an der Diskussion um weiße Tischdecken
- B an der Selbstausbeutung
- C an einer Bullenprovokation

6. Wieviel Bestechungsgeld hat das 2. Ex-Kollektiv an die Mitglieder der Mieterversammlung des Mehringhofs gezahlt, um die Kneipe zu übernehmen?

- A 10 Mille
- B 5 Tafeln Schokolade (deshalb fordert die Interin noch heute ihren Anteil)
- C 50 Mark pro Projekt
- D da wird bis heute nicht drüber geredet. Anna und Arthur haltens Maul!

13. Was verbirgt sich hinter dem Begriff Schwarzlicht?

- A das aus einem schwarzen Loch scheinende Licht
- B eine aparte Toilettenbeleuchtung
- C ein Hilfsmittel für Junkies
- D der Auslöser für den militanten Angriff einer Frauen Lesben-Gruppe aufs EX

14. Was ist ein Hönkel?

- A Schlachtruf der EbLT
- B Schlachtruf der Autonomen
- C eine Verballhornung von Hinkelstein, wobei das „stein“ rausgefallen ist
- D ein Toilettenreinigungsgerät, ähnlich einem Pömpel
- E langfristig geplante, politisch fundierte Kampagne gegen den globalen Imperialismus

15. Wofür hatte das Ex einen §129a - Prozeß ?

- A für eine Ausstellung von Malversuchen politischer Gefangener
- B für unerschrockene Tapferkeit vor dem Feind
- C wegen Ausschank von Cocktails (Molotow)

16a. Bei welcher Gelegenheit veranstalteten EX-Kollektivistinnen eine Lesung von überarbeiteten Texten von Erich Mühsam?

- A im Rahmen einer Veranstaltung zur Geschichte des Anarchismus
- B als Redebeitrag gegen die Räumung der Mainzerstraße
- C zur Auflockerung einer politischen Bildungsveranstaltung in der Witzlebenstr.

16b. Wie war die Resonanz auf diesen Vortrag?

- A Applaus
- B Rückzug der Bullen
- C die Vortragenden gewannen je eine Woche Kuraufenthalt mit Einzelzimmer und Vollverpflegung

17. Was verbirgt sich hinter dem Begriff Infosystem?

- A geheime Kommunikationsstruktur von RAF-Gefangenen
- B ein Zusammenschluß von Kneipen zur Steigerung des Umsatzes
- C eine Tafel über dem Tresen (Preisliste?)
- D ein Instrument zur Sicherung des Informationsmonopols des ZK's
- E gelungener Putschversuch des EX gegenüber der Mieterversammlung um den Mehringhof bei wichtigen pol. Ereignissen offen zu halten

7. Wer sind Anna und Arthur?

- A die Gegner von Paul und Paula
- B Lieferanten des EX
- C Ökobouletten
- D Codename von M und W
- E XY
- F Synonym für Aufrechte Haltung in schwierigen Lebenslagen

8. Was für Bedingungen mußten erfüllt werden, um Mitglied im autonomen ZK (EX-Kollektiv) zu werden?

- A betont cooles und arrogantes Verhalten
- B Unfreundlichkeit gegenüber Hunden
- C Cappuccino und Milchkaffeeaphobie
- D Hörschaden

9. Was qualifizierte eine Band im EX zu spielen?

- A Bekanntheitsgrad, sprich gute Kasse
- B Lautstärke
- C Schrummelpunk
- D political correctnes (bekanntmaßen wurde sie ja im EX erfunden)

10. In welchem Jahr verteidigten MitgliederInnen des EX-Kollektives den Lautsprecherwagen von Atif gegen Bullen und DGB?

- A März 1848
- B 1. Mai 1985
- C 1. Mai 1986
- D 1. Mai 1987

11. Aus welchem Anlaß, wurden grüne Bücher im Ex verteilt?

- A das ist eine Verleumdung, das ist nie geschehen
- B als Karikatur auf die Verteilung von Mao-Bibeln durch die RIM
- C zum Studium der Schriften Muammar Al - Khadaffis, während der amerikanischen Bombardierung von Tripoli und Bengasi

12. Was verbirgt sich hinter M & W?

- A ein Bekleidungsmodengeschäft in der Berliner Innenstadt
- B Unglückliche aus der Paul und Paula Debatte
- C zwei fälschlich als VS-Spitzel Verdächtige, tatsächlich aber als Stasi-Sitzel arbeitende Dumpfbacken
- D eine neue Sektmarke

18. Bei welchem Anlaß wurden im EX Körperkontrollen durchgeführt?

- A Veranstaltung 10 Jahre Stammheim Herbst 87
- B während des IWF's um zu gewährleisten, daß keine Zivis die Kneipe betreten
- C beim Konzert der Angelic Upstarts
- D als die illegalisierte radi von Weihnachtsmännern verkauft wurde

19. Welches Getränk wurde nie (na ja, fast nie) im EX verkauft?

- A Schottischer Wisky
- B Veltins
- C Coca Cola
- D Milchkaffee
- E Fernet Branca
- F Kamillentee

20. Was waren die positivsten Eigenschaften aller EX-Kollektive?

- A innere Gelassenheit hinter dem Tresen
- B spontane Diskussionsfreudigkeit zu allen Tages- und Nachtzeiten in der Küche
- C sachliches Abwägen zwischen den Wünschen der KundInnen und den eigenen Bedürfnissen
- D entschlußfreudige politische Positionierung zu allen Fragen des aktuellen Weltgeschehens
- E "Die Entdeckung der Langsamkeit"

21. Welche Karrieren eröffnen sich nach dem Ausscheiden aus dem EX-Kollektiv?

- A Landtagsabgeordnete bei den Grünen
- B Plattenverkäufer
- C Konzertmanagerin
- D Kläranlagenvertreter im europäischen Ausland
- E Physiotherapeutin bei einem Fußball-Bundesligisten (Hertha ?)

Mehrfachnennungen sind möglich. Den Bogen bitte ausgefüllt übers Bett hängen. Über die GewinnerInnen entscheidet wie immer das ZK unter Ausschuß der Öffentlichkeit. Es steht Bestechungsversuchen jederzeit offen gegenüber. Der Rechtsweg geht zur Seitentür raus, Aufgang 1 hoch bis in den 2. Stock. Übrigens: Die GewinnerInnen der Spülmaschine möchten diese bitte sofort am Tresen abgeben. Sie haben eh an einem anderen Preisausschreiben teilgenommen und die EX-NachfolgerInnen könnten eine neue gebrauchen.

Brunnendorf:

Was ist geschehen?

Freitag Abend, 10.1.97 - ca 30 Menschen halten sich im Hof der Brunnenstraße auf, Musik scheppert aus kaputten Lautsprechern. Müllcontainer und Gerümpel werfen den zur Barrikade aufgetürmt. Bierdosen stehen herum, an denen sich in der Regel entschlossen dreinblickende Leuten festhalten. Jene, die in den Augen der Barrikadenkämpfer nicht auf der richtigen Seite stehen, wird unter Pöbeleien kurzerhand der Zutritt zur Brunnenstraße verweigert. „Jetzt geht's gegen die Yuppie-Automen!“ So die einfache Botschaft auf einem Konzert in der Köpi.

Warum das alles?

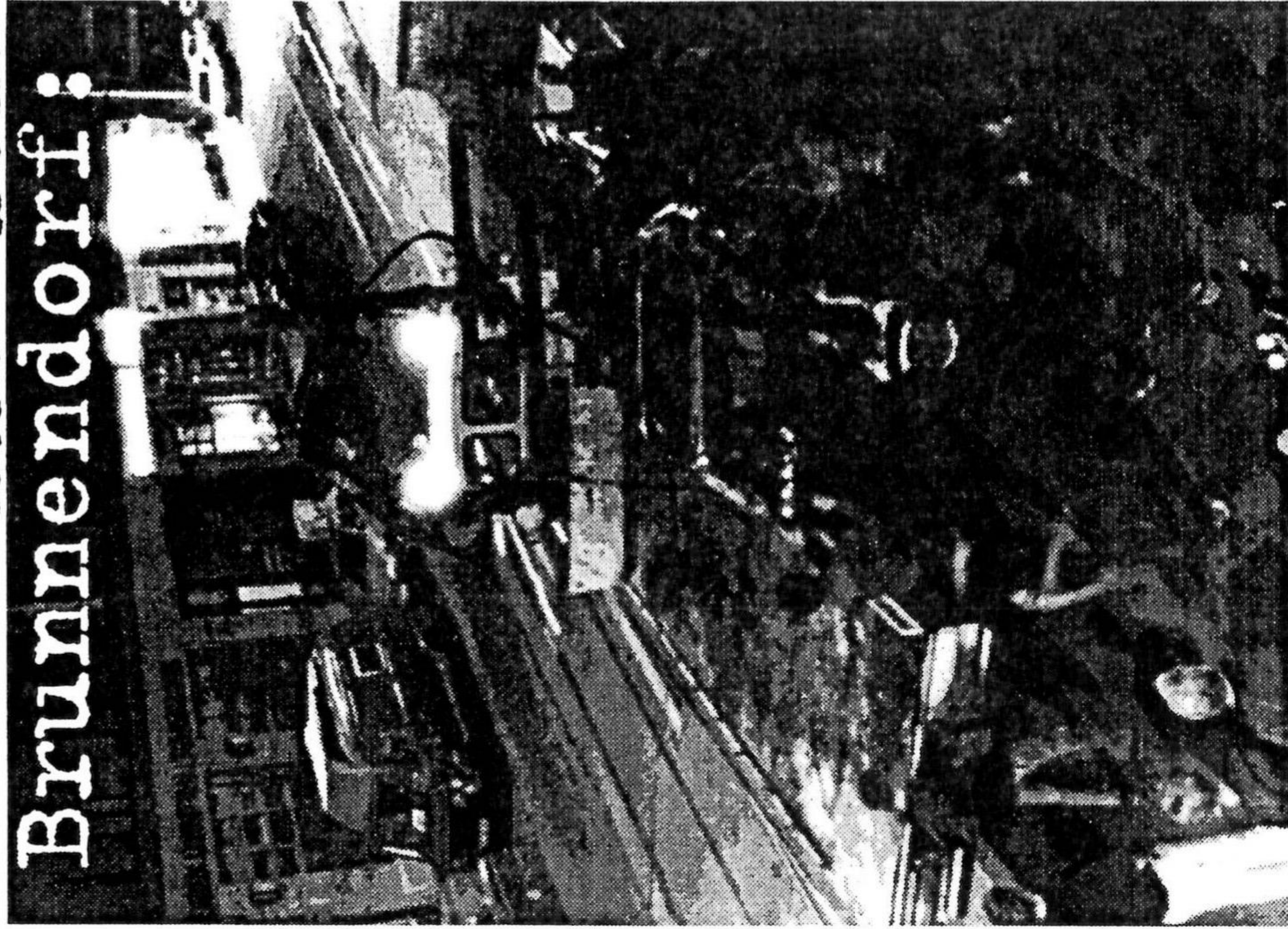
Bei BewohnerInnen des B-Flügels der Brunnenstraße kam das Gerücht an, daß diese aus „ihrem Haus“ geworfen werden sollen. Na klar, Schönbohm, denken sich jene, die mit der Saubermannpolitik des Senats richtigerweise wenig anfangen können. Doch weit gefehlt, nicht Innensensors wollte tätig werden, sondern, so die vertrauliche Information der betreffenden HausbewohnerInnen und passionierten BarrikadenkämpferInnen im eigenen Hof, Yuppie-Autome seien diejenigen, die sie gemeinerweise auf die Straße werfen wollen.

Spätestens mit dieser Information bläht der Rezeptor die Brust, bemüht die Moral und etikettiert solch ein Vorhaben schlicht als verwerflich.

Noch mal zurück:

Die Brunnenstraße ist ein Gebäudekomplex mit 8 Hausflügeln. Seit '91 mittels Einzelmietverträgen legalisiert. Ein zusätz-

lich abgeschlossener „Rahmen“-Mietvertrag sicherte uns bspw. Belegungsrecht für freiwerdende Wohnungen zu. Dieser ist mittlerweile ausgelaufen, was bedeutet, daß wir bemüht sind Vertragsverhältnisse zu erhalten (da keine neuen Einzelmietverträge abgeschlossen werden). Alle Aufgänge werden, bzw. wurden von den dort wohnenden Gruppen verwaltet. Zentral geregelt wurden nur Mietangelegenheiten, damit keine Verträge durch nachlässigen Umgang gefährdet werden.



Die Miethöhe für die BewohnerInnen beträgt 70 Makk pro Nase, wovon z.B. Leute ohne Knete mitfinanziert werden (ehemals Mädchen-WG, Migrantinnen...)

In einem Gebäudeteil, dem besagten B-Flügel, war allerdings die Struktur der dort lebenden weniger von Gruppe und Verantwortlichkeit geprägt. Seit 2-3 Jahren zahlen die BewohnerInnen keine Miete, lassen sich von uns ganz selbstverständlich finanzieren und beteiligen sich nicht an Plena oder anderen Aufgaben, die in einem Wohnprojekt dieser Größenordnung anfallen. Die selbe Trittbrettfahrer-Mentalität und Unverantwortlichkeit der B-Blügel-BewohnerInnen, die sie dem gesamten Komplex gegenüber zeigen, herrscht auch unter ihnen selbst. Deswegen gab es dort eine große Fluktuation und eine korrigierende Struktur für selbstverständlich auftauchende Unzulänglichkeiten der dort einziehenden konnte sich nicht bilden.

Schnitt:

Hier geht es nicht um arme Trebekids oder Punks!
Hier geht es um K., einen 22-jährigen Militärfetischisten, der pubertäre Freude daran findet, auf einer Miniaturlandschaft Panzerschlachten nachzustellen. Dem es witzig erscheint, Uhse-Fickuppen am Halse an der Hausfassade aufzuknüpfen.
Der schon mal die Fenster eines anderen Flügels mit Steinen einwirft und erst so richtig zum Manne wird, wenn er das Frauenhaus mit Pyros beballert.

(Hier, so sind wir uns mittlerweile einig, wäre der Zeitpunkt gewesen, direkt zu reagieren und die Beteiligten nach einer ordentlichen Abreibung direkt auf die Straße zu werfen. Tja, „wäre“ und „gewesen“...)

Schnitt:

Es geht nicht um Linke, nicht um Hausbesetzer
Es geht um D.,
Der BewohnerInnen mit Knüppel und Flaschen bedroht und angreift.
Der mit Pyros auf Fenster ballert, hinter dem normalerweise ein Kleinkind schläft.
Der schon seit 4 Jahren in der Brunnenstraße wohnt und dadurch verantwortlich für die Situation im B-Flügel ist.

Retro:

Seit dem Sommer '96 ist die Diskussion um die BewohnerInnen des B-Flügels in vollem Gange. Was vorher alltäglicher Nerv mit Leuten gewesen war, die nur abwohnen und -hängen bekam eine neue Qualität. Viele vertraten zuvor eine Position, die besagte: „Die Leute des B-Flügels sind anders drauf, kein Grund uns Gedanken darum zu machen. Der Bürokratienerv, die geringe Miete, das sind Sachen, die können wir einfach für den B-Flügel miterledigen.“ Nach dieser Nacht wurde kontrovers diskutiert. Die obige Position traf auf die Forderung nach einem Auszug der Protagonisten dieser Action. Heraus kam, daß sich jene, die persönlichen, freundschaftlichen Bezug zum B-Flügel hatten intensiv kümmern wollen. Das ist geschehen. Das Resümee derjenigen nach mehr als einem Jahr: Gescheitert an Ignoranz, Dummheit und falschverstandenen Freiraumgedanken. Geändert hatte sich nichts.

Ein Jahr später, wiederum nach einem nervenaufreibendem Sommer/Herbst voller Auseinandersetzungen war der B-Flügel bis auf K. und D. leer. Dies bedeutete für uns die Möglichkeit an einer Änderung der unerträglichen Verhältnisse zu arbeiten. Die verbliebenen BewohnerInnen des B-Flügels bekamen mitgeteilt, daß ab jetzt der gesamte Komplex, das Plenum entscheidet wer/welche künftig in den B-Flügel einziehen, da sie sich bis jetzt als unfähig erwiesen haben, einen korrekten Umgang mit der Situation in der Brunnen zu finden.

Zurück:

In einer Nacht, Sommer '96, lief das Faß zum ersten Mal definitiv über. Bewohner des B-Flügels hatten offenbar zuviel Gangsta-Rap gehört und probierten ihre neu erlernten Verhaltensweisen im I.Hof aus. Tonne mit Feuer, Alkohol und anderes engros, laute Musik aus schlechten Lautsprechern. Ein Stimmungsgemisch aus Oktoberfest und Hooligan-Sonnwendfeier. Da wird zur Melodie des Deutschlandliedes gegröhlt und Aufforderungen, ihre Ghettonnenparty etwas gedämpfter abzuhalten werden mit Pöbeleien beantwortet. BewohnerInnen der Brunnenstraße, die zu dieser Szenerie der dritten Art stießen, um ihr Mißfallen kundzutun werden beschimpft, Vergewaltigung wird angedroht und einzelne mit Latten traktiert. In dieser Nacht tat sich hervor: D.

Zur selben Zeit übernachteten viele derjenigen Menschen im Haus, die den Sommer über in der Regel saufend im ersten Hof verbrachten. Auf einem Gesamtplenum, das eigens einberufen wurde, um über neue Gruppen zu sprechen, tauchten 4 dieser Leute auf und stellten sich als BewerberInnen für den B-Flügel vor. Die meisten waren bekannt durch ihren Aufenthalt im ersten Hof. Auf dem darauffolgenden Plenum gab diese „neue Gruppe“ bekannt, daß sie bereit seien Miete zu bezahlen, allerdings nicht 70 pro Nase, wie sonst alle, sondern nur 50 Makk, außerdem würden sie es nicht zulassen, daß wir K. rauschmeißen. Nach so viel Kooperationsbereitschaft und Einsichtsfähigkeit wurde ihnen mitgeteilt, daß wir doch lieber mit anderen Menschen zusammenleben wollen. Ihre Reaktion noch auf dem Plenum selbst bestand aus körperlicher Bedrohung und Anmache. Was nicht weiter verwunderte, hatten sie doch schon den Tag zuvor Nato-Draht auf den Dächern des Hauses angebracht, was eine ziemlich deutliche Aussage ist...

Schnitt:

Es geht hier nicht um Hilfsbedürftige und Unmündige!
Es geht um Th., eine ca 22jährige
Der ohne Grund ein Messer zieht und dies anderen drohend vor den Bauch setzt.

Retro:

Nach diesem ganzen Nerv war für alle BewohnerInnen der Brunnen klar, daß es so nicht weitergehen kann. Allerdings gab es nie eine gemeinsame Vorstellung, wie die Situation verändert werden könnte. Erst in den letzten 4 Monaten und nach (das kann nicht oft genug gesagt werden) im ganzen über 2 Jahre intensiver Diskussion schälte sich die Einschätzung heraus, daß uns keine andere Wahl bleibt, als die betreffenden Leute aus dem B-Flügel zu schmeißen. Mehrere offene Plenen, zu denen wir in die Yorkstraße eingeladen hatten, rollten die Diskussion wieder von vorne auf. Ein Kompromiß, der besagte, K., D., T. und M. sollten ausziehen, während die anderen bis Frühjahr dort wohnen bleiben können wurde von Seiten der anderen BewohnerInnen abgelehnt. „Ich laß mein Kumpel immer wieder rein!“

Dies besagte Treffen in der Yorkstraße hatte zum Ergebnis, daß es unsinnig ist, Leute rauszuschmeißen, wenn sie hinterher von ihren „Kumpels“ wieder reingelassen werden.

Daher die Überlegung auch jene, die ihre Kumpels verteidigen, vor die Tür zu setzen. Denn die Auseinandersetzungen immer wieder führen zu müssen, erscheint auf die Dauer als verschleißend und über unsere Kräfte hinausgehend.

Schnitt...

Es geht nicht um Obdachlose, nicht um Kids!
Es geht um M., einen ca 26jährigen Maler, der Frauen verachtet,
der des öfteren dadurch glänzte, mehr Gewicht in den Bizeps zu legen, als ins Hirn, der sich auf dem Plenum prüfen will.
Der meint Nato-Draht auf dem Dach ist eine Zierde.
Der großkotzig droht, seine Freunde hätten „Wummen“.
Der im B-Flügel die größte Klappe hatte und verantwortlich für den eingeschlagenen Weg ist.

Now:

wir werden die betreffenden Personen rauswerfen
 Das haben wir uns nicht leicht gemacht.
 Über 2 Jahre Diskussion, Suche nach anderen Möglichkeiten und dadurch viel vergebene Energie und Zeit, die anderswo sinnvoller eingesetzt wäre.

In diesem Prozeß haben viele bereits aufgegeben und sind aus der Brunnenstraße ausgezogen. Uns ist klar, daß Leute auf die Straße zu setzen nicht per se zur Palette emanzipativer Politik gehört. Dennoch, wir wollen hier wohnen bleiben und sehen für uns keine andere gangbare Lösung. Die Vorstellung vor Leuten zu kapitulieren, die nicht fähig sind in großen Gruppen zu leben ist furchtbar. Die Existenz des Wohnprojektes Brunnenstraße hängt davon ab, ob es weiterhin geduldet wird, daß wenige Durchgeknallte das Leben der anderen terrorisieren. Wir sind uns bewußt, daß dies ein Versuch ist, der die Möglichkeit des Scheiterns in sich trägt. Ein Scheitern würde bedeuten, daß wir der Brunnenstraße den Rücken kehren und damit nahezu alle Vertragsverhältnisse hinfällig werden. Dann würden „andere“ die Räumung übernehmen...

Von 8 Gebäudeteilen in der Brunnenstraße sagen 7, daß die Situation unerträglich ist. 9 von 10 WG's sprechen sich dafür aus, daß die betreffenden Leute aus dem B-Flügel ausziehen sollen.
 6 von 10 WG's werden das durchsetzen.

Basics

1. Das „Brunnendorf“ 6/7 ist ein Wohnprojekt von Frauen und Männern, die gewillt sind in kollektiven Strukturen zu leben.
- 1.1 daraus ergibt sich, daß Willensentscheidungen, die den gesamten Wohnzusammenhang betreffen grundsätzlich auf einem „Gesamtplenum“ getroffen werden.
- 1.2 Belange, sofern sie nur einen jeweiligen Aufgang betreffen liegen in der Verantwortung desselben.
2. In der Brunnenstraße ergibt sich die Notwendigkeit, Umgangsformen und Regelungen zu finden, die das Zusammenleben ermöglichen.
- 2.1 Diese Regeln sind nicht starr, sondern werden durch stete Auseinandersetzungen hinterfragt und verändert. (zum Prozeß der Auseinandersetzung siehe 1.1 und 1.2.)
3. Die Bewohner und Bewohnerinnen der Brunnenstraße sind Teil eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses und als solche nicht unabhängig von selbigem. Trotz- oder gerade deswegen, ist dieser Teil unserer Auseinandersetzungen.
- 3.1 Dies bedeutet, in dem hier geschaffenen Raum Stellung zu beziehen, und Rückzugsmöglichkeit zu schaffen, in dem die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse eben nicht bestimmend sein sollen.
- 3.2 Unterdrückendes oder ausgrenzendes Verhalten bezüglich (sozialer) Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht werden demnach nicht toleriert; und daraus folgt eine permanente Auseinandersetzung diesbezüglich. (siehe 2.1)
4. Leben in Gruppen (zumal in einer Größenordnung von ca 80 Menschen) führt zwangsläufig zu Interessenskonflikten.
- 4.1 Es kommt darauf an, diese möglichst einvernehmlich zu lösen. (siehe 2.1)
- 4.2 Wo dies nicht möglich erscheint, stehen Interessenskonflikte nicht automatisch gleichberechtigt nebeneinander, sondern werden selbstverständlich bewertet. Die Bewertung erfolgt aufgrund eines Wertemodells (siehe 3.2).
- 4.3 Letztendlich verlangt die Fähigkeit zur Konfliktbewältigung auch die Fähigkeit zu Einsicht. Einsicht darin, über Grenzen anderer nicht hinwegzugehen. Die Beurteilung und Verortung dieser Grenzen resultiert aus einem demokratischen Prozeß, in dem letztendlich der Begriff von Mehrheiten ein Orientierunggebender ist.
5. Jene, die das oben genannte nicht teilen, sind im Brunnendorf grundsätzlich fehl am Platze. Ihnen bleibt selbstredend die Möglichkeit auszuziehen oder zu putzen, wonit sie sich klar positionieren.
- 5.1 Da ein Putsch gegen das oben genannte nicht als ein emanzipativer Vorgang begriffen werden kann, entsteht gezwungenermaßen die Notwendigkeit diesem ebenfalls mit Mitteln der Macht zu begegnen. In diesem Sinne: Gegenmacht!

sich ja auch informieren, nachfragen und zwar bei verschiedenen Seiten. Dann besteht wenigstens nicht die Gefahr sich falsch zu positionieren und Prozesse aufzuhalten, die notwendig sind.

Dann hätten es sich vielleicht einige noch überlegt, ob sie Arschlöcher schützen wollen.

Da fängt mensch eben an sich Gedanken zu machen, wo der Unterschied ist. Der Unterschied zu Faschoprolls. Wo ist denn der Unterschied, wenn eine Gruppe von Menschen über zwei Jahre Zeit hatte anzufangen mit dem Nachdenken und es nicht getan hat. Sondern sich immer neue Dreistigkeiten welcher Art auch immer einfallen läßt, um andere zu demütigen.

Über Moral und Positionierung:

Am Abend des 9. Januar kamen ungefähr 40 Menschen, um die Gerücheweise Räumung des B-Flügels zu verhindern. Selbstverständlich kennt von diesen UnterstützerInnen niemand die Situation in der Brunnenstraße so genau. Selbstverständlich ist es super daneben Leute räumen zu wollen, nur weil sie ab und zu laut Musik hören und Bier trinken. Aber mensch kann

Bei besagtem Faschoproll ist der Umgang klar. Da sind sich alle einig, daß dem mit Gewalt begegnet werden darf. Tja, aber der hat ja auch keinen Szeneschutz. Der geht ja nicht zu Punkkonzerten oder zur Vokü. Und selbst wenn, fände er sich, im Gegensatz zum B-Flügelbewohner, nach dem ersten dummen Spruch auf der Straße wieder. Und dann war da noch.....ach stimmt ja, es gab da schon ein Paar ähnliche Situationen. Wie war das.... Marchstraße, Sprengel.... Nein, daß war etwas vollkommen anderes. Da gab es ja einen konkreten Vorfall und danach wurde sofort geräumt. Ja, so war das. Da haben die Leute, die von diesen Vorfällen betroffen waren nicht erst gewartet. Das ist eben der Unterschied. Arschlöcher müssen sofort rausfliegen. Wo kämen wir auch hin, immer erst noch zu warten? Dann gibt es früher oder zwei Stunden später mehrere konkrete Vorfälle. Und sich dann noch zu entscheiden wegen welchem nun Gewalt angewendet werden soll, ist nicht zu machen. Oder doch?

Über zwei Jahre sind ins Land gegangen. Genügend Zeit, um jegliche moralischen Eventualitäten zu reflektieren, um den hundertsten Anlauf hinter sich gebracht zu haben, nochmal auf die B-Flügel zuzugehen und einzusehen das etwas passieren muß. Daß letztendlich das Faß letztes Jahr schon übergelaufen ist.

Für Menschen, die keine Verantwortlichkeit gegenüber anderen Menschen, Tieren und Gegenständen zeigen, ist kein Platz in Wohnprojekten. Und es wird auch nie weiter da sein.

Es geht hier nicht um die Verteufelung von Punks. Es geht hier nicht um eine Spaltung „der Linken“. Es geht um sexistische Arschlöcher, die in linken Zusammenhängen noch nie was zu suchen hatten. (?)

Es geht hier um Arschlöcher, die seit Jahren andere Leute bedrohen, angreifen und sowohl psychisch als auch physisch fertig machen.

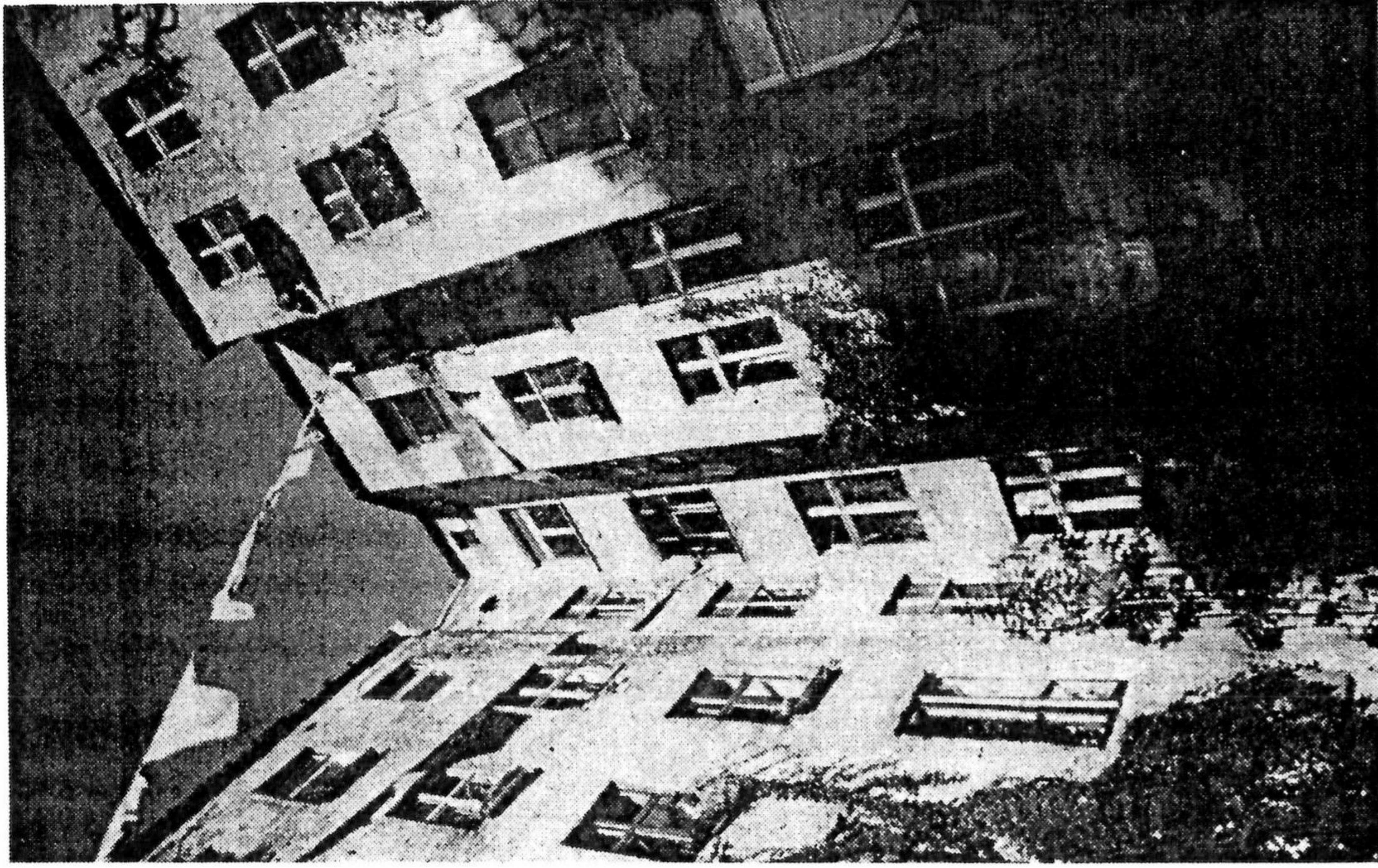
Which side are you on?

Die Form unseres Zusammenlebens ist der Versuch unseren Vorstellungen einer gleichberechtigten Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung näher zu kommen. Wo ein Umgang entsprechend diesem Grundkonsens nicht (mehr) möglich ist, was aktuell im Brunnenhof der Fall ist, reagieren wir darauf, diesen basalen Konsens wieder herzustellen. Hier funktioniert dies nur durch den Rauswurf derjenigen, die sich eindeutig durch ihr Verhalten gegen das Obengesagte stellen. Die mit einem Buchstaben bezeichneten Personen sind äußerst real und keine Abstrakte Masse. D.h. sie haben Namen und Gesicht, anders als „die Punks“ oder die „Obdachlosen“ etc.

Um diese geht es, sie müssen gehn! Wer/welche zukünftig „im ersten Seitenflügel, im engen Durchgang des kleinen vorderen Hofes“ wohnen wird, wird Sache des Gesamtplenums sein. Und sonst niemandes.

einige BewohnerInnen der Brunnenstraße 7, Januar '98

VBB7





MEHRINGHOF GmbH Gneisenhauserstr. 2A, 10961 Berlin

An die Interim
Mit der Bitte um Veröffentlichung.

Grundstücksverwaltungs
gesellschaft mbH
Gneisenhauserstr. 2A
10961 Berlin
Tel.: (030) 691 80 21

Die Mehringhof - MieterInnenversammlung vom 10.12.97 gibt bekannt:

Am Samstag, den 8.11.97 verirrt sich ein Besucher des MH-Theaters im Stockwerk und landete statt im Theater auf der VV zur antirassistischen Demo in Gollwitz am kommenden Tag, die im Versammlungsraum (VSR) stattfand. Dort klärte sich rasch sein Irrtum und er verließ den VSR. Auf dem Treppenabsatz kam es zu einem „Gerangel“ zwischen zwei jungen Frauen mit Hund und dem verirrt Theaterbesucher (Die Frauen sagen, er hätte sie verbal beleidigt und eine Frau an den Haaren gezogen. Der Mann sagt, er hätte die beiden aufgefordert, aus dem Weg zu gehen, da die beiden ihm auf der Treppe keinen Platz gemacht hätten). Die Frauen schrien laut auf, woraufhin aus dem VSR einige männliche VV-Besucher heraustrümen, den Mann verprügelten und ihn aus dem Mehringhof bis zur Straße trieben.

Der Theaterbesucher erstattete Anzeige zunächst gegen Unbekannt, evtl. aber gegen die Veranstalter der VV, wegen Körperverletzung. Er war zwei Wochen arbeitsunfähig wegen geschwollener und blauer Augen, blutender Nase und Kinn, Gehirnerschütterung und Kopfschmerzen. (Er sah tatsächlich entsprechend aus.) Er sagte der MH-Verwaltung, daß er auch mit Baseball-Schlägern geschlagen worden sei. Er hätte Todesängste gehabt.

Nach Angaben des Veranstalters hatte eine der Frauen danach ein Attest wegen eines steifen Fingers und der anderen fehlt ein Büschel Haare. (Über die beiden Frauen können wir nichts weiter sagen; sie haben sich nicht im MH-Büro gemeldet.)

Bei der Rückgabe des Schlüssels wurde dem MH-Büro dieser Vorfall nicht berichtet. Nachträglich erscheint uns dies als ein Verschweigen und Verharmlosen.

Die MieterInnenversammlung des MH hat dies diskutiert. Alle ProjektvertreterInnen verurteilen ein solches Vorgehen entschieden!

Die MV fordert die Veranstalter und die TeilnehmerInnen der Gollwitz-VV auf, diese Geschichte zu diskutieren und den Hergang zu klären. Wir erwarten nicht nur eine öffentliche Stellungnahme zu diesem Vorfall, sondern auch, daß mit dem Geschädigten eine Schadensregulierung gefunden wird. Es geht nicht an, daß Besucher des MH von anderen Besuchern des MH zusammengeschlagen werden. Auf der VV zur Gollwitz-Demo waren über 100 Leute anwesend - da kann mann und frau wohl einen einzelnen Menschen - ohne ihn kränkenhausreif zu prügeln - erstmal zur Rede stellen!

Sollte von den Angesprochenen die von der MieterInnenversammlung geforderte Auseinandersetzung mit dem Ziel der Verurteilung solchen Verhaltens nicht stattfinden, gibts für diese Gruppen keine Räume mehr im Mehringhof.

Wir fordern von den Mietern/Veranstaltern des VSR, in solchen Situationen selbst einzuschreiten und so ein Verhalten in keiner Weise zu billigen oder schnell ein Mäntelchen drüberzulegen. Unter Solidarität verstehen wir was anderes. Wir haben keine Lust, Taschen- oder sonstige Kontrollen nach mitgebrachten Waffen oder ähnlichem einzuführen!

19.01.1998

betrifft: Konflikt in der Brunnenstraße 6/7

noon aber mal ehrlich!

da wir (symp. d. anderen) offiziell vom mitte-kiezplenum eingeladen sind, hoffen wir uns nun auf diese art und weise gehör zu verschaffen da die version, die die meisten von euch kennen werden, die sog high-noon-fassung ist, sollte hier eigentlich eine gegendarstellung folgen, die wir jedoch aus gründen, die wohl keiner erklärungs bedürfen, weglassen werden klar muß jedoch sein, daß die verschärfung der letzten monate die konsequenz aus einem jahrelangen konflikt ist, der nun ohne beachtung der entgegengebrachten kompromissbereitschaft gewaltsam von der „stärkeren“ gruppe „gelöst“ werden soll, und seine kreise schon bis zu uns ins q-haus zieht (daß bezieht sich auf die mehrmals gefallene aussage, eine lösung für das q-haus müsse auch noch gefunden werden) ein konflikt, der durch ein kommunikationsloses nebeneinanderleben und gegenseitige respektlosigkeit zweier sozial verschieden strukturierter gruppen entstand, soll nun gemäß unserer sozialisation durch die größere fraktion gewaltsam beendet werden. die sog „entschlossenheit“ der räumlerInnenfraktion trieft förmlich von verdrängung des eigenen verhaltens und steht für uns in kontinuierität zu demselben prozess, der in den letzten 5-10 jahren der linken ihre gesellschaftliche relevanz geraubt hat. ihr anspruch auf gesellschaftliche veränderung wirkt schizophoren angesichts der inquisitions-strukturen im innern gegenüber der verdrängung, verleugnung und vertreibungspolitik nach außen und dem umgang mit sozial anders strukturierten gruppen.

genau so entstand in den letzten jahren die atmosphäre, in der linke und hausesetzer von der bevölkerung gemieden bzw gehasst werden, statt unterstützung und solidarität zu erhalten. der sog linksradikale avandgardismus, der soviel selbstgefälligkeit beinhaltet, daß er inhaltlich allenfalls als bourgeois betitelt werden kann, gipfelt so in einer ausweglosen situation gegenseitiger intoleranz!

wir rufen somit dazu auf, euch nicht an dem rausschmiss zu beteiligen, sondern konstruktiv an der gestaltung und dem zusammenleben im kiez mitzuwirken.

schönen abend noch und kommt mal im sub vorbei!

Noten abschaffen Schule demokratisieren, Zeugnisse verbrennen!

Aktionsveranstaltung
gegen Noten und
Zeugnisse, da sie
Unterdrückung
bedeuten und die
Autoritäten der
Lehrer sichern. Es
gibt keine gerechten
Noten, Objektivität



bei Bewertung ist
unmöglich. Wir wollen
mit unserer Aktions-
kundgebung Öffentlich-
keit schaffen und
gegen die katastrophal
und demokratische
Bildungspolitik prote-
stieren.

Breitscheidplatz, 30.1.98, 12.00 Uhr

Bringt Kopien von euren Zeugnissen mit!

VSDP: Andreas Hecker, die Linke SchülerInnen Aktion (LSA), SchülerInnengruppe der Jungdemokratischen Linke
Monumentenstr. 36, 10029 Berlin

Mehringhof

Wolfgang T. ~ Das war Mord Wir trauern!



Vor 79 Jahren ließ die SPD Regierung Luxemburg und Liebknecht ermorden. Um mit Hilfe der reichswahren die revolution niederschlagen, wurden plakate mit der aufschrift "schlagt ihre führer tot. tötet Liebknecht!" verbreitet.
Wir haben das copyright der SPD mißbraucht und die "spekulanten verjagen! tötet Thierse!" Aktion gestartet. die B2 am sonntag vom 11.01.98 verkent in ihrer hysterischen reaktion allerdings den notwehrcharakter unserer Kampagne. Thierse will offensiv linke strukturen und ärmere bevölkerungsschichten in prenzlauer berg zerschlagen.

seine polemik gegen die PDS, für die wir keine wahlwerbung machen, zeugt von einem pathologischen sozialistenhass, den er von Ebert und Moske geerbt hat. wir werden den bonzenprojekten, wie der brauerei, entgegen-treten. deshalb sind spekulanten und korrupte elemente wie Thierse auch nicht tabu. dieser SPD-agent beutet skrupellos seine wähler und die bürger seines wahlkreises aus. die politikbonzen sollen nicht in den genuß ihrer beute kommen!

SPEKULANTEN VERJAGEN!



Wolfgang Thierse kritisiert PDS

„Bremse im Bezirk“

Prenzauer Berg (olg). Der „Nachdenklich stimmt, daß be-Berliner SPD-Bundestagsab-sonders die PDS, die sich be-geordnete Wolfgang Thierse kanniermaßen gern als Grals-ist sauer. Grund: Er kann nicht huter ostdeutscher Interessen verstehen, wie die Bezirksver-darstellt, die Hauptbremse ordnenversammlung (BVV) ist“, wirft er der Partei vor. Für das Konzept der Treuhändle-ihn mache einzig eine wirt-genschaftsgesellschaft (TLG) schaftliche Nutzung der zur wirtschaftlichen Nutzung Brauerei Sinn. „Unter Einbe-der Kulturbrauerei ablehnen ziehung der gewachsenen kann. Eine entsprechende Ent-Strukturen ist eine derartige scheidung hatte die BVV in ih-Ausrichtung ein wichtiger rer Sitzung vom 10. Dezember Standortfaktor für den Prenz-lauer Berg.“ Thierse will sich gefällig. Besonders an der PDS läßt daher umgehend mit der TLG Thierse kein gutes Haar. in Verbindung setzen.

TÖTET

THIERSE!

DURCH DAS BRAUEREI-Projekt SOLLTEN DIE MIETEN EXPLO-DIEREN UND SO DIE REVOL-KUTION AUSGETAUSCHT WERDEN. THIERSE WILL SICH BESUCHEN IM PRENZLAUER BERG MIT SEINEN WENDHELSEN UND SPEKULANTEN UNTER SICH SEIN. SPD - MÖRDER DER ARBEITERKlassen.

DER EINIGUNGSGEWINNER WOLFGANG THIERSE WILL DIESEN SEZIERK DIE BONZEN VERSCHACHERN.

Wolfgang ist tot ~ die Kulturbrauerei darf nicht sterben!

Wir rufen alle Antiberlinerinnen und Antiberliner zur

Mahnwache So 25. Januar 1998
18.00 Uhr Kollwitzplatz

Kerzen und Grablaternen sind mitzubringen

Kondolenzschreiben sind zu richten an:

SPD/Jusos
BKA
Redaktion DER SPIEGEL

V.i.S.d.P.: Marianne B. Nooke, Pau-Str. 98, 12345 Berlin

Herrschaften hereinspaziert oder Sexualisierte Gewalt im Hüttendorf

Vor kurzem wurden von Frauen aus dem Anti A33-Hüttendorf in Ostbarthausen (ex- Dissen) und Unterstützerinnen einige Vorfälle im Hüttendorf bekannt gemacht, in denen 2 männliche Bewohner sexuelle Übergriffe auf Frauen (in diesem Fall Besucherinnen) verübt haben. Anhand dieser internen Veröffentlichung wurde generell die in nahezu allen Bereichen (in der Hüttendorf- und Restgesellschaft) vorherrschende männliche Dominanz mit ihren offenen und unterschwelligen Gewaltformen grundlegend verdeutlicht und kritisiert bzw. die daraus entstehende Situation der Frauen auf dem Platz geschildert, die mit vielen Einschränkungen, Ängsten und Frustrationen verbunden ist.

Der Sinn dieses Schreibens liegt für uns v.a. darin, alle Interessierten über die aktuelle und alltägliche Lage auf diesem Platz zu informieren- wie wir sie wahrnehmen- und v.a. Frauen damit u.a. die Möglichkeit einzuräumen, in Anbetracht dieser Umstände selbst neu zu entscheiden, ob sie das Hüttendorf besuchen/ hierherziehen wollen oder nicht.

Außerdem hoffen wir, dabei noch einiges an hilfreicher Kritik und Anregungen abstauben zu können.

Dies finden wir notwendig, weil für uns z.Z. hier kein vernünftiger, weiterbringender und v.a. sensibler Umgang mit diesen heiklen gesellschaftlichen Phänomenen abzusehen ist und wir mit einer wie- auch- immer- Auseinandersetzung (nichtssagendstes Szene-Lieblingsschlagwort) überwiegend auf der Stelle treten. Wir haben, logo, keinen passenden Antipat- Masterplan am Start, doch finden wir nicht gerade, daß der Umgang hier zunächst einmal die Interessen, Ängste und Erlebnisse von Frauen ernstnimmt und berücksichtigt, geschweige denn eine Motivation für Männer schafft, sich mit ihrer ihr zugewiesenen Geschlechterrolle, der Zurichtung zum Mann mit den spezifischen Verhaltensmustern und Identitäten eingehender zu befassen und bereit zu sein, die eigenen Privilegien als Mann in einer patriarchalen Gesellschaft aufzugeben. (daß das völlig schwammig und phrasenmäßig ist, ist uns klar, doch sehen wir uns gerade nicht zu mehr imstande)

Die Veröffentlichung geschah in Form eines Wandbriefes, der aus einigen Frauenplenos hervorging und sowohl 2 Männerplenos und ein gemischtgeschlechtliches Plenum zur Folge hatte. Einer der als Täter benannten Täter Männer kam aus mißverständlichen Gründen, da er von komplett anderen Geschehnissen ausging, gar nicht erst zu den Treffen hin (bis auf einmal ganz kurz), während der andere entweder schwieg oder naheliegenderweise sichtlich darum bemüht war, einen guten Eindruck abzugeben und sich hauptsächlich zur Selbstverteidigung veranlaßt

sah. Die Männer- und Mix- Treffen waren, ebenfalls naheliegenderweise, überwiegend gekennzeichnet von einem wenig aussichtsreichen Vorgehen und Klima, wo der Druck und die Spannungen entsprechend hoch. (Entsprechend auch weil hier allgemein ein eher unpersönlicher und für sowas viel zu großer Rahmen vorzufinden war/ ist, und es einfach auch an grundlegender Kommunikation oder einer aufgeschlossenen, vertrauensvollen Basis mangelt.) Schnell entstand im Plenum, wie so oft bei sowas, eine Eigendynamik, die viel Platz für reaktionäre Entfaltung ermöglichte. So war das Gespräch vornehmlich von einem Gerichtsähnlichen Charakter und Leistungs-/ Konkurrenzdruck stark geprägt, wie auch von der Gradwanderung (als Männlicher Zeitgenosse), sich nahezu ausschließlich zwischen repressiver Abwehr der Taten, Aus- und Abgrenzung gegenüber den "bösen" Männern und den wiederum zu übermäßigen Wiedererkennung- und Solidarisierungseffekten bewegen zu können. Ebenso diente es auch manchmal offensichtlich als Ventil, um einmal mehr persönliche Abneigungen und zwischenmenschliche Gräben weiter ausleben/ ausheben zu können.

Eine der zentralen Überlegungen aus dem Wandbrief der Frauen, welche Alternativen es zu einem Rausschmiß geben könnte (gewissermaßen als Hilfesuch und Forderung, da sie auch selbst nicht weiterwußten), fanden im Männerkreis eher wenig Beachtung- außer der Ablehnung dieser naheliegenden Möglichkeit, womit ersteinmal auch klar Verantwortung nicht übernommen wurde. Vielmehr schien es nahezu Konsens unter der Mehrheit zu sein, daß die Frauen irgendwie übertreiben und einfach etwas oder viel zu viel Druck ausüben würden, z.B. mit dem Wandbrief und der Forderung nach einem Verhalten. Dies veranlaßte wohl auch einen der "Tat-Männer" und einige andere dazu, die Existenz von Geschlechterhierarchien und Machtstrukturen auf dem Platz so zu sehen, daß sie wenn überhaupt dann wohl eher von Frauenseite ausginge. Dies fand seine Fortsetzung in der mehrteiligen Ansicht, daß sexistisches Verhalten vom tatkräftigen Mann oder anderen bei uns quasi nicht vorhanden wäre (im Camp! "Draußen" schon!), Sexualtrieb und Anmache doch völlig normal und okay, außerdem auch eine gewisse Herrschaft sowieso "naturgegeben" sei. Wie bei den Tieren...- dieses sahen allerdings einige auch etwas anders.

Immer wieder klafften in den Diskussionen die oft äußerst verschiedenen bis gegensätzlichen Ansichten und Wahrnehmungen der Situation und des allgemein gesellschaftlichen Geschlechterverhältnis auseinander, was nicht gerade zu einer besseren Verständigung beitrug, zumal die Voraussetzungen hier wie gesagt

nicht allzu günstig waren und sind. Auch über die
Ar.sätze, sich noch zusätzlich getrennt geschlechtlich
über das Thema auszutauschen, gab es völlig
verschiedene Meinungen, wobei ein "Ablehnungs-
Konsens" schon klar überwiegt- aus verschiedensten
Gründen. Letztlich sehen wir die gelaufenen Plenas als
überwiegend gescheitert an, auch wenn sicherlich für
den/ die einzelne in einzelnen Punkten was klar
geworden sein konnte und einige Mißverständnisse
geklärt, minimale Ansätze ausgetauscht wurden. Der
Rahmen und Verlauf dieser Gespräche ließen sie schnell
zu einer reinen Farce verkommen, so daß es auch keine
neuen Versuche bislang gab- statt dessen gingen in
kleineren Grüppchen und Einzelgesprächen äußerst
unterschiedliche und ergebnisoffene/ -lose
Diskussionen weiter. Offensichtlich haben wir aber
ersteinmal wieder kräftig geloost- v.a. wir Männer, denn
die Hauptinitiative und Ideenproduktion kann wohl nicht
allein in der Verantwortlichkeit der Frauen liegen. Doch
so richtig klar ist uns nun leider nicht, wie und ob alle
damit weiterhin umgehen wollen, insbesondere von den
beiden öffentlich gemachten Männern können wir
bislang kaum irgendwelche (für uns) erkennbaren
Signale wittern, daß sie etwas von den Kritiken an sich
herangelassen haben oder Initiative zur
"Auseinandersetzung" ergreifen (wobei keineR weiß, was
das eigentlich sein soll).

Diese ganzen Eindrücke können täuschen und sind, na
klar, zutiefst subjektiv und werden sicherlich weder
der Situation noch den Einzelpersonen in ihrer Vielfalt
und komplexen Zusammensetzung nicht so doll gerecht.
Wir haben allerdings die, nicht ganz unberechtigte,
Angst, daß es wieder einmal mit der Zeit mehr und
mehr aufgeschoben und verdrängt wird- wie eigentlich
stets zuvor, mit dem Unterschied, daß zum ersten Mal
in der Hüttendorfgeschichte eine geschlossene
Frauengruppe ein Verhalten und eine
Auseinandersetzung deutlich eingefordert hat. Dabei
bleibt leider festzuhalten und ist nicht etwa zufällig,
daß die verschiedenen Hüttendörfer auf der A33-
Trasse seit jeher v.a. "Freiräume" für weiße,
"gesunde" Männer aus verschiedener sozialer Herkunft
waren und noch sind, z.B. schon immer 80-90% Anteil an
Menschenmasse ausmachten. Ebenso bleibt als
bisherige Bilanz, daß es eine umfassende, tiefergehende
Beschäftigung mit dem Geschlechterverhältnis und
Herrschaftstrukturen im gesamten Gruppenrahmen und
bei den Einzelnen mehrheitlich nie so richtig gab und
auch kein dementsprechender Anspruch oder Interesse
bei genauer Betrachtung und im Alltag zu sehen war.
Zwar saß uns eine gewisse Diskussionsunfähigkeit auf
allen Gebieten stets im Nacken, doch tauchten die
größten Schwierigkeiten immer bei Gesprächen über
Patriarchat, eigene Täterstrukturen, blabla auf. Es
könnte durchaus so wirken, als hätten wir Männer kein

sonderlich großes Problem mit derartigen Hierarchien
bzw. Gewaltformen und der Tatsache, daß es den
meisten Frauen die meiste Zeit dort scheiße ging und
nach wie vor geht- irgendwo auch logisch, von oben
betrachtet sieht hier alles irgendwie auch ganz nett
aus, zumindest netter als von unten. (Moral hin, Moral
her) Die Gründe dafür, warum das alles so ist, sind
mindestens so vielschichtig wie es Leute auf dem Platz
gab oder gibt. Dennoch gab es auch immer wieder alle
Jubeljahre mal Versuche und vereinzelte Bestrebungen
in der Richtung, die aus ebenfalls unterschiedlichsten
Gründen alle wieder einschließen.

Wir wissen, daß wir uns damit in "linken-schnarch- und
sonstwie"- Zusammenhängen in bester Gesellschaft
befinden und wahrscheinlich die Erde eher einer
transgalaktischen Raumautobahn unverhofft weichen
muß, als daß sich demnächst irgendetwas an diesen
festen und logischen Strukturen merklich bewegen
würde- also im Grunde nicht weiter verwunderlich.

Doch wie da nun als völlig überlasteteR Anleierer/
Anleierin(?) von Weltrevolutionen usw. rauskommen, aus
dem Dschungel der Widersprüche?

Wie anders umgehen mit dem ständigen Drahtseilakt
zwischen herrschaftsförmiger Macht erkennen und
bekämpfen wollen (ohne dabei auch noch Leuten eine
Sichtweise oder "Erkenntnisse" aufdrücken zu wollen)
und dabei Gefahr laufen, gleichzeitig (unbewußt) die
gleiche oder ähnliche Machtstruktur wiederaufzubauen,
zu benutzen, zu festigen,...?

Sind wir einfach unfähig, Konflikte auszutragen, ohne
gleich nach dem Schema gesellschaftlicher Vorgaben zu
denken und zu handeln?

Ist ein kräftiger Arschtritt für Männer, die sich gar
nicht, wenig oder komisch bewegen wollen nun sinnvoll
und notwendig oder nicht, wenn doch ansonsten
naheliegt, daß sich soziales Verhalten,
Selbstveränderung/ -reflexion bzw. Abbau von
verinnerlichten Herrschaftsmerkmalen nicht
"erzwingen" lassen, also derartiger Druck einer solch
umfassenden Emanzipation möglicherweise eher noch im
Wege steht?

Wie können wir statt dessen eine Motivation dafür
anregen?

Folgt nun daraus, daß Frauen und Männer nunmal einfach
nicht zusammen leben oder arbeiten können, da es
offensichtlich keine "Freiräume" (Herrschaftsfreiheit)
bislang gibt?

Fragen über Fragen, worauf uns eben nicht allzu viel
einfällt, doch könnt ihr euch, wer hätte das gedacht, an
diesem heiteren Quiz gerne beteiligen und uns eure
Erfahrungen, Ideen, Briefbomben usw. irgendwie
zukommen lassen.

~~Einige Männer vom Hüttendorf~~

Hüttendorf gegen Rechts

Heideweg
33829 Borgholzhausen

Zur Saalfeld-Demo am 11.10.97:

KRITIK AM MÄNNER-VERHALTEN WÄHREND DES UNTERBUNDUNGSGEWAHRSAMS IM KNAST UNTERWELLENBORN/SAALFELD

Die Kritik am Verhalten einiger Männer, die im Zuge der verbotenen Saalfeld-Demo im Knast Unterwellenborn landeten, kommt von einem gemischten Nachbereitungs-Plenum zu Saalfeld.

Uns geht es **nicht** darum, einzelnen Gruppen oder organisierten Zusammenhängen besonders sexistisches Verhalten nachzuweisen.

Dagegen spricht die in Saalfeld gemachte Erfahrung, daß das zu kritisierende Verhalten letztlich in den meisten Männerzellen abgelaufen ist.

Die Situation in den Männerzellen im Knast Unterwellenborn

Nachdem die Leute von der Autobahn in ihren eigenen Bussen zum Knast gefahren worden sind, wurden sie nach dem Filzen und der Abnahme von Tüchern, Schnürsenkel, Geld etc. getrenntgeschlechtlich in Gemeinschaftszellen untergebracht.

In den meisten Gemeinschaftszellen (bis zu ca. 70 Leute) lagen die Männer teilnahmslos am Boden herum, niemand kümmerte sich um den anderen. (Was zum Teil natürlich auch damit zu tun hatte, daß die Leute nach stundenlanger Autobahn-Blockade und anschließendem Bullenstreß ziemlich fertig waren).

Es gab keine Versuche gemeinsame Absprachen zu treffen, obwohl einige Leute bereits beim ersten Verhör waren und andere sichtlich verunsichert angesichts der Streßsituation im Knast dsaßen.

Zu diesem Zeitpunkt dominierte in den Zellen ein nach außen gekehrtes Cool-Verhalten (ist ja eh klar wie man sich verhält), welches sich z.B. durch permanente Sprüche zu den Bullen äußerte. Für ein Nachfragen über mögliche Verhaltensweisen oder gar ein „Zugeben“ von Unsicherheit oder Angst wäre überhaupt kein Raum gewesen.

Vielleicht ein Grund dafür, daß einige Leute bei den Verhören durch die Bullen (z.T. umfangreiche) Angaben gemacht haben.

In allen Zellen gab es ein äußerst unsolidarisches Verhalten z.B. bei der Verteilung von Essen, Trinken und der Decken.

In einer Zelle wurden die reingeschmuggelten Kippen in sehr kurzer Zeit aufgeraucht, so daß die sowieso schon verbrauchte Luft nochmals um einiges schlechter wurde.

Auf den Hinweis von einem Mann, daß jemand Asthma habe, bekam dieser zur Antwort „die Asthma- Nummer kannst Du Dir schenken“. Im anschließenden Streit um das Öffnen der Fenster kam es durch den gleichen Typen fast zu einer Schlägerei.

Im Anschluß daran war die Stimmung in dieser Zelle ziemlich aggressiv aufgeladen.

Im weiteren wurden Jüngere mit längeren Haaren, die nicht das klassische Antifa-Outfit hatten, als „Goldlöckchen“ bezeichnet und verhöhnt, letztlich mit schwulenfeindlichen Anspielungen. Diese schauten auch, daß sie bei der Zellenverteilung in eine andere Zelle kamen.

In einer anderen Zelle war wohl das größte Problem mancher Typen, daß sie keine Zigaretten zum Rauchen gehabt haben.

Auch hier sorgten sich fast alle nur um sich. Um Leute die mit der Situation nicht so „super“ klarkamen, wurde sich nicht gekümmert.

Manche Typen dachten wohl sie müßten ihre „Coolness“ mit absolut indiskutablen Mackersprüchen den restlichen Leuten in der Zelle klarmachen.

Als zwei Frauen, die nicht zu den „linken“ Inhaftierten gehörten, das Gefängnisgelände verließen, wurde ihnen von einem „Faschofotzen“ nachgerufen. Ein weiteres Beispiel aus dieser Zelle kam von einem Mann, der einem draußen an der Zelle vorbeigehenden Bullen „Fick deine Mutter“ zurief.

Als am Sonntagvormittag die ersten Menschen zu den Gefangenenbussen geführt wurden, um zu den HaftrichterInnen transportiert zu werden, rief ein Typ den am Fenster einer anderen Zelle stehenden Frauen in typischer machoart „Hi Mädels“ zu.

Insgesamt gab es in allen Männerzellen frauen- und schwulenfeindliche Sprüche, von „du schwule Sau“ bis „fette Bullenfrau“ gab es die ganze Palette dummlich –mackerhafter Aussagen. Das hat nichts mit Widerstand gegen Faschos oder Bullen zu tun, aber sehr viel mit nach außen getragener Männlichkeit.

Einschätzung \ mögliche Ursachen :

Die Kritik am Männerverhalten in Saalfeld ist so wenig neu wie das Auftreten der Männer. Das wirft die Frage auf, wieso solche Verhaltensweisen in der Linken nach wie vor, trotz jahrelanger Diskussion, verbreitet sind.

Unserer Einschätzung nach ist eine mögliche Ursache die verkürzte politische Ausrichtung von vielen linken Gruppen \ Bündnissen, z.B. auf Anti-Nazi-Politik oder Anti-Castor-Aktionen.

Solche einseitigen Ansätze machen das typische Männerbild vom „furchtlosen Kämpfer“ sogar zwingend notwendig. Wenn es nur darum geht, „Faschos eins aufs Maul zu hauen“, ist selten Platz oder auch gar nicht gewollt, andere Formen der Unterdrückung zu reflektieren und zu bekämpfen.

Wir fordern hiermit alle auf, sich mit den geschilderten Vorkommnissen und der Kritik daran auseinanderzusetzen.

Wir verstehen dieses Papier als konstruktive Kritik, um in ähnlichen Situationen einen solidarischen HERRschaftsfreien Umgang zu ermöglichen.

Reaktionen und Antworten sind *erwünscht* und an den Infoladen Fürth \ Nürnberg, Dambacherstr. 7, 90763 Fürth zu richten.

KEINE SEXISTISCHE ANMACHE !

KEINE SCHWULENFEINDLICHE SPRÜCHE !

ANTIFA HEIßT ANSCHIB (bei blöden Sprüchen) !

Aufruf zur bundesweiten antifaschistischen Demonstration am 24. Januar 1998 in Dresden!

Kein Naziaufmarsch in Dresden Verbrechen lassen sich nicht leugnen

Vom 20. Januar bis zum 1. März wird in Dresden die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ gezeigt. Seitdem die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in verschiedenen Städten Deutschlands und Österreichs gezeigt wird, ist sie von Protesten konservativer und rechtsradikaler Kreise begleitet.

Am 1. März demonstrierten ca. 5000 Alt- und Neonazis unter Führung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in München. Alles unter dem Motto: „Unsere Großväter waren keine Verbrecher“.

Da es in Sachsen, den mitgliederstärksten Landesverband der NPD (ein Drittel der Bundesmitglieder der NPD), erklärtes Ziel der NPD ist, kommunale und landesweite Mandate im 98 iger Wahlkampf zu gewinnen, will sich die NPD/JN über zwei Großereignisse profilieren (24. Januar Dresden - bundesweite Nazidemo gegen die Wehrmachtsausstellung; 1. Mai Leipzig - Thematisierung der sozialen Frage von Fascheseite).

Dresden droht damit ein zweites München.

Aktivitäten in diese Richtung laufen bereits seit Monaten. So sucht Hans-Holger Malcomeß im Namen der Dresdner Freitagsgespräche (DFG), einem Diskussionszirkel von Konservativen der DSU über Republikaner, Burschenschaftler bis hin zu NPD-Mitgliedern und Kadern inzwischen verbotener rechtsextremer Gruppen, seit Sep-

tember Mitstreiter für eine „Initiative gegen eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht“ via Internet. Die Bürgerinitiative der Frankfurter Paulskirche, die in Frankfurt/Main die Proteste getragen hat, kündigte an, ihre Aktivitäten auch in den nächsten Ausstellungsorten fortzusetzen. Die Kameradschaft Sachsenfront, die wir zum Umfeld der NPD rechnen, hat bereits versucht die Technischen Sammlungen, den Ausstellungsort, mit Plakaten zu bekleben. Auch an der Technischen Universität ist rechtes Propagandamaterial zum Thema Wehrmachtsausstellung aufgetaucht, in dem zu Mahnwachen, Kranzniederlegungen, Propagandaaktionen und zu einer Demonstration aufgerufen wird. Die NPD/JN haben ihre Pro-Wehrmachtskampagne in Dresden am 15. November mit einer Vortragsveranstaltung eröffnet.

Höhepunkt ihrer Kampagne soll die Großdemonstration am 24. Januar werden.

Um die monatelange Aufbauarbeit zu krönen und den gescheiterten Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig wettzumachen, können sich die NPD/JN eine kleine Demonstration nicht leisten. Das würde einer politischen Niederlage gleichkommen.

Aufgrund dessen rechnen wir damit, daß es zu einer Demonstration mit 2000 bis 3000 Nazis kommen wird. Deshalb rufen wir für den 24. Januar zu einer antifaschistischen Demonstration auf.

Die Verhinderung des Naziaufmarsch ist oberste Prämisse!

Treffpunkt: 24. Januar, 10.30 Uhr Straßburger Platz (Dresden)

Treffpunkt Berlin: 6.00 Uhr Berlin - Lichtenberg

FrauenLesben!!!

Auf der Demo soll es auch einen großen, kraftvollen FrauenLesbenBlock geben. Deshalb rufen wir, die Dresdner Infoladen-Frauen, alle FrauenLesben auf, am 24. Januar nach Dresden zu kommen. Der Block wird hinter dem ersten Lautwagen laufen. (Schlafplätze für Frauen/Lesben sind vorhanden und können unter der Infoladen-Nummer, siehe unten, reserviert werden)

Aktuelle Informationen könnt Ihr über folgende Internetadresse beziehen:

<http://www.antifa.net/venceremos>

Ein aktueller Pressespiegel und aktuelle Informationen finden sich auch auf:

<http://home.t-online.de/home/Adamczyk.Saechsischer/>

Da es noch Streit mit der Stadt um die aktuelle Demoroute gibt, müßt Ihr Euch unbedingt im Vorfeld der Demo über den aktuellen Stand informieren.

Pennplätze, weitere Infos:

Infoladen Dresden

Tel./Fax: 0351 80 45 444

Louisenstraße 93, 01099 DD

eMail: INFO_Laden-Dresden@Link-DD.cl.sub.de

**Den Nazis kein Forum:
-o Aufmärsche verhindern!**

Für den 24. Januar rufen die Nazis zu einer Demonstration des "Nationalen Widerstandes" unter dem Motto "Für Wahrheit und Recht!" nach Dresden auf. Anlaß hierfür ist die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944".

**Deshalb:
-o Bundesweite Demonstration!**

Verbrechen kann man nicht leugnen! Deutsche Täter sind keine Opfer.

**24. Januar
[Dresden, Altmärkt]
Beginn: 11.00 Uhr**

Abfahrt [35,- DM Ticket]:
06.18 Uhr ab Berlin [Lichtenberg]
Ankunft in Dresden: 10.14 Uhr

Antifaschistische Aktion Berlin
Engelmann 68
10179 Berlin
Tel.: (030) 6 15 73 29
Fax.: (030) 6 15 38 60

Schon am 17. Regionaldemo in Dresden mit Mobilisierung auf den 24. Januar!
Antifa-Demo in Passau am 7. Februar nicht vergessen!

**V.I.S.d.P.:
B. Telliger, Auf den Barrikaden 98, 10435 Berlin**

DEMONSTRATION

Gegen den NPD-Bundeskongress vorgehen!
Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und rassistische Hetze!



7. Februar 1998 • Passau/Bayern

14 Uhr • Rathausplatz
16 Uhr Kundgebungen!



will die faschistische National-Demokratische Partei Deutschland (NPD) mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) im niederbayerischen Passau in der dortigen Nibelungenhalle einen Bundeskongress abhalten. Im Internet sowie in parteieigenen Zeitungen werden diverse Redner aus der Nazi-Szene – u.a. wiederum Jürgen Rieger aus Hamburg – sowie kulturelle Einlagen versprochen (z.B. ein Auftritt des Nazibarden Frank Rennicke). Die NPD ließ verlauten: „Wenn alle kommen, kann es der Tag des nationalen Widerstandes werden!“

Es ist davon auszugehen, daß dieser Kongress eine der zentralen faschistischen Propagandashows im Bundestagswahljahr 1998 werden wird. Die NPD hat die Genehmigung für die Halle längst und macht für den 7. Februar '98 mobil. Anfang Januar waren bereits 60 Busse reserviert. Auch für die Bundestagswahl wird die Nazi-Partei mit entsprechenden Slogans Stimmung machen.

Die NPD und ihre Bedeutung im faschistischen Netzwerk

Die NPD ist mit ihrer Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) eine der zentralen Organisationsstrukturen im faschistischen Netzwerk. Nach dem Verbot diverser Nazi-Parteien stellt sie ein Sammelbecken für Neo-Nazis sämtlicher Couleur dar. Die funktionierende Infrastruktur der NPD bzw. ihr Status als legale Partei bietet die Möglichkeit zur organisatorischen Spitze faschistischer Mobilisierungen. Exemplarisch dafür steht zum Beispiel der 1. März '97 in München, wo 5.000 Alt- und Jungnazis gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschierten. Auch am 1. Mai '97 sowie am 13. September '97 wurden in Leipzig bzw. Hamburg Aufmärsche federführend von der NPD bzw. JN geplant, die allerdings nicht zuletzt aufgrund antifaschistischer Gegenmobilisierungen verhindert wurden.



[Mit dabei u.a. Sascha Roßmüller (li.) aus Straubing (ehem. Nationaler Block/ Ordner beim Naziaufmarsch am 1.3.97 in München) und Jens Pühse aus Freising (Versand von Nazipropaganda)]

Die „Jungen Nationaldemokraten“
Die Integrationsfunktion der JN zieht vor allem beim Rekrutieren junger Nazis. Die JN versucht, überall wo sie auftritt, sich zusehends von „klassischen“ Nazi-Themen zu lösen und nun auch zu anderen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Drogenpolitik oder Atomkraft Stellung zu beziehen. Mittlerweile ist jede größere Naziveranstaltung in Zusammenhang mit der NPD/JN zu bringen. Ein Schwerpunkt für die Nazi-Hetze ist hierbei das Bundesland Bayern. Auch in Passau wurde nun zum ersten Mal in der Geschichte der NPD ein Ortsverband gegründet, im Landkreis das vermehrte Auftreten von jugendlichen Nazi-Skins registriert.

Ein NPD-Thema und der Bundestagswahlkampf 1998

Der Bundestagswahlkampf 1998 hat noch nicht wirklich begonnen und trotzdem ist klar, welches Thema ihn unter anderem zentral mitbestimmen wird: die sogenannte „Innere Sicherheit“. Im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf im Herbst 1997 wurde deutlich, wie unverhohlen nahezu sämtliche Parteien auf den Zug der vermeintlichen Kriminalitätsbekämpfung und der Etablierung des „law-and-order“-Staates aufsprangen. Es wurden Schreckensszenarien entwickelt, die im Kern auf Ausgrenzung der Menschen hinausliefen, die aus den Verwertungsbeziehungen einer ausschließlich auf Gewinnmaximierung fixierten Gesellschaft herausfallen. So wurde z.B. gegen angeblich „aggressive Bettelei“ gehetzt und damit gegen die soziale Praxis derjenigen, die den Kriterien der Verwertbarkeit nicht mehr entsprechen. Dabei produziert dieses System sozial Schwache.



„Law and order“ als Antwort der Herrschenden auf die vom kapitalistischen System und ihren Verwaltern selbst produzierten sozialen und politischen Mißstände!

„Sicherheit durch Recht und Ordnung“ ist seit eh und je ein Thema der NPD. Es ist die Ordnung der Herrschenden, die sie mit einem autoritären Staat und dem Konstrukt einer „Volksgemeinschaft“ stabilisieren wollen: Eine Gemeinschaft, die den grundlegenden Interessengegensatz zwischen oben und unten verwischt und die mit der Diskriminierung von Minderheiten, Verfolgung und Terror zusammengehalten werden soll. Die Methode von Teile und Herrsche sowie von Sozialpolitik und Terror ist die Methode der Herrschaftssicherung in einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht. Die in der aktuellen kapitalistischen Entwicklung schwindenden sozialstaatlichen Methoden der Integration und Einbindung führen zu einer Angleichung der Politik aller Parteien, die auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung wirken. So werden z.B. Forderungen von Nazi-Parteien wie der NPD von etablierten Parteien zum Thema gemacht. Wenn der SPD-Kanzler-Kandidat im Wartestand Schröder meint: „...für kriminelle Ausländer gibt es nur eins – raus und zwar schnell“ und damit Applaus bei der Parteibasis findet, zeigt sich, wie das Bewußtsein nach rechts verschoben worden ist.

Antifademo in Passau



14.000 Menschen demonstrierten am 13.9.97 in Hamburg. Der geplante NPD-Großaufmarsch wurde verhindert. Motto der Demonstration:

» Die Koalition von „law and order“ angreifen!

Gegen rassistische und reaktionäre Politik vorgehen! «]

Gerade die SPD, die in weiten Teilen der Bevölkerung als Partei der sozialen Gerechtigkeit, als mit den Gewerkschaften verbundene Interessenvertretung der Lohnabhängigen angesehen wird, spielt eine besondere Rolle bei der rassistischen Verdrehung der sozialen Frage. Soziale Probleme werden zur „nationalen Schicksalsfrage“ umgedichtet, indem z.B. Nicht-Deutsche zu Schuldigen für die Massenentlassungen erklärt und die verlogene Schicksalsgemeinschaft des „Standort Deutschland“ propagiert wird. Wenn der faschistische Mob zuschlägt, so ist das nicht getrennt zu sehen von dieser Politik der etablierten Parteien. Die Weichen für eine Themenstellung im Bundestagswahlkampf, der von faschistischen Parteien auf der Basis der Diskussion um „Innere Sicherheit“ maßgeblich beeinflusst werden wird, sind längst gestellt. Und nicht zuletzt um international prestigeeizende Wahlerfolge von rechts zu vermeiden, wird wieder versucht werden, durch Integration von Inhalten der Nazi-Parteien Wählerpotentiale an sich zu binden.

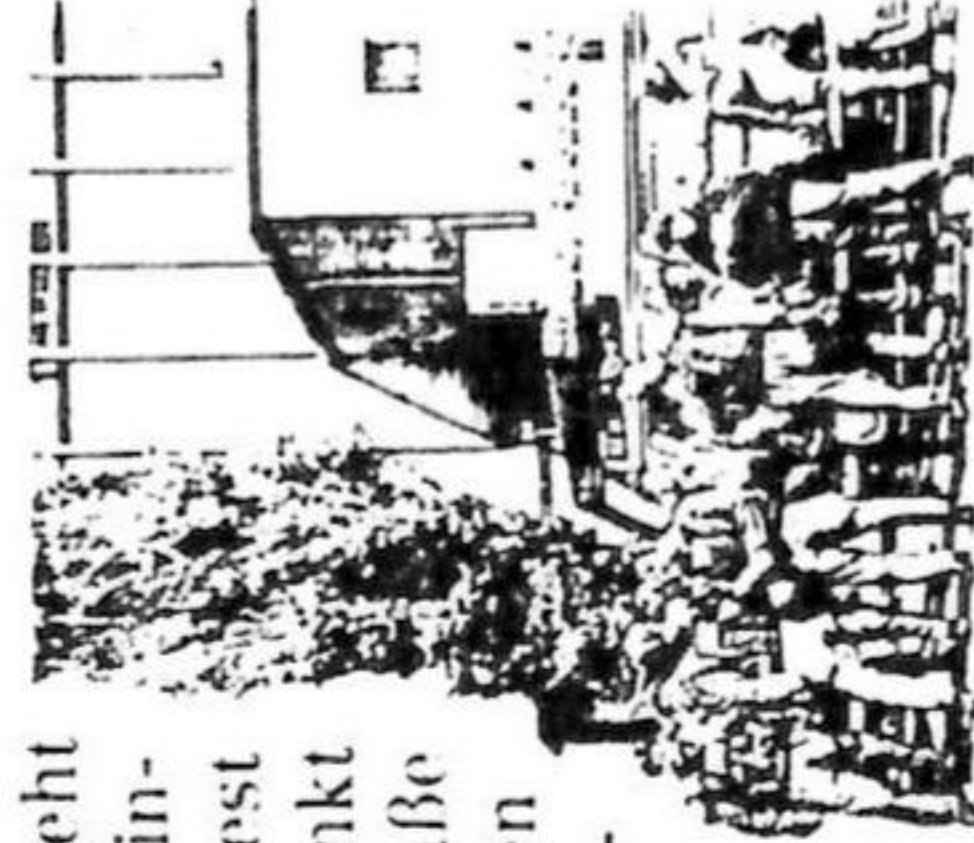
Nazi-Großveranstaltungen und der Standort Passau

Der Plan der NPD, in Passau den Bundeskongress abzuhalten, stößt in der niederbayerischen Provinzstadt auf denkbar günstigen Boden. Die DVU, eine weitere Nazi-Partei unter Führung des Münchener Multimillionärs Frey, hält seit 17 Jahren ihre Großkundgebung mit zuweilen bis zu 5.000 Zuhörern in derselben Halle ab, die übrigens aus der NS-Zeit stammt und architektonisch wie namentlich daran zurückerinnert. Mittlerweile ist die Nibelungenhalle durch den angekündigten NPD-Kongress zum Gegenstand heftiger Diskussionen geworden. Der neueste Plan der Stadtverwaltung ist, sie abzureißen. Die seit nahezu 50 Jahren durchgehend CSU-dominierte Stadt ist immer wieder durch braune Umtriebe aus Vergangenheit und Gegenwart aufgefallen. Sie ist dennoch hin und wieder peinlich bemüht, einem der größten Wirtschaftsfaktoren der Region, dem Tourismus, nicht den Boden zu entziehen. Doch das braune Image wird die Stadt nicht los, und das zurecht.

Die DVU konnte in der tiefen schwarzen Lokalpresse in den 80ern noch hemmungslos Werbung betreiben. Die Haltung der Stadtoberen änderte sich im Zuge größer werdenden Protestes sowie der wachsenden Bedeutung von „Weltoffenheit“ für die Etablierung der zeitgeistgerechten Universität und des Wirtschaftsstandortes Passau. Der Widerstand geht allerdings bis heute nicht über Lippenbekenntnisse hinaus. Dennoch gibt es seit 1983 kontinuierlichen Protest in Passau gegen die DVU-Kundgebung. Der Höhepunkt war 1992 erreicht, als 4.000 Menschen auf die Straße gingen und ein breites Bündnis von autonomen AntifaschistInnen bis hin zu bürgerlichen Gruppierungen die antifaschistische Demonstration unterstützte.

[Nibelungenhalle am Tag des DVU-Treffens:

besetzt von der Polizei können die FaschistInnen feiern.]



[Anti-DVU-Demo '96 in Passau: Die bayerische Polizei greift die Antifa-Demo an. Trotz wachsender Polizeibrutalität wird seit 1983 kontinuierlich gegen das Nazitreffen vorgegangen.]

Trotz der Behinderung durch die Stadt Passau konnte über die Jahre hinweg erfolgreich gegen die DVU mobilisiert werden. Unter erschwerten Bedingungen wie dem weitgehenden Fehlen einer liberalen Öffentlichkeit oder der Gleichgültigkeit der katholisch-unterschwellig sozialisierten Mehrheitsbevölkerung, gab es kontinuierliche antifaschistische Arbeit.

Nicht umsonst setzte im Jahre 1995 eine massive Kriminalisierungswelle gegen die örtliche Antifa-Szene ein, die das Ziel hatte, örtliche Strukturen zu zerschlagen. Mehrere Male wurden Wohnungen durchsucht und Verfahren nach § 129a eingeleitet, eines davon gegen einen damals 15-jährigen. Die bayerische Polizeistrategie erlaubt dabei fast alle Register zu ziehen, um zu versuchen, aktive Antifas einzuschüchtern oder zu demoralisieren. Willkürliche Kontrollen wurden zur Regel und gingen Hand in Hand mit einer Diffamierungskampagne, losgetreten von ansässigen reaktionären Politikern oder der Passauer Neuen Presse, die allein auf weiter Flur in der gesamten Region die Meinungsführerschaft besitzt. So wurde z.B. öffentlich von dem Passauer CSU-Landtagsabgeordneten Gebhard Glück dazu aufgefordert, die Antifa als „Passauer Terror-Gruppe“ zu bezeichnen.

Die Stadt hingegen verlor jährlich ihren lächerlichen Alibi-Prozess gegen die DVU. Mittlerweile werden die Prozesse gegen die DVU nicht mehr geführt, gegen die NPD wird gar nichts mehr in diese Richtung unternommen. Das ist nach dem Rückzug fast aller gesellschaftlich relevanten Gruppen in Passau aus dem Bündnis gegen die DVU das Einzige, was offiziell zur Gegenwehr erklärt wurde. Gemäß dem Motto „warten bis es vorbei ist“ wird in Passau seit eh und je politisch Position gegen die faschistische DVU oder auch die NPD bezogen, und dann auch noch gegen diejenigen agitiert, die sich offen und effektiv zur Wehr setzen.

DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND ORGANISIEREN!

Wir werden als AN/BO zur bundesweiten Antifa-Demo unter dem Motto „Gegen den NPD-Kongress vorgehen – Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und rassistische Hetze!“ aufrufen. Die Etablierung sämtlicher faschistischer Propagandaschows muß verhindert werden. Dabei genügt es allerdings nicht, nur die Nazis und ihre Inhalte anzugehen. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Trends muß die rassistische Formierung, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt und die sich um die Debatte zur „Inneren Sicherheit“ manifestiert, herausgestellt und angreifbar gemacht werden. Ihren Hauptbezugspunkt hat diese Hetze bei Parteien wie der NPD. Das Wechselspiel zwischen faschistischer Ideologie und den Inhalten der sogenannten „Volksparteien“ ist unübersehbare Realität und muß speziell im Wahljahr 1998 nicht nur in Passau Thema und Angriffspunkt konsequenter AntifaschistInnen sein.



Zudem finden wir es notwendig, gerade in der Provinz solidarisch mit den örtlichen Antifas zu agieren und sie zu unterstützen bei ihrem Versuch, der erdrückenden Indifferenz etwas entgegenzusetzen. Deswegen fordern wir alle auf, am 7. Februar 1998 nach Passau zu kommen, um entschlossen und zahlreich der NPD und ihren dumpfen Parolen entgegenzutreten. Diese weitere Nazi-Großveranstaltung in Passau dürfen wir genauso wenig wie die DVU-Kundgebung tatenlos hinnehmen, viel mehr ist spätestens jetzt die Zeit reif für breiten Protest. Achtet auf Ankündigen, Informationsveranstaltungen, Mitfahrmöglichkeiten!

**KOMMT ZUM AKTIONSTAG NACH PASSAU!
ORGANISIERT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND!**

Auf nach Passau

Infoveranstaltung zur Demo in Passau

**30.1.98 19 Uhr Mehringhof
Gneisenastr. 2a
Versamlungsraum**

Kartenvorverkauf für den Bus nach Passau

- M 99 (Manteuffelstr. 96)
- X-Beliebig (Liebigstr.)
- Schreinercafe (Schreinerstr.)
- Buchladen Schwarze Risse und
- EX-Kneipe (Mehringhof)

Rückreise von Passau nach Berlin am Sonntag:

- * Unterkunft in bayrisch-rustikaler Jugendherberge
- * Samstag-Abend-Konzert
- * Weißwurstfrühstück
- * Affären (eventuell neue/n Lebensabschnittspartner/in kennenlernen)

Flüchtlinge erkämpfen ihre Rechte



STAATLICHEN RASSISMUS STOPPEN !!!
FLÜCHTLINGSRECHTE ERKÄMPFEN !!!

Seit dem 1.6.1997 ist die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gültig. Diese Änderung besagt, kurz zusammengefasst, daß es Kommunen und Gemeinden offen steht, Leistungen an Flüchtlinge in Form von Bargeld/Gutscheinen oder aber in Sachleistungen auszusahlen. Dieses Gesetz war und ist rassistisch und ist ein gezielter Angriff auf die Menschenwürde der in diesem Land lebenden Flüchtlinge. Genauso wird es auch von Städten und Gemeinden verstanden und praktiziert. Am Umgang der Gemeinde Legden mit den dort lebenden Flüchtlingen zeigt sich dies beispielhaft.



Die Situation in Legden
Legden ist eine typische Gemeinde im Münsterland mit ca. 6.200 EinwohnerInnen und liegt etwa 8 km von Ahaus entfernt (dem Ziel des nächsten Castortransportes). Im Mai '97 beschließt der Rat der Gemeinde mit großer Mehrheit, den Flüchtlingen, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, statt Gutscheinen Lebensmittelpakete zu verordnen. Erneut übernimmt die Gemeinde Legden damit die Funktion eines Pilotprojektes für Nordrhein-Westfalen. So war Legden die erste nordrheinwestfälische Gemeinde, die die damals gleichfalls sehr umstrittene Gutscheinpraxis einführte. Unterstützt wird die von der Gemeinde Legden praktizierte und propagierte Abschreckungsstrategie durch Landes- und KreispolitikerInnen der CDU. Auf einer Pressekonferenz attestiert der migrationspolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion dem Legdener Rat eine Vorreiterrolle über die Gemeindegrenzen hinaus und dem Ratsbeschluß eine Signalwirkung. Diese Aussage hat sich mittlerweile bestätigt. Immer mehr Städte und Gemeinden in NRW kündigen an, die Legdener Praxis übernehmen zu wollen.

Am 1.8.1997 wird der Ratsbeschluß vom Mai in die Tat umgesetzt. An diesem Tag erhalten die Flüchtlinge, die von der Regelung betroffen sind, erstmalig ein von der Firma Weigl (aus Bayern) zusammengestelltes Lebensmittelpaket. Generöse zwei Liter Mineralwasser für vier Tage, Schweinefleisch für Moslems und VegetarierInnen und dazu noch Lebensmittel, die verfällt waren oder das Verfallsdatum überschritten hatten, gehörten zum Inhalt dieses ersten Paketes. Dazu kommt, daß der angegebene Warenwert von 25 DM nicht im entferntesten dem tatsächlichen Wert von gerade mal 13-14 DM entspricht. So schlägt eine deutsche Firma aus der Ver schlechterung der Lebenssituation der Flüchtlinge Kapital und die Gemeinde Legden bedient sich dieser Profiteure, um die Flüchtlinge zu zwingen, Deutschland zu verlassen. Denn spätestens in der Begründung der Gemeinde Legden für die Einführung dieser Praxis wird deren zynische und rassistische Intention deutlich.

"Daß die Umstellung von Gutscheinen auf Sachleistungen, mit der die Gemeinde keine Einsparung erzielt, Probleme mit sich bringen würde, sei bekannt gewesen, so Gemeindedirektor Kampmann: Trotzdem halte ich diese Lösung für besser. Sie fördere sowohl die Krebsbereitschaft der Betroffenen als auch die Ausreisebereitschaft der abgelehnten Asylbewerber" (Zitat aus der Münsterland Zeitung)

"Die Einsparung sieht Kampmann darin, daß der ein oder andere Asylbewerber sich aufgrund der schlechten Verpflegung doch vielleicht eher auf den Rückweg in sein Heimatland machen könnte" (Zitat aus den Westfälischen Nachrichten)

Die Situation der Flüchtlinge

Nach der ersten schlechten Erfahrung mit den Lebensmittelpaketen verweigern die von der Regelung betroffenen Legdener Flüchtlinge jede weitere Annahme. Seit die Flüchtlinge sich Anfang August zum Widerstand entschlossen, ist ihre Lebenssituation zunehmend prekärer geworden. Trotzdem hält immer noch ein Großteil der Flüchtlinge ihren Boykott der Pakete aufrecht. Seitdem bestreiten sie ihre Lebensmittelversorgung von ihrem Taschengeld in Höhe von 80 DM monatlich. Die wenigen Flüchtlinge, die für das Sozialamt "gemeinnützige Arbeit" leisten, können zusätzlich noch knapp 160 DM dazuverdienen. Doch selbst mit 240 DM im Monat ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Für die Flüchtlinge, die dieses "Zusatzgeld" nicht haben, ist die jetzige Situation noch belastender. Nur aufgrund der Solidarität der Flüchtlinge untereinander und gelegentlicher Spenden ist es ihnen überhaupt möglich, den Boykott aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde versucht nun mit immer massiveren Mitteln, den Widerstand der Flüchtlinge zu brechen. Darüberhinaus ist der Großteil der Legdener Flüchtlinge in absehbarer Zeit von Abschiebung bedroht.

Legden, ein Stein im Mosaik

Seit Jahren verschlechtert sich die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen kontinuierlich. Im Zuge der von PolitikerInnen bewußt initiierten "Das-Boot-ist-voll"-Debatte veränderte sich nach der sogenannten Wiedervereinigung das politische Klima in diesem Land nachhaltig. Während tagsüber in der Republik PolitikerInnen gegen Flüchtlinge hetzen, brannnt nachts Flüchtlingsheime und Häuser von MigrantInnen. Durch die gezielte Diffamierung und Stigmatisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen als "Wirtschaftsasyllanten und kriminelle Ausländer" wurde eine Stimmung geschaffen, in der sich Neonazis, faschistische Skinheads und der rassistische Strassenmob legitimiert fühlen, ihre menschenverachtenden Ansichten parallel zu den Aussagen und Forderungen der Politik blutig umzusetzen. Bis heute sind Dutzende von Toten zu beklagen. Gleichzeitig verabschiedet der Bundestag immer schärfere Gesetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Höhepunkt war die De-Facto-Abschaffung des Artikel 16 des Grundgesetzes. Doch damit gaben sich Bundestag und Bundesrat noch lange nicht zufrieden. So wurde 1997 die Visumpflicht für Kinder von MigrantInnen eingeführt und das AsylbLG drastisch verschärft. Während die Anerkennungsquote von Flüchtlingen auf einen historischen Tiefstand von unter 6% gesunken ist und dadurch bedingt immer mehr Flüchtlinge von Abschiebung in Verfolgung und Tod bedroht sind, macht Europa durch das Schengener Abkommen die Grenzen dicht. Im Wahlkampfjahr '98 muß mit weiteren Verschärfungen bestehender Gesetze und des rassistischen Klimas in diesem Land gerechnet werden.

Solidarität ist eine Waffe!!!

In einem Klima, das in diesem Land immer rassistischer wird, gehört für Flüchtlinge viel Mut dazu, sich gegen diskriminierende Maßnahmen und Verhaltensweisen staatlicher Stellen zur Wehr zu setzen. Deswegen ist es notwendig, daß AntifaschistInnen Flüchtlingskämpfe unterstützen. In einem Klima das, vom Rechtsruck der Gesellschaft dominiert wird und in dem rassistische und sexistische Gewalt zur Normalität gehört, ist es wichtiger denn je, sich mit dem Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen zu solidarisieren.

Deswegen:

GELD STATT SACHLEISTUNGEN!!!

WEG MIT DEN SONDERGESETZEN FÜR FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN!!!

ANERKENNUNG VON SEXUALISIERTER UND PATRIARCHALER GEWALT ALS FLUCHTGRUND VON FRAUEN!!!

BLEIBERECHT FÜR ALLE!!! ABSCHIEBESTOPP SOKORT!!!

Kommt alle zur Demonstration!!!

Ort: Legden (bei Ahaus) am 14.2.1998 um 13.30 Uhr Treffpunkt: Post

Aufzufende Gruppen: Antifa Bocholt, Edelweiß-Piratinen Beckum, Antifa Bünde, Antifa Gronau, Gronauerbeschallungstollativ, Zeitungsgruppe Linksabbieger, AntifaschistInnen aus Legden & Lingen, Regionalkonferenz der Antifa- und Flüchtlingshilfegruppen im Münsterland, Infoladen Osnabrück, Avanti Osnabrück, Radio Uncover, Autonome Antifa Rheine



1.8.97 An diesem Tag führt die Gemeinde Legden die Praxis ein (möglich wird das durch das neue Asylbewerberleistungsgesetz), den vor Ort lebenden Flüchtlingen statt Gutscheinen Lebensmittelpakete zu geben. Betroffen von der Regelung sind 44 Frauen, Männer und Kinder. In diesem Paket (Gegenwert 25 DM/tatsächlicher Wert 13,70 DM) zeigt sich dann, wie sich die Gemeinde Legden und die Firma Weigel aus Bayern die Versorgung von Menschen vorstellt. Ein verfaultes Salatkopf, eine Konserve, die das Verfallsdatum überschritten hat und generöse 2 Liter Mineralwasser für 4 Tage gehören mit zum Inhalt. Komplettiert wird das Paket durch Hering in Aspik, Reis, Speisestärke (kein Scherz), Gehacktem und einem Fertignudelgericht mit Speckfett. Auf religiöse und ethnische Besonderheiten bei den Flüchtlingen wurde mit diesem Vorgehen nicht im geringsten Rücksicht genommen, genau so wenig wie es die Gemeinde interessiert, daß die sogenannten Lebensmittelpakete allen ernährungswissenschaftlichen Kriterien widersprechen. So bekommen Erwachsene (mit Ausnahme schwangerer Frauen) prinzipiell kein Obst und die Pakete enthalten jeweils für 4 Tage nur 2 - 3 Liter Getränke. Nach dieser ersten schlechten Erfahrung verweigerten die Flüchtlinge geschlossen je die weitere Annahme der Pakete.

11.08.97 Flüchtlinge und GemeindevertreterInnen, allen voran Gemeindedirektor Kampmann treffen sich im Flüchtlingsheim um über den Boykott der Lebensmittelpakete zu sprechen. Dieses Gespräch bleibt ergebnislos, doch in der Begründung seitens der Gemeinde entlarvt sich deren rassistische Intention. Zitat aus der *Münsterland Zeitung*: "Daß die Umstellung von Gutscheinen auf Sachleistungen, mit der die Gemeinde keine Einsparung erzielt, Probleme mit sich bringen würde, sei bekannt gewesen, so Kampmann: 'Trotzdem halte ich diese Lösung für besser.' Sie fördere sowohl die Erwerbsbereitschaft der Betroffenen als auch die Ausreisebereitschaft der abgelehnten Asylbewerber."

22.09.97 Der Initiativkreis "Fremde unter uns" des Kolpingvereins Legden lädt ein zu einer Debatte über die Situation der Legdener Flüchtlinge. 90 Menschen, darunter Flüchtlinge, bürgerliche FlüchtlingsunterstützerInnen und GemeindevorteilnehmerInnen nehmen an der Veranstaltung teil. Der anwesende Gemeindedirektor Kampmann macht nochmals klar, worum es ihm geht. Zitat aus den *Westfälischen Nachrichten*: "Die Einsparung steht Kampmann darin, daß der ein oder andere Asylbewerber sich aufgrund der schlechten Verpflegung doch vielleicht eher auf den Rückweg in sein Heimatland machen könnte." Viele der Anwesenden kritisieren die Gemeinde scharf und forderten die Rücknahme der Regelung. Die Flüchtlinge erklären, daß die Regelung ihre Menschenwürde massiv verletzt. Doch diese Kritik und die Aussagen der Betroffenen beeindruckten die Gemeinde nicht. Entsetzt stellte eine Flüchtlingsberaterin der Caritas Gronau fest: "Ich habe es noch nie erlebt, daß ein Gemeindedirektor öffentlich derart unverblümt eine solche Abschreckungsstrategie propagiert hat." Am Schluß der Veranstaltung kündigt die Initiative "Fremde unter uns" an, einen BürgerInnenantrag zu stellen, um so die Rücknahme der Regelung zu erreichen.

23.08.97 - 30.09.97 In dieser Zeit kritisieren verschiedene Gruppen, Organisationen (u.a. der Flüchtlingsrat NRW) und Einzelpersonen in LeserInnenbriefen in den regionalen Zeitungen die Praxis und das Vorgehen der Gemeinde Legden vehement.

30.09.97 Der Flüchtlingsrat Kreis Borken und der AK Asyl Gronau (Bürgerliche Flüchtlingshilfegruppe) lädt ein zu einer erneuten Veranstaltung zu diesem Thema. Es kommen ca. 80 Menschen, darunter auch betroffene Flüchtlinge. BefürworterInnen der Regelung lassen sich an diesem Abend nicht sehen. Anwesende AntifaschistInnen sprechen nach Ende der Veranstaltung mit VertreterInnen bürgerlicher Gruppen über eine von den Flüchtlingen gewünschte und favorisierte Bündnisdemonstration. Doch die bürgerlichen Gruppen lehnen eine gemeinsame Bündnisdemonstration ab, weil sie befürchten, die Fronten in Legden könnten sich dadurch weiter verhärteten. Trotz der Enttäuschung über diese Absage be-

schließen die Flüchtlinge, AntifaschistInnen und Einzelpersonen aus Legden und Ahaus am 20.10.1997 eine antirassistische Demonstration in Legden durchzuführen.

06.10.97 KritikerInnen der Paketregelung in Legden und Menschen, deren Engagement für Flüchtlinge öffentlich bekannt ist, erhalten Post. Einige KritikerInnen bekommen Briefe (zum Teil mit Hakenkreuzen bemalt), die ein bekanntes rassistisches Hetzgedicht (Anrede: Sehr geehrte Zuhälterin der Kanacken) enthält. Andere finden in ihren Briefkästen Flugblätter einer *Bürgeraktion Unsere Zukunft*, in denen gegen Flüchtlinge gehetzt ("Laßt keine Parasiten rein") und in rassistisch-faschistischer Manier für die "Reinhaltung der deutschen Rasse" geworben wird. Parallel dazu berichten LegdenerInnen, die gegen die Praxis der Gemeinde Stellung bezogen hatten, von massiven Anfeindungen. Ein überwältigender Teil der Legdener Bevölkerung steht voll hinter der von der Gemeinde eingeführten Regelung, vielen geht diese sogar noch nicht weit genug.

08.10.97 Die Gemeinde läßt ein Flugblatt öffentlich auslegen, in dem die Praxis als voller Erfolg gefeiert wird, und in dem sie die Behauptung aufstellt, durch die Regelung jährlich 100.000 DM einzusparen. Daß dieser angebliche Sparsiege auf Kosten der Menschenwürde erzielt wird bzw. erzielt werden soll, interessiert in Legden keine. Darüberhinaus widerspricht diese Behauptung vorherigen Aussagen (siehe 11.08.97), die Gemeinde würde durch die Umstellung auf diese Praxis nicht sparen. Desweiteren behauptet die Gemeinde in diesem Schriftstück, die Pakete würden ernährungswissenschaftlich begleitet. Dies ist mittlerweile als Lüge entlarvt worden. Die von der Gemeinde zitierte *Deutsche Gesellschaft für Ernährung* (DGE) hat jede Mitarbeit an der Zusammenstellung der Pakete dementiert.

10.10.97 Ein Legdener Bürger (der Mann will, wen wundert's, anonym bleiben) spendet 4.000 DM für die Flüchtlinge. Als Begründung führt er an, daß er sich für Legden schäme. Am gleichen Tag stimmt der Hauptausschuß der Gemeinde mit 6:3 Stimmen für die Beibehaltung der Regelung.

16.10.97 Der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Oliver Wittke besucht Legden. Mit seinem Besuch will er die Gemeinde ermuntern, an ihrem Beschluß festzuhalten. Im Verlauf seiner Presseerklärung wird er dann deutlich. Zitat aus der *Münsterland Zeitung*: "Legden übernehme durch die konsequente Umsetzung des mit großem politischen Konsenz beschlossenen Asylkompromisses eine Vorreiterrolle auch über die Gemeindegrenzen hinaus. Er mißt dem Ratsum Signalwirkung zu." Zynisch wird es dann, als er daran erinnert, daß doch nur 46 Menschen von der Regelung betroffen seien und daß bei dieser Anzahl ja nicht von einer Verletzung der Menschenwürde gesprochen werden könne. Überhaupt, wer eine derartig emotionale Debatte führe, müsse aufpassen, daß damit kein Ausländerhaß geschürt werde. Damit sind dann auch die Schuldigen am rassistischen Klima in Legden gefunden. Nicht die Gemeinde mit ihrer legalen "Flüchtlings-Raus-Politik", nicht die Stammtische oder die Bevölkerung, sondern die KritikerInnen menschenverachtender Politik werden als Verantwortliche ausgemacht. Rassistische Normalität in Deutschland im Herbst 1997.

20.10.97 Vor der Ratssitzung, in der erneut über die Regelung abgestimmt werden soll, findet die von Flüchtlingen, AntifaschistInnen und Einzelpersonen organisierte Demonstration statt. Trotz der sehr kurzen Vorbereitungszeit war es gelungen, noch relativ breit gefächert (Durchsagen auf dem Schienenaktionstag in Ahaus, fast bundesweite Verschickung des Demoauftrufes usw.) zu mobilisieren. Trotzdem wird die Demonstration zum Desaster. 50 Menschen versammeln sich (liebe Grüße an die AntifaschistInnen aus B. und B.! am Montag Nachmittag in Legden, um gegen das rassistische Vorgehen der Gemeinde zu protestieren. Das Traurige daran ist, daß mehr betroffenen Flüchtlinge als UnterstützerInnen anwesend sind. Nur die Polizei läßt sich nicht lumpen. So kommt es, daß das traurige Häuflein von DemonstrantInnen von Gelsenkirchener Mannschaftswagen, Zivilpolizei und Six-Packs/Streifenwagen aus der gesamten Region begleitet wird. Es werden Redebeiträge vom Flüchtlingsheim und vor dem Haus Wessling, dem



Weg mit den Sondergesetzen für AusländerInnen!

1987

Ort der Ratsitzung, gehalten. Danach nimmt ein kleiner Teil der DemonstrantInnen an der Ratssitzung teil. Die Gemeinde entscheidet sich - wie nicht anders zu erwarten war - für die Beibehaltung der Regelung.

21.10.97 - 17.11.97 Während die öffentlich Diskussion einschläft, entsteht, was vorher nicht möglich war: ein Bündnis aus Flüchtlingen, bürgerlichen Gruppen und AntifaschistInnen, das weiter für die Rücknahme der Regelung kämpfen will. Ende Oktober ist etwa die Hälfte der Flüchtlinge (vor allem die Familien) gezwungen, nun doch die Pakete anzunehmen. Die drastische Verschlechterung ihrer Lebenssituation machte diesen Schritt unerlässlich. Die andere Hälfte weigert sich, obwohl sie seit Monaten von 80 DM Taschengeld lebt, weiterhin, die Pakete anzunehmen.

18.11.97 An diesem Tag berichtet die *Münsterland Zeitung*, daß die Klage eines Flüchtlings gegen die sofortige Vollziehung einer Umeinweisung durch die Gemeinde Legden vom Verwaltungsgericht Münster abgelehnt worden ist. Bevor es zu dieser gerichtlichen Auseinandersetzung kam, hatte die Gemeinde zwei großen libanesischen Flüchtlingsfamilien die Mietwohnungen gekündigt. Angeblich um zu sparen sollen die beiden Familien (insgesamt rund 20 Personen) in zwei Wohncontainer (je 30 qm groß) ziehen. Nicht nur durch die Tatsache, daß der Unterhalt der Container teurer ist als der Unterhalt der Mietwohnungen, entlarvt sich die zynische und rassistische Einstellung der verantwortlichen GemeindevertreterInnen. Auch die Tatsache, daß einer der betroffenen Flüchtlinge schwer krank ist (Zitat aus dem Attest eines Urologen: "Wie schon erwähnt lebt Herr ... in ständiger Lebensgefahr, da es jederzeit zu einer Nierenruptur oder einer starken Blutung kommen könnte, welche zu Nierenversagen führen würde. Dies wiederum würde eine Dialysebehandlung oder eine notwendige Nierentransplantation bedeuten. Das oben Geschilderte kann durch eine starke Infektion bzw. Harnwegsinfekt hervorgerufen werden."), ein Kind schweres Asthma hat und eine weitere betroffene Frau schwanger ist, und es zudem unmöglich ist, 20 Menschen in zwei Containern auch nur annähernd menschenwürdig unterzubringen, bringt die Gemeinderung nicht von ihrem Vorhaben ab. Vielmehr geht es der Gemeinde um die Disziplinierung aufmüpfiger Flüchtlinge. Nur so erklärt sich das unnachgiebige Verhalten der Gemeinde gegenüber diesen beiden Flüchtlingsfamilien. Denn Männer und Frauen beider Familien hatten sich in den Monaten zuvor vehement gegen die Regelung zur Wehr gesetzt.

27.11.97 Die größere Nachbargemeinde Ahaus (dort wird im März vermutlich der nächste Castor-Transport eintreffen) kündigt an, im nächsten Jahr die Legdener Regelung übernehmen zu wollen.

07.12.97 Das erste Vorbereitungstreffen für eine zweite antirassistische Demonstration in Legden findet statt.

09.12.97 Die Diozösanversammlung des Kolpingwerkes appelliert an Städte und Gemeinden, bei der Behandlung, Verpflegung und Unterbringung von Flüchtlingen humanitäre und christliche Werte in den Vordergrund zu stellen und von einer Praxis wie in Legden abzusehen.

10.12.97 Die zwangsweise Umsiedlung der beiden Flüchtlingsfamilien ist vollzogen. Die Situation der in Legden lebenden Flüchtlinge hat sich insgesamt dramatisch verschlechtert.

13.12.97 Der Oberkreisdirektor des Kreises Borken, Raimund Pingel, meldet sich zu Wort. Er meint, daß die Umsetzung des Asylwerberleistungsgesetzes, wie in Legden praktiziert, die Spreu vom Weizen trenne, Asylanten von Wirtschaftsfamilien. Übersetzt heißt das nichts anderes, als daß nur die Flüchtlinge, die sich die mieseste Behandlung und ein menschenunwürdiges Leben gefallen lassen, richtige Flüchtlinge sind. Damit nun auch die letzte Gemeinde weiß, was von ihr

hörde künftig darauf achten werde, daß in den Kommunen nur noch Lebensmittelpakete ausgegeben werden.

14.12.9 - 5.1.98 Weitere Städte und Gemeinden kündigen an die Legdener Praxis übernehmen zu wollen.

5.1.98 - 9.1.98 Die Gemeinde droht den Flüchtlingen die immer noch die Annahme der Pakete verweigern, das ihnen zustehende Taschengeld zu kürzen oder ganz zu streichen, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben würden. Die Initiative "Fremde unter uns" stellt einen erneuten BürgerInnenantrag mit dem Ziel die Rücknahme der Regelung zu erreichen. Die beiden libanesischen Flüchtlingsfamilien nehmen ihre Kinder aus der Schule da diese dort von SchulkameradInnen rassistisch diskriminiert und beschimpft wurden. Die Gemeinde schickt einer Flüchtlingsfamilie den Kammerjäger auf den Hals. Da die Flüchtlinge nicht öffnen droht die Gemeinde nun mit Konsequenzen.

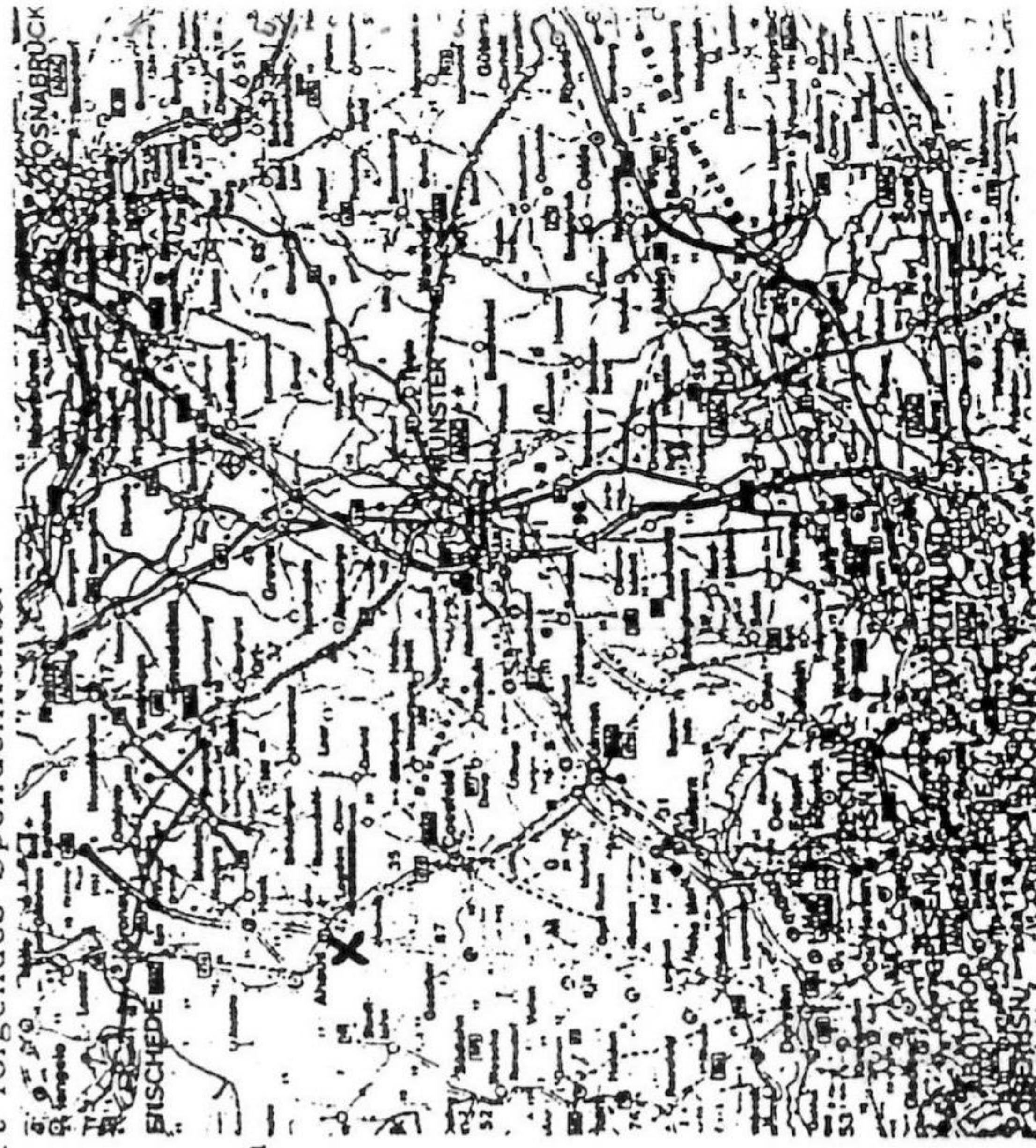
10.1.98 Das vorletzte Vorbereitungstreffen für die zweite antirassistische Demonstration findet statt. Die Demo wird definitiv am 14.2 um 13.30 Uhr an der Post in Legden mit hoffentlich großer Beteiligung losgehen.

Es reicht!
Antifa heißt Angriff!

Staatlichen Rassismus stoppen -
Flüchtlingsrechte erkämpfen!!!

Die Flüchtlinge, die nach wie vor die Annahme der Pakete verweigern und immer noch von monatlich 80 DM Taschengeld leben, brauchen dringend materielle wie finanzielle Unterstützung. Es existiert folgendes Spendenkonto:

KontoNr.: 105495901
Institut: Volksbank eG Gronau
Bankleitzahl: 40164024
Empfängerin: Julia Blömers
Stichwort: Flüchtlingshilfe in Legden



Anreise per Zug über Dortmund:
ab Dortmund (11.55)
Lünen (12.11)
Coesfeld (12.55)
Lünen (13.14)

Anreise per Auto
1. Von Niedersachsen: Osnabrück-Bentheim-Gronau-Ahaus-Legden
2. Über Münster: Dülmen-Coesfeld-Ahaus-Legden
3. Übers Ruhrgebiet: Dorsten(A31)-Borken-Ausfahrt Nr.32 Legden/Ahaus



Radio Unerhört Marburg e.V.
 Klärwerk-Nachrichten-Redaktion
 Rudolf-Bultmann-Straße 2b

35039 Marburg (Lahn)

Telefon (0 64 21) 68 32 65

Telefax (0 64 21) 96 19-95

Durchwahl (0 64 21) 96 19-93

E-mail: rum@asco.nev.sub.de

Bankverbindung: Marburger Volksbank

BLZ: 533 900 00 Konto: 549 495

Marburg, den 145. Januar 1998

90.1 MHz

Radio Unerhört Marburg

Hallo Interim,

ZUR FEHLGESCHLAGENEN ANWERBUNG DURCH ENGELHARDT IN BERLIN

(Interim vom 11.12.97)

ENGELHARDT WOLLTE AUCH IN DER MARBURGER ANTI-ATOM-SZENE
 SCHNÜFFELN LASSEN.

„Lothar Engelhardt“ war im Herbst 97 in Marburg und stand vor der Haustür einer Frau, die sich v.a. im Bereich Anti-Atom engagiert. Er wollte auch hier eine Studie machen, die ganz ähnlich klang, wie die Geschichte aus Berlin. Er hat dann noch mehrmals angerufen. Es gibt einen Mitschnitt, als er auf den Anrufbeantworter der XY gesprochen hat.

Ein Flugblatt der Bunten Hilfe Marburg steht hierzu leider immernoch aus.

Radio Unerhört Marburg-ein freies nichtkommerzielles Lokalradio mit linkem Anspruch hat in seinen Nachrichten über die fehlgeschlagene Anwerbung berichtet. Die Stimme Engelhardts, usw. gingen auch über Sender.

Das ganze kann inklusive Begleittext und Flugl der BuHi gegen 10 DM bei RUM bestellt werden.

Das Restgeld geht in den Solitopf für die Antifa-Leute, die ein Verfahren wegen der Demo

anlässlich des Nazi-Aufmarsches bei der Wehrmachtsausstellung in Marburg am 14.9.97

angehängt bekommen haben.

Bestellungen bei: Radio Unerhört Marburg

Klärwerk-Nachrichten

„Engelhardt“-Kassette

Rudolf Bultmann-Str.2b

35039 Marburg

-Keine Aussagen machen-

-Keine Zusammenarbeit mit Bullerei und VS-

-Anna und Arthur haltens Maul-

-Strukturen schützen-

Anwerbungsversuch in Marburg & Antifa-Volkssport

als rechtzeitigen neujahrsgruß haben wir in der nacht vom 30. auf den 31. 12. 1997 den pkw des faschisten helmut braun aus dem berolfweg in heidelberg - wieblingen in brand gesteckt.

braun war kassenwart der mittlenwelle verbotenen nationalistischen front, derzeit ist er einesbder aktivsten mitglieder der nationaldemokratischen partei deutschlands (npd) der region rhein-neckar, zudem jugendorganisation, den jungen nationaldemokraten (jn) pflegt er ebfnfalls reze kontakte. braun beteiligte sich 1996 / 97 an mehreren bedeutenden neonazi - aufmärschen.

antifaschistisches neujahrskommando 1998, prosit,

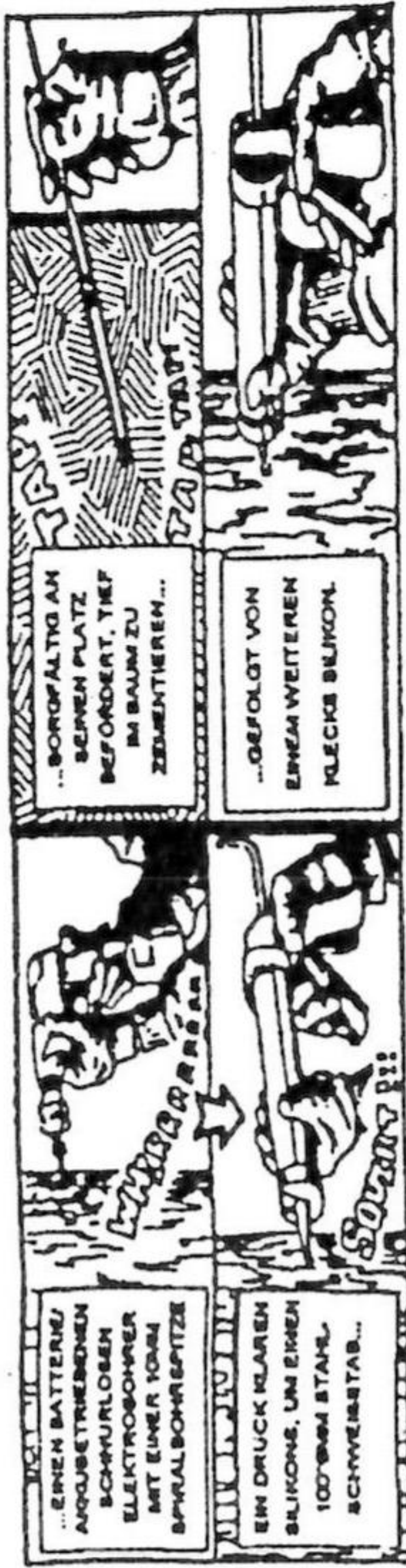
Tree-spiking - Bäume vernageln gegen das Fällen

Als gut erwies sich, die einzelnen Arbeiten auf einzelne Leute zu verteilen. Dadurch sind die Verantwortlichkeiten für die Werkzeuge gut verteilt und die Chance das was liegenbleibt geringer.

Zum Verfahren:

Wir haben verschiedene Verfahren angewendet und unterschiedliche Stifte/Nägel verwendet.

Mit Akkubohrern (vor allem für härtere Hölzer wie Eiche, Buche geeignet) haben wir Löcher schräg mach unten in die Bäume gebohrt, da rein Silikon (die Farbe der Bäume verwenden, also i.d.R. braun) gespritzt und Metall- und Keramikstifte eingesetzt. Das Loch wurde mit Holzleim oder Silikon und Rinde abgedeckt. Beim Bohren auf die Haaren achten, Drecklocken im Bohrer sind schwerhaft. Der Akku hält aber nicht sehr viele Bohrungen aus. Wenn ihr einiges schaffen wollt nehmt mehrere Ersatzakkus mit. Als bessere Bohrer haben sich bei uns wohl wie zu erwarten die Holz- statt Spiralbohrer erwiesen.



Mit dem Fäustel wurden in die Bäume

in verschiedenen Höhen mehrere verschiedenartige Nägel getrieben. Dünne, kurze Nägel lassen sich natürlich leichter in den Stamm treiben und sind von einem Metalldetektor wahrscheinlich nicht von großen zu unterscheiden. Große Nägel sind schwerer zu entfernen und werden vermutlich als gefährlicher für Fällmaschinen eingeschätzt.

Bevor der Nagel ganz im Holz verschwindet, ist es günstig, den Kopf mit einem Bolzenschneider abzutrennen und dann vollständig einzuschlagen und evt. noch mit einem Dorn zu versenken. In weichem Holz (z.B. Pappel, Fichte, Birke, Linde) ist es auch möglich schon vorher entköpfte Nägel einzuschlagen. In härteren Hölzern rutscht mensch beim einschlagen leicht ab und die Nägel werden krumm. Damit die Nagelköpfe nicht evt. verräterisch in der Landschaft liegen bleiben, ist es möglich einen Magneten an die Schneide des Bolzenschneiders zu befestigen, der die Köpfe auffängt. Ansonsten müßt ihr weggucken, da die Teile einem echt um die Ohren fliegen.

Von der Lautstärke her sind die Akkubohrer nicht direkt leiser als die Hämmer aber das Geräusch ist nicht so kontrastreich und wird durch Wind und Regen eher geschluckt. Das laute Hämmern könnt ihr durch das Anbringen von festem Filz oder anderen Materialien an die Hammerfläche dämpfen.

Gut ist es, einen Treffpunkt auszumachen, falls es zu Zwischenfällen kommt und evt. einen EA einzurichten oder ein Handy an einem für alle bekannten Ort zu verstecken.

Mit dem Schuhwerk sollte mensch nach der Aktion ausnahmsweise mal verschwenderisch umgehen. Ansonsten gilt es, alle Werkzeuge und die Klamotten zu reinigen. Dreckspuren vom Aktivitätssort wären ein wichtiges Indiz für die ErmittlerInnen. Der Bolzenschneider kann mit einer Feile von Nagelspuren gereinigt und gleichzeitig kann damit seine charakteristische Signatur entfernt werden.

Nach der Aktion sollte ein BekennerInnenschreiben verschickt werden. Wir schickten unsere an 4 bekannte Zeitungen. Beim schreiben, drucken, versenden achtet auf wiedererkennbare Merkmale, wie gewöhnliches Papier, benutzt einen üblichen Drucker, möglichst keine Schreibmaschine oder kopiert das Schreiben oft genug. Keine Fingerabdrücke, nicht die Briefmarke anlecken! Das BekennerInnenschreiben ist notwendig, um BaumfällerInnen nicht unnötig zu gefährden. Es gibt die Möglichkeit, dass der/die SägerIn verletzt werden könnte, entweder durch den Rückschlag der Säge, oder durch die Kette, falls sie reißt, wenn sie auf den Nagel trifft. Die Wahrscheinlichkeit ist laut einem Holzarbeiter äußerst gering. Aber sie besteht.

Zu dieser Thematik sehr zu empfehlen ist das Buch "Notwehr - Sabotage im Namen der Erde", welches in gut sortierten Infoläden zu beziehen ist.

Auf das es ab jetzt neben Laub- und Nadelbäumen auch noch die Nadelbäume gibt.

Einige Anti-Autobahn-AktivistInnen aus Thürlingen

P.S. Wir haben lange überlegt, ob wir der Interim diesen Bericht zuschicken sollten, da offensichtlich im Weltbild der so radikal-linken RedakteurInnen nur der Mensch befreiungswichtig ist. Da mit bekanntesten Kommentaren oder durch Nichtveröffentlichung immer wieder Texte zensiert oder verunglimpft wurden.

In der Nacht vom 15. zum 16. November wurden in Zella-Mehlis (Thüringen) Bäume auf dem Gebiet der im Bau befindlichen Autobahn A71/73 mit Metall- und Keramikstiften versehen.

Etwas zum Hintergrund:

Mitten durch den sog. Naturpark Thüringer Wald befindet sich zur Zeit eine Autobahn im Bau, die aufgrund ihrer vielen Brücken und Tunnel die teuerste Autoahn Deutschlands werden soll. Sie ist Teil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes und eines der "Verkehrs-Projekte Deutsche Einheit", und wird somit mit einem beschleunigten Genehmigungsverfahren, also Aushebelung der zwar auch nicht viel bewirkenden "demokratischen Rechte", umgesetzt. Unter Standardargumenten, wie Arbeitsplätze für die Region und Stauverminderung, wird vor Ort der Widerstand niedergehalten. Trotzdem entstehende Aktivitäten werden polemisch diskreditiert und auf Unterschriften Sammlungen und schriftliche Behördenbeschwerden beschränkt oder schärfster Repression ausgesetzt.

Im Sommer diesen und letzten Jahres hatten AktivistInnen neben verschiedensten Aktionen versucht durch die Besetzung eines Waldstückes und das Einrichten eines Hüttendorfes in den Bäumen das Fällen des Waldes und damit den Bau der Autobahn zu behindern.

Dieser Widerstand wurde mit massiver Polizeigewalt beantwortet. Die BaubesetzerInnen wurden aus den Bäumen gehungert, indem mit großer Polizeipräsenz ein großes Waldstück völlig abgeriegelt wurde. Nach einer Woche wurden die letzten beiden BesetzerInnen vom SEK geräumt. Nach einer Baustellenblockade kam zum ersten mal in Thüringen das "Beschleunigte Verfahren" zum Einsatz, nicht wie bei der Einführung des Gesetzes argumentiert, gegen das sog. organisierte Verbrechen oder Vergewaltiger, sondern gegen Zivilen Ungehorsam. Nach einer Woche U-Haft hatten 7 Leute eine Geldstrafe sowie Haftstrafe auf Bewährung.

Die Methode des Bäume-vernagelns ist eine seit langem in den USSA praktizierte Technik, um die dort noch vorhandenen borealen Regen- und Urwälder vor der Holzindustrie zu schützen. Ziel ist es, die Nägel so in den Baumstamm einzutreiben, dass sie entweder direkt beim Fällen die Ketten der Motorsägen abstumpfen oder beschädigen, um das Fällen der Bäume zu verzögern oder um die Sägeblätter in den Sägewerken zu zerstören, um auf diese Weise der Holzindustrie ökonomischen Schaden zuzufügen.

Mit diesem Widerstandstreiben soll also der naturzerstörerischen Politik und der damit verbundene Gewinnmaximierung etwas entgegen gesetzt und an empfindlichen Stellen so effizient wie möglich Schaden zugefügt werden.

nachfolgend ein Bericht über das Vernageln der Bäume

(bis jetzt gibt es wenig Erfahrung auf dem Gebiet in Deutschland, unsere Erfahrungen sind nicht ultimativ, probiert selbst aus und gebt eure Erfahrungen weiter)

Wir haben uns ein Waldstück ausgesucht, dass zwar bald gefällt werden soll, in dem aber noch genügend Zeit bleibt, ohne jemanden zu gefährden, eine Presseerklärung herauszugeben und Spuren durch die Witterung verwischen zu lassen.

Als Ausrüstungsgegenstände setzten wir folgendes ein:

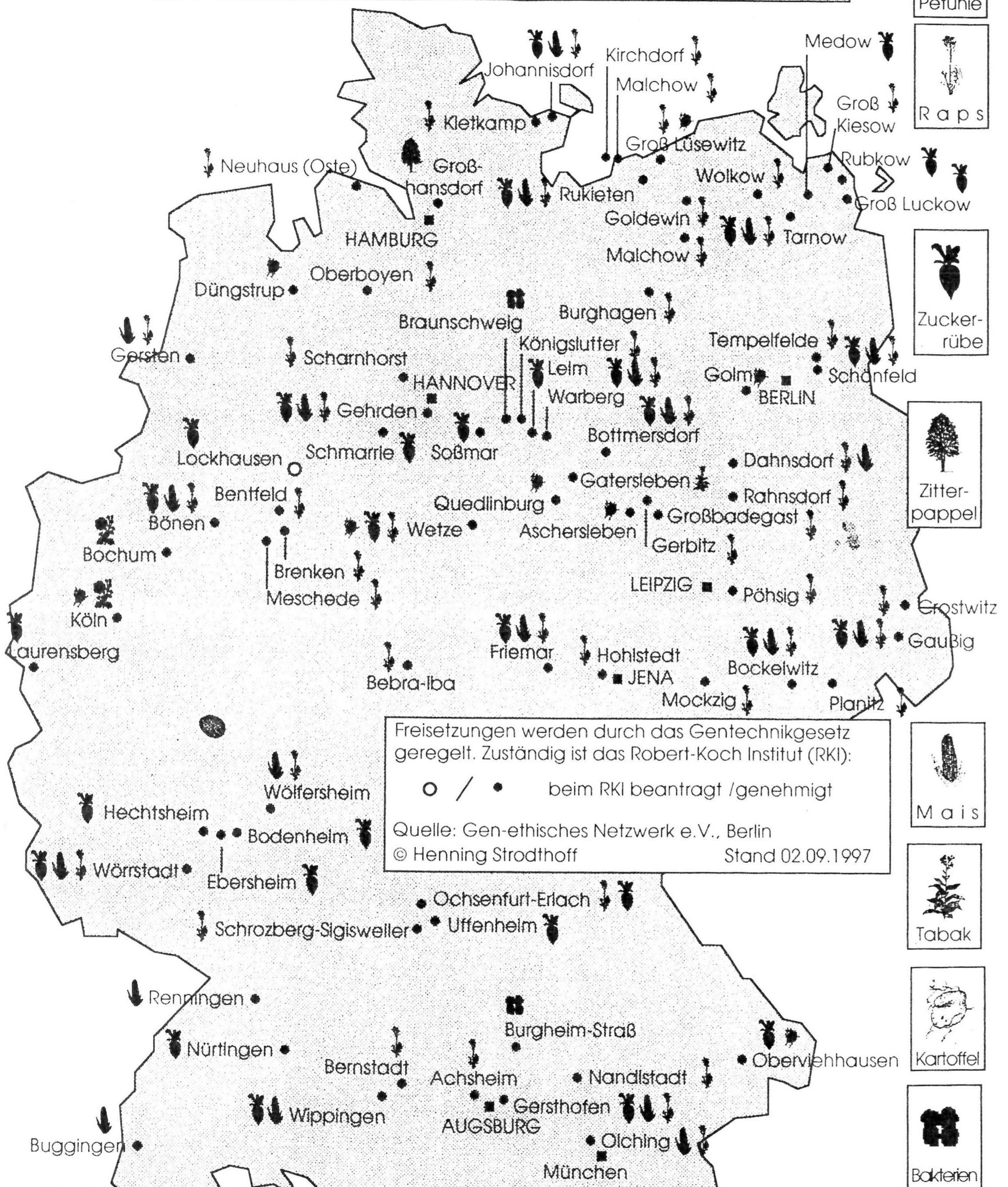
- verschiedene Nägel (bis zu 200mm lang) und Stifte verschiedenster Länge
- Bolzenschneider
- Silikonspitze
- Taschenlampe
- Akkubohrer
- Fäustel (schwere Hämmer)
- Handschuhe
- Signalgeber (Termitationspfeifen)
- Verbandszeug (Erste Hilfe bei Verletzungen)

In der Vorbereitung haben wir an toten Bäumen der selben Art unsere Ausrüstung (vor allem Nagelstärke und -härte sowie Bohrrtauglichkeit) getestet und danach alle Werkzeuge mit Lösungsmittel (z.B. Spiritus) von Fingerabdrücken usw. gereinigt.

Gut arbeiten ließ sich bei den vorliegenden Bedingungen, mit 2 Gruppen zu je 2 bis 5 Personen. Die Gruppen können sich in einem verabredeten Rhythmus abwechseln. Eine vernagelt, die andere hält Wache. Eine Wachgruppe ist je nach den Bedingungen nicht immer notwendig. Da unser Waldstück aber schon als Widerstandsort bekannt war und von Cops observiert wurde, war dies notwendig. Für die Informationsweitergabe eignen sich Funken oder auch sog. Termitationspfeifen, welche Tierrufe nachahmen. Diese gibt es in Tier- oder Jagdgeschäften zu ergattern. Mit mehreren Pfeifen können verschiedene Gefahrensituationen angezeigt werden.

tree-spiking

Freisetzen gentechnisch veränderter Organismen in Deutschland



Versuche mit "inverkehrgebrachten" (nach der EU-Richtlinie 90/220) gentechnisch veränderten (gtv) Pflanzen gelten nicht als Freisetzung. Bisher sind u.a. gtv. Raps (Firma Plant Genetic Systems) und Mais (Firma Novartis) inverkehrgebracht worden. Gtv. Pflanzensorten sind bisher nicht zugelassen. In Deutschland finden derzeit Versuche mit gtv. Rapspflanzen, möglicherweise auch mit anderen Pflanzen, z.B. Maispflanzen statt. Raps-Versuche werden in Blekendorf, Schleswig-Holstein und Rauschholzhausen, Hessen durchgeführt. In Sachsen-Anhalt soll ein Fütterungsversuch stattfinden.

Raps	(3)	Veränderung der Fettsäurezusammensetzung: Acyl-[ACP] Thioesterase aus dem Köcherblümchen (<i>Cuphea lanceolata</i>), npt II	Bundesanstalt für Züchtungs- und Kulturpflanzen	Groß Lüsewitz (MV)	6786-01-38G	18.4.1996	1996-2002
		Veränderung des Fettsäuremusters: Anteil der Laurinsäure C12:0 40% des gesamten Fettsäuregehaltes, weitere: npII	Norddeutsche Pflanzengzüchtung	Kirchdorf / Malchow (Insel Poel, MV)	6786-01-61G (V)	25.3.1997	1997-2002
		Veränderung des Fettsäuremusters: a) neue (Myristinsäure) und /oder vermehrt mittelkettige Fettsäuren b) Triterucin weitere: npt II		nachgemeldet: Brecken (NRW)		M 25.4.1997	
		Veränderung des Fettsäuremusters: siehe 6786-01-55	Norddeutsche Pflanzengzüchtung	Kirchdorf / Malchow (Insel Poel, MV)	6786-01-55G	27.3.1997	1997-2001
		Veränderung des Fettsäuremusters: siehe 6786-01-55	Deutsche Saatveredelung	Büren-Brecken (NRW)	6786-01-57G	27.3.1997	1997-2001
		Veränderung des Fettsäuremusters: siehe 6786-01-55	Plantia/KWS	Wetze (Nds)	6786-01-56G	27.3.1997	1997-2001
Rhizobium meliloti	(1)	Sicherheitsstandard für die Freisetzung von Bakterien, Luciferase-Gen im recA-Bereich Freisetzung in acht Bodensäulen	Uni Bielefeld, u.a.	Braunschweig, FAL (Nds.)	6786-01-20G	26.8.1994	1994
		Freisetzung auf zehn 3*3m große Parzellen von insgesamt 90m ²	Uni Bielefeld, u.a.	Braunschweig, FAL (Nds.)	6786-01-20G	26.8.1994	1995
		Monitoring bis 1998	Uni Bielefeld	Bayern	6786-01-71G	20.8.1997	1997-2000
Sinorhizobien Neu	(1)	Freisetzung von gtv. Bakterien "Markierung"	Plantia / KWS	Wetze (Nds.)	6786-01-4G	8.4.1993	1993-1994
Tabak	(1)	Nachwachsende Rohstoffe Merkmale: bakterielle Xylanase, npt II	Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung	Gatersleben (Sachsen-Anhalt)	6786-01-41G	4.4.1996	1996-1997
Zitterpappel	(1)	angeblich soll die Stabilität eingebrachter Gene getestet werden Merkmale: rolC-Gen aus Agrobacterium rhizogenes, weitere Merkmale: npt II	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Landwirtschaft	Großhansdorf (HH)	6786-01-48G	28.5.1996	1996-2001
Zucker- rüben	(1)	Resistenz gegen Rizomania (Wurzelbärtigkeit); weitere Merkmale: bar (= "BASTA") und npII	Plantia / KWS	Wetze (Nds.)	6786-01-4G	8.4.1993	1993-1994
		a) Fortsetzung der Versuche (1) Versuchsziel: "Leistungsprüfung" b) neue Zelllinie (Merkmale: Resistenz gegen Rizomania, weitere: npII, gus) Versuchsziel: Gewinnung von Saatgut	Plantia / KWS	a) Wetze (Nds.) b) Wetze (Nds.)	6786-01-29G	3.5.1995	1995
		Fortsetzung der Versuche (1,2) Versuchsziel: "Leistungsprüfung" (Merkmale: Resistenz gegen Rizomania, weitere: npII, gus, keine Basta-Rüben)	Plantia / KWS	Wetze (Nds.)	6786-01-45G	19.3.1996	1996-1997
	(2)	"Begleitforschung", verwendet werden Rüben der Firma Plantia (entsprechend Versuch (1))	TU Aachen	Laurensberg (Aachen, NRW)	6786-01-28G	11.4.1995	1995-1997
		Fortsetzung Begleitforschung	TH Aachen	Laurensberg (Aachen, NRW)	6786-01-58G (V)	17.4.1997	1997-2007
		Fortsetzung Begleitforschung	TH Aachen	nachgemeldet: Bodenheim (RPF.) Ebersheim (RPF.)	6786-01-67G	M 16.5.97	1997-2007
	(3)	Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA" (pat-Gen)	AgriEvo	Gehrden (Nds.)	6786-01-22G	4.4.1995	1995-1997
		Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA" (pat-Gen)	AgriEvo	Bönen (NRW)	6786-01-23G	4.4.1995	
		Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA" (pat-Gen)	AgriEvo	Rukieten (MV)	6786-01-24G	4.4.1995	
		Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA" (pat-Gen)	AgriEvo	Tarnow (MV)	6786-01-25G	4.4.1995	
		Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA" (pat-Gen)	AgriEvo	Gaußig (Sa)	6786-01-44G	6.5.1996	1996-2005
		Schönfeld (Bra.), Johannisdorf (SH), Bockelwitz (Sa.), Wippen (BW), Wörrstadt (RPF), PLZ 55286	Wippen (BW)	Wippen (BW)	6786-01-44G (V)	M 28.5.1996	

Gen- Tech- Freisetungen

Zucker- rüben	Herbizidtoleranz gegen Glufosinat = "BASTA"	AgriEvo	Tarnow (MV)	6786-01-63G (V)	11.4.1997	1997-2002
	nachgemeldet: 5.5.97 Bönen (NRW) Bottmersdorf (Sa) Bockelwitz (Sa)	Gaußig (Sa) Friemar (Thu) Gehden (Nds)	Warberg (Nds) Gersthofen (Bayern)	Oldenburg / Johannisdorf (SH) Wörrstadt (RPF)		
	Versuche zum Anbau basta-resistenter Pflanzen im Mulchsaat	FH Nürtingen	Nürtingen (BW)	6786-01-40G	18.3.1996	1996-1999
	(4) Herbizidtoleranz gegen Glyphosat = "Roundup" (Glyphosat = N-(phosphonomethyl) glycine)	Monsanto	Groß Luchkow (MV), Hulsede, OT Schmarie (Nds.), Lelm (Nds.), Medow (MV), Ochsenfurt-Erlach (Bay), Rukieten (MV), Soßmar (Nds.), Uffenheim (Bay)	6786-01-54	23.4.1997	1997-1999
Neu	(5) Herbizidresistenz: keine weiteren Informationen	Novartis Seeds	Lockhausen bei Bad Salzuflen (NRW)	6786-01-72	1998-2002	

Anmerkung: Die Zahl der durchgeführten, laufenden und geplanten Freisetungen ist nicht identisch mit der Anzahl der Anträge auf Freisetungen, da ein Antrag mehrere Freisetungen beinhalten kann. In der Rubrik "Zeitraum" ist der Versuchszeitraum für die Freisetung genannt.

Legende:

B = Beantragt, G = Genehmigt, V = Antrag im Vereinfachten Verfahren nach 94/730/EG gestellt, M = Mitteilung an die Antragstellerin ist durch das RKL erfolgt.

Abkürzungen:

AgriEvo: Tochterunternehmen der Firmen Hoechst/Roussel Uclaf (60%) und Schering (40%). Die AgriEvo ist eine der drei größten Firmen im Pflanzenschutz für weltweit (Jahresumsatz über 3 Mrd. DM) **antibiotische** Strukturen des Stärkestoffwechsels der Kartoffel in umgekehrter Orientierung bezogen auf ein genetisches Steuerungselement. Die gebildete "antibiotische" RNA soll die Bildung des ursprünglich kodierten Enzyms blockieren.

bar-Gen: Phosphinothricin-Acetyltransferase (=Basta-resistenz)

Bay: Bayern

BASTA: Totherbizid der Firma Hoechst, das auf der Basis von Glufosinat wirkt

BBA: Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Institut für integrierten Pflanzenschutz

Bra: Brandenburg
BW: Baden-Württemberg
FAL: Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft
KF: Institut für Genbiologische Forschung, Berlin

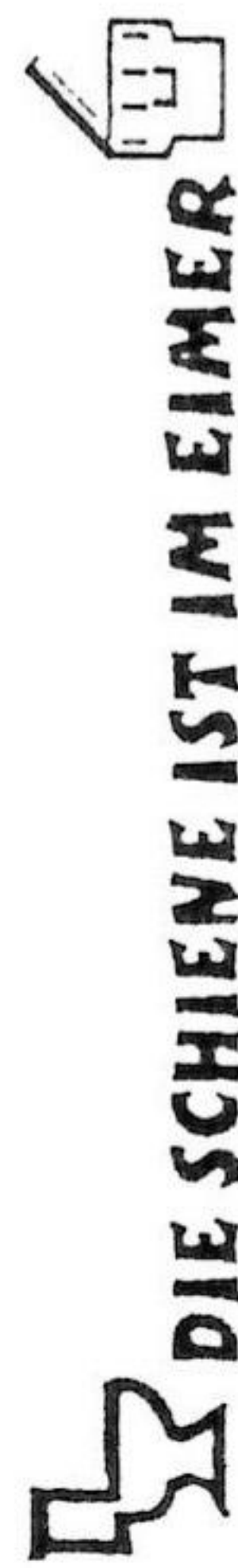
Alphabetische Liste der Freisetungsstandorte:

(neue Standorte sind hervorgehoben)

Achshelm (Langweid (a Lech) - Achshelm, Bay, PLZ 86462)
Aschersleben (Sa, PLZ 06449),
Benfeld (NRW, PLZ 33129),
Bernstadt-Butzenhöfe (BW, PLZ 89183)
Bockelwitz (Sa, PLZ 04703),
Bochum (NRW)
Bodenheim (RPF, PLZ 55294)
Bönen (NRW, PLZ 59199),
Bottmersdorf (Sa, PLZ 39164),
Braunschweig (FAL, Nds.),
Brecken (NRW, PLZ 33142)
Buggingen (BW, PLZ 79426),
Burgheim (bei Kleinow, Bra., PLZ 19348)
Burgheim- Straß (Bayern, PLZ 86666)
Crostwitz (Sa, PLZ 01920),
Dahnsdorf (Bra, PLZ 14806),
Dingstrup (bei Wildeshausen Nds, PLZ 27793),
Ebersheim (Mains, RPF.)
Eichenau/Olching (Bay, PLZ 82223),
Friemar (Thu, PLZ 99869),
Gatersleben (Sa, PLZ 06466),
Gaußig (Sa, PLZ 02633),
Gehrden (Nds, PLZ 30989),
Gerbitz (Sa, PLZ 06429),
Gersten (Nds, PLZ 49838),
Gersthofen (Bay, PLZ 86368),

Goldewin / Lüssow (MV, PLZ 18276)
Golm (Bra, PLZ 14476),
Groß-Kiesow (Groß-Kiesow/Sanz - Hof III, MV, PLZ 17495)
Groß Luchkow (MV, PLZ 17337)
Groß Lüsewitz (MV, PLZ 18190),
Großbadegast (Sa, PLZ 06369),
Großhansdorf (SH, PLZ 22927),
Hechtheim (Mainz, RPF.),
Hohlstedt (Thu, PLZ 99441),
Hulsede, OT Schmarie (Nds, PLZ 31867),
Iba bei Bebra (Hessen, PLZ 36179)
Johannisdorf (SH, PLZ 23758),
Kietkamp (SH, PLZ 24327)
Kirchdorf / Malchow (Insel Poel, MV, PLZ 23999)
Köln (MPI Köln, NRW),
Königsflutter (Nds, PLZ 38154)
Laurensberg (bei Aachen, NRW),
Lelm (Nds, PLZ 38154),
Lockhausen bei Bad Salzuflen (NRW)
Malchow (Insel Poel, MV)
Malchow (MV, PLZ 17213)
Mockzig (bei Allenburg, Thu, PLZ 04603)
Medow (MV, PLZ 17391),
Meschede-Horbach (NRW, PLZ 59872)
Nandtsdorf-Wadensdorf (Bay, PLZ 85405)

Neuhaus (Oste) (Nds, PLZ 21785)
Nürtingen (BW, PLZ 72622),
Oberboyen (Hilgermissen, Nds, PLZ 27318),
Oberniederrhein (bei Plattling, Bay, PLZ 94447),
Ochsenfurt-Erlach (Bay, PLZ 97199)
Planitz (Sa, PLZ 18356),
Pöhsig (bei Grimma, Sa, PLZ 04668)
Quedlinburg (Thu, PLZ 06484),
Rahnsdorf (Sa, PLZ 06895),
Remningen (BW, PLZ 71272),
Rukieten (MV, PLZ 18258),
Rubkow (MV, PLZ 17390),
Schamhorst (Nds, PLZ 31535)
Schönfeld (Bra, PLZ 16356),
Schroberg-Sigisweiler (BW, PLZ 74575)
Soßmar (Nds, PLZ 31249),
Tarnow (MV, PLZ 17091),
Tempelfelde (Bra., PLZ 16356)
Uffenheim (Bay, PLZ 97215),
Wolkow (bei Demmin, MV, PLZ 17111)
Warberg (Nds., PLZ 38378)
Wetze (Nds, PLZ 37574),
Wippen (BW, PLZ 89134),
Wörrstadt (Hessen, PLZ 61200),
Wörrstadt (RPF, PLZ 55286)



DIE SCHIENE IST IM EIMER

Wir verküm(m)eln uns nicht, sondern haben die Schienen vom KKW Krümmel in einer Vollmondnacht am 13.10.97 so ergänzt, daß die zuständigen Stellen eine Menge Arbeit hatten. Was war passiert?

Eine neue Dimension der Schienendemonstration? Das vielleicht nicht, aber wir haben auf alle Fälle eine relativ sichere und zeitsparende Methode erdormen, die es ermöglicht, ein Schienenstück für etwaige Castortransporte eine gewisse Zeit unpässierbar zu machen.

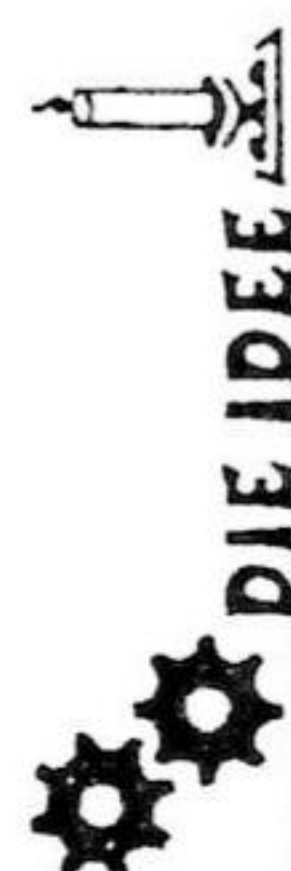
Für alles ist diese Technik nicht anwendbar (mehr später) und ihr werdet auch eigentlich nicht drumrumkommen, Eure Werkzeugkiste genauer zu inspizieren, aber wir wollten Euch diesen Fortschritt aus den Versuchslabors der linksradikalen Militanz nicht einfach so vorenthalten.

Andererseits erwarten wir von Euch, daß ihr das folgende genau und verantwortungsvoll lest, damit es nicht zu Mißverständnissen kommt.



VORGESCHICHTE:

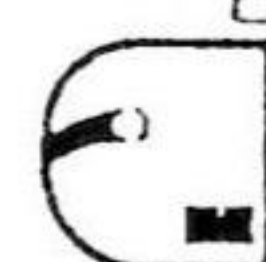
Da sich die Castorkampagne nun zum Glück nicht mehr nur aufs Wendland beschränkt (ein Gruß an die Republik freies Wendland - Keine Angst, wir vergessen Euch nicht!) haben wir uns in dunklen Nächten und Spelunken überlegt, wie wir uns aktiv an den Schienenaktionstagen in Krümmel beteiligen können. Wir wollten die Schienen relativ dauerhaft unbefahrbar machen und das sollte auch gleichzeitig einen großen Aufwand und Zeitsparend passieren (Die Umlenkung der Elbe schied also aus). Also hatten wir folgende Idee:



DIE IDEE



ZUALLERERST DAS WICHTIGSTE AM GANZEN TEXT



Die folgend beschriebende Aktionsform ist nur bei von normalen Güter und Personenverkehr nicht betahrenden Strecken anwendbar! (Oder der Schienenverkehr ist schon von einer Blockade lahmgelegt.)

Auf die Strecke vom KKW Krümmel bis nach HH Bergedorf trifft dies zu, da sie wird nur einmal im Monat von einer Museumsbahn für TouristenInnen befahren wird. Fast jede Atomanlage in der BRD ist von der Infrastruktur der Deutschen Bahn abhängig, und so hat fast jede Anlage auch ihre eigene Anbindung, welche nur für Atomtransporte benutzt wird. Ihr müßt einfach mal an Ort und Stelle einen Spaziergang machen, Euch die Gegend anschauen und die Gleise suchen. Vom KKW müßte eine Schienenstrecke an das öffentliche Schienennetz angebunden sein.



2. Müßt ihr gewährleisten, wenn es sich um keine Blockadeaktion handelt, daß bestimmte staatliche Stellen (da fallen uns die Bullen und die Feuerwehr ein,) von dieser Aktion benachrichtigt werden bzw. die Aktionsstelle muß so abgesichert sein, daß es keine Möglichkeit gibt, daß ein Zug an oder über diesen Aktionsort fahren.



Hier nun die ausführliche Beschreibung zur Herstellung einer Schienenblockade. Wenn sie fertig ist, sollen zwei aus Stahl gebogene U's den Schienenstrang umschließen, die durch einen mit Beton gefüllten Eimer noch zusätzlich befestigt werden. Was ihr braucht, sind zwei Winkelstahle mit L-Profil von ca. 60 cm Länge. Die Stärke des Stahls sollte drei oder vier cm betragen. Die Breite bzw. Höhe des Stahls sollte in etwa 4 cm sein.

(Zeichnung 1.)



Zunächst muß nun ein Winkelstahl an zwei Stellen eingesägt werden, oder aber, was nicht ganz so mühsam ist, mit einer Flex zwei Schlitz geformt werden. Und zwar nur an einem der beiden Schenkel. Relativ wichtig dabei ist die Größe des mittleren Stückes. Dies sollte 20 cm lang sein (etwas mehr oder weniger ist aber egal). Der zweite Stahl muß ebenfalls eingeschnitten werden, jedoch sollte das mittlere Stück hier nur 19 cm lang sein. Nun müssen die beiden Stahle gebogen werden. Das geht am besten mit einem Schraubstock oder mit Hilfe einer Zwinne und einer stabilen Tischkante o.ä. Falls der Stahl sich nicht so einfach biegen läßt, kann ein Hammer zur Hilfe genommen werden. Das Ergebnis sollte so aussehen wie in der Zeichnung 2: Zwei U-förmige Teile.



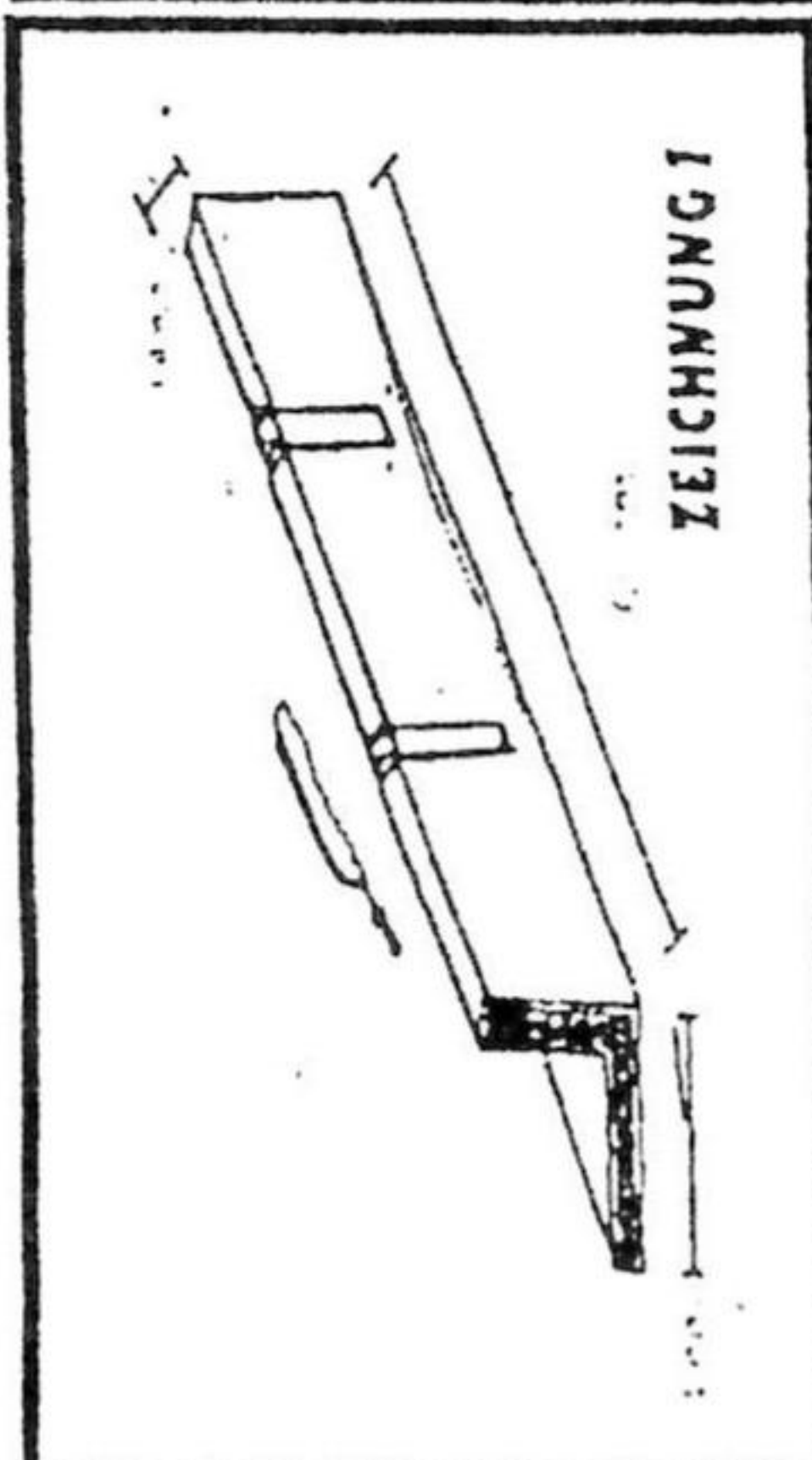
Die beiden Teile können nun ineinander geschoben werden. Die 19 cm, die ihr nun als innere Höhe habt, entsprechen der Höhe eines Schienenstranges. (Zeichnung 3) Die Breite einer Schiene beträgt ca. 17 cm, das heißt, die beiden Teilstücke des inneren U's (das mit 19 cm), die in der Zeichnung mit a benannt sind, müssen auf etwa 17 cm abgesägt werden. Dies geschieht wieder mit der Säge oder Flex. Wer das ganze stabiler machen möchte, was wahrscheinlich ratsam ist, und schweißen kann, sollte an den mit den Pfeilen gekennzeichneten Stellen ein Stück Metall drüberschweißen, damit die beiden U's nicht so leicht wieder auseinandergebrochen werden können. Die beiden U's haben nun die Form, um über einen Schienenstrang geschoben zu werden. Desweiteren wird noch eine Befestigung benötigt, die nicht wieder lösbar ist. Wir hatten uns dafür entschieden zwei dicke Schrauben und Muttern zu benutzen, die so bearbeitet werden, daß sie nicht wieder loszudrehen sind.



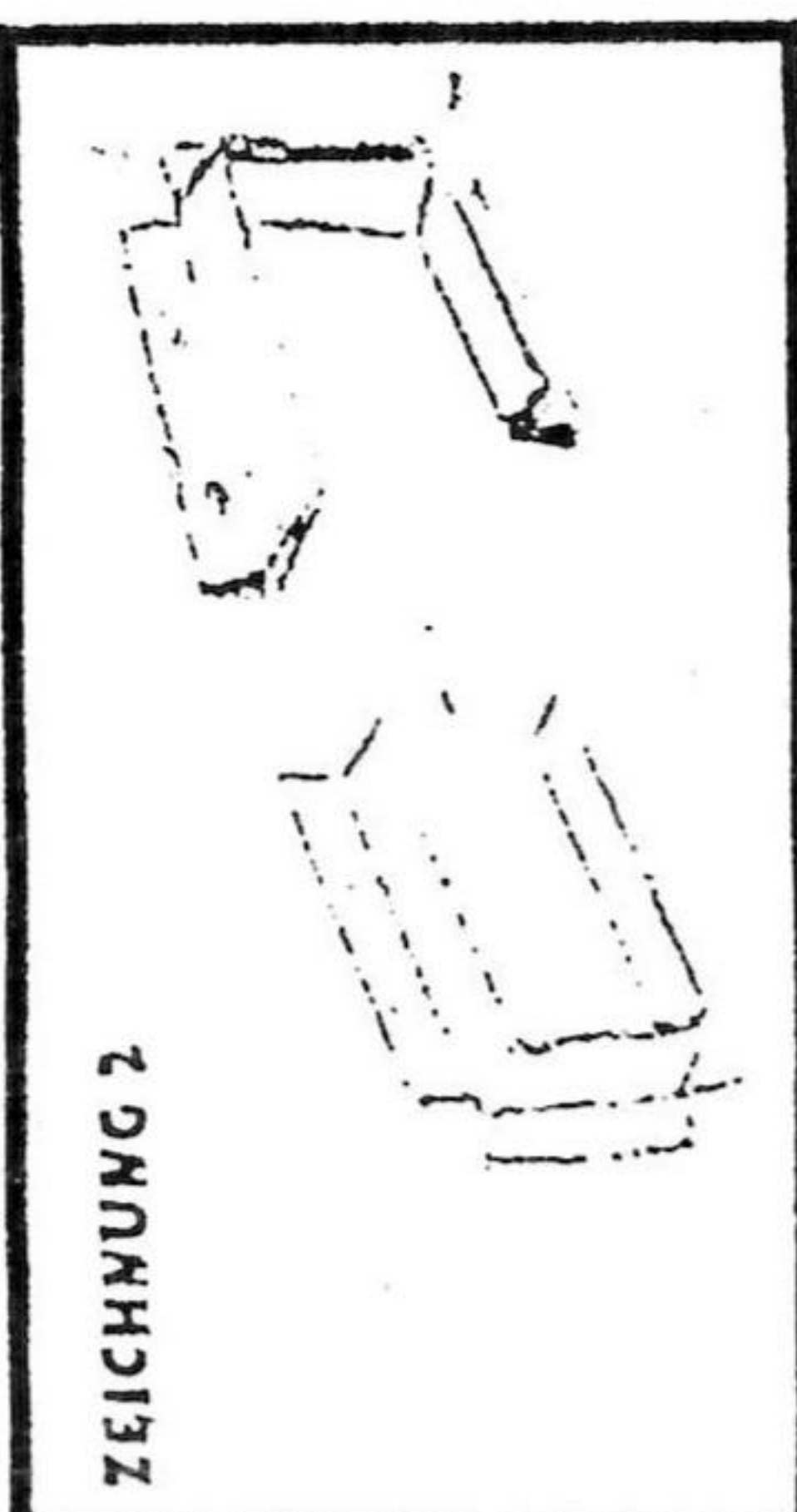
Dafür müssen die beiden U's ineinandergeschoben und am besten irgendwie festgespannt werden (gut geht das mit einer Zwinne auf einem Tisch oder einer Werkbank). In der Zeichnung ist zu sehen, an welcher Stelle dann zwei Löcher mit einem 10er Metallbohrer gebohrt werden müssen (möglichst mittig). Sinnvoll ist es, sich langsam an die endgültige Bohrlochgröße heranzutasten. Also zuerst ein Loch mit einem 4mm, dann 6mm, dann 8mm und anschließend erst mit einem 10mm Bohrer zu bohren. Desweiteren braucht ihr dann zwei Maschinenschrauben M10 und zwei M10er Muttern.



Die Schrauben müssen auch noch etwas präpariert werden (okay, ist jetzt auch das letzte). Dazu muß an dem Ende der Schraube an dem nicht der Schlüssel angesetzt wird, ein Schlitz reingesägt oder geflext werden. (Zeichnung 4) Die Tiefe des Schlitzes hängt davon ab, welche Schraubenlänge ihr bekommen habt und wie stark der Stahl nun ist. Der Schlitz sollte etwa bis zur Mutter gehen, wenn die beiden U's miteinander verschraubt werden.



ZEICHNUNG 1



ZEICHNUNG 2

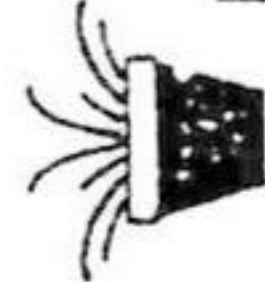


Der Sinn des Schlitzes liegt darin, daß das Gewinde mit Hilfe eines Schraubenziehers oder dünnen Meißels und evtl. einem Hammer umgebogen werden kann und so mit nem Schraubenschlüssel nicht mehr zu lösen ist. Nun ist der erste Teil erstmal fertig. Bei allem was ihr macht, achtet u.a. darauf, Handschuhe zu tragen, nichts im eigenen Haus oder Keller zu sägen oder flexen und Sägeblatt, Schweißstäbe, fleischelbe o.ä. nacher zu entsorgen.

Für die, denen das Ganze zu zeitaufwendig oder kompliziert erscheint, gibt es auch noch die Variante die U's durch ein gutes, stabiles Fahrradschloß zu ersetzen.



An sich könnt ihr mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen jetzt losziehen und die Gunst der Nacht nutzen. Um es den Menschen, die dieses mit Liebe und Anstrengung gefertigte Metallstück eventuell wieder von den Schienen entfernen wollen, möglichst schwer zu machen, kann das ganze mitsamt Schiene in Beton gegossen werden. Dazu muß ihr allerdings doch noch mal etwas vorbereiten. Und zwar einen Eimer. Am besten einen Maurereimer mit 18 l Volumen. Weiterhin müssen zwei sich gegenüberliegende Ausschnitte mit den Maßen 7 x 14 cm gemacht werden. **ZEICHNUNG 5**



Der Eimer wird verkehrt herum über das Metallstück und die Schiene gestülpt. Die Ausschnitte sind für die Schienen gedacht. Über den aufklappbaren Deckel kann Blitzzement in den Eimer gegossen werden. Blitzzement gibt's in Baumärkten und sollte hierfür im Mischungsverhältnis 6:1 (Zement:Wasser) gemischt werden, damit er schnell abbindet und möglichst dickflüssig ist (bindet auch bei Regen ab, allerdings nicht ganz so gut, aber dafür ist ja der „Konservendosen-deckel“ noch am Eimer). Den Zement direkt vorher anrühren, da er bei diesem Mischungsverhältnis relativ schnell abbindet. Falls doch etwas unten rausgeflossen kommen sollte, liegen an so Gleisen ja üblicherweise genug Steine rum, um den Zement etwas aufzufangen. **(ZEICHNUNG 6)**

Also dann mal drauflos und keine Angst, ganz so kompliziert, wie es sich anhört ist es nicht.



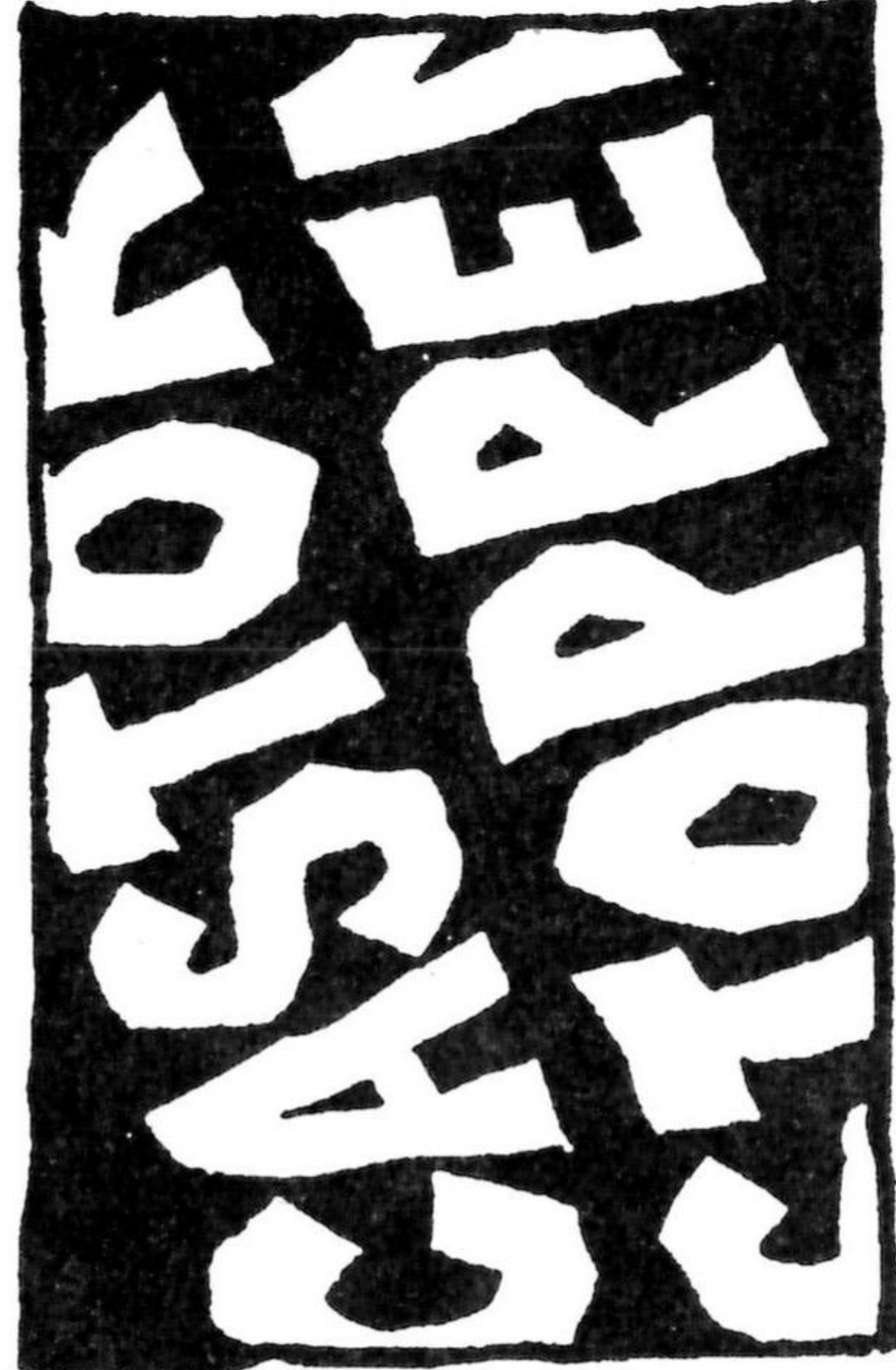
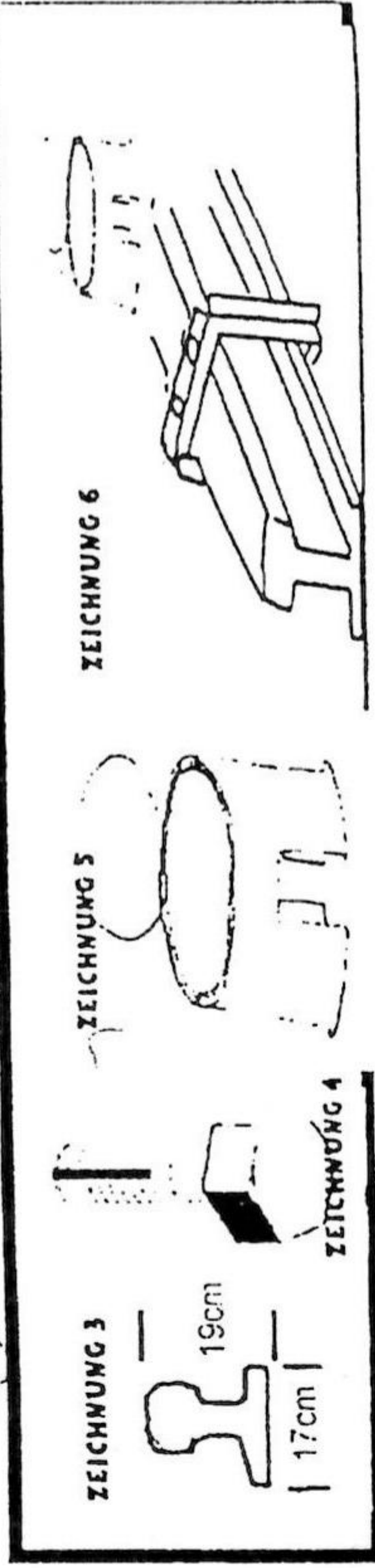
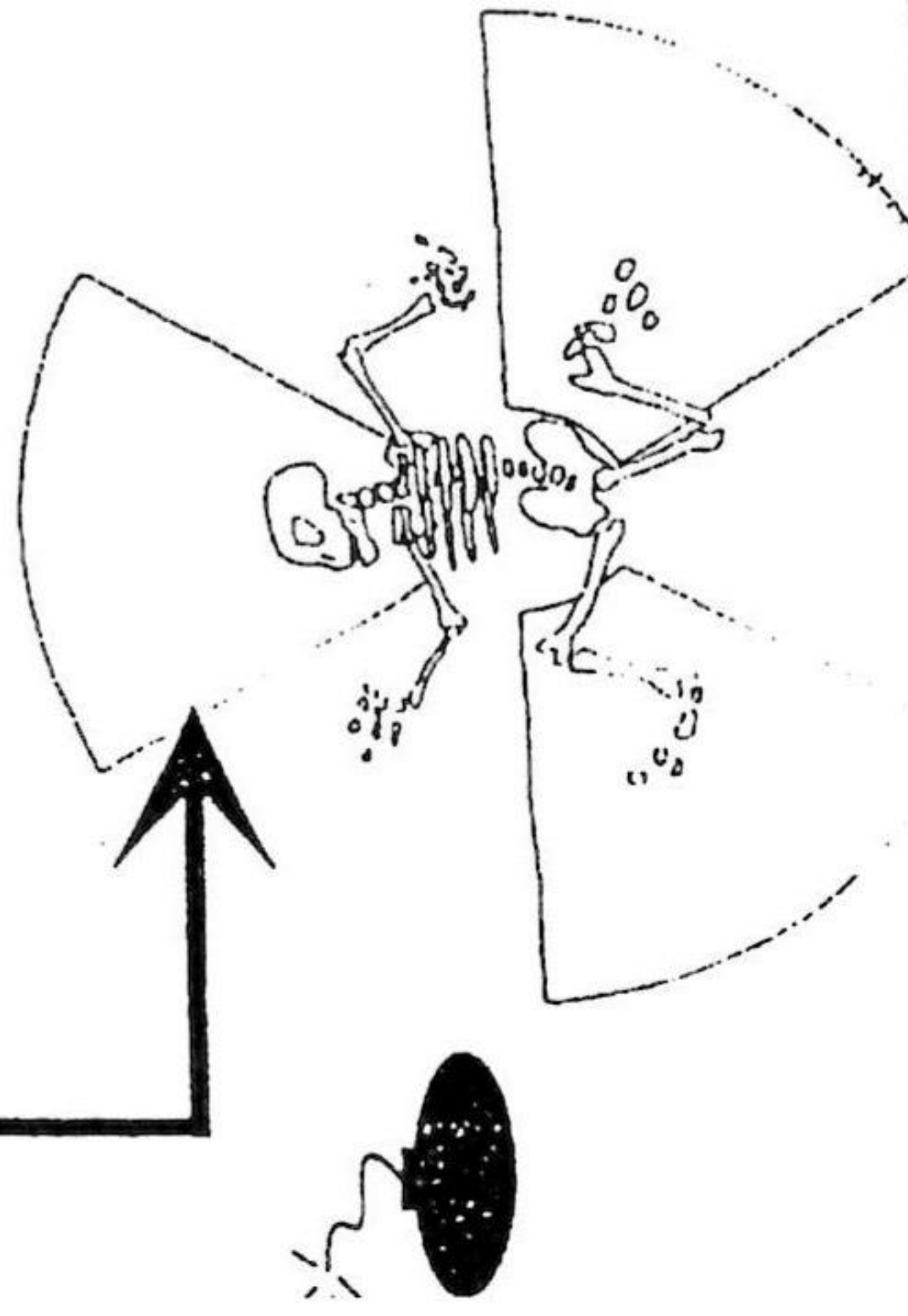
Wieder Anschlag auf Bahnstrecke

Geesthacht (mem)Unbekannte haben in der Nacht von Dienstag die Bahnstrecke von Geesthacht nach Bergedorf blockiert. In Höhe des Bauernvogtweges wurde nach Angaben der Kriminalpolizei Geesthacht Flachseisen an die Bahngleise geschweißt und dann ein schwarzer Eimer darübergestülpt und mit Beton, der mit Wasser angemischt wurde aufgefüllt.

...mit „dieser Schienensabotage“ solle an den Castortransport erinnert werden, der Anfang November das Kernkraftwerk Krümmel verlassen werde, heißt es in einem Bekenntsschreiben, das der Lauenburgischen Landeszeitung am Mittwoch per Post zugeht.

...Die AutorInnen des Schreibens sind offenbar A.K.W.-Gegner...

Lauenburgische Landeszeitung
Donnerstag, 16.10.97



Nächster Castor-Transport rollt im März nach Ahaus

Massive Proteste erwartet / Glogowski fordert Beteiligung des Bundes an Gorleben-Kosten

MÜNSTER/HANNOVER, 11. Januar. Die Polizei stellt sich beim Castor-Transport ins münsterländische Zwischenlager Ahaus auf ähnlich erbitterten Protest von Atomkraftgegnern ein wie bei den Transporten nach Gorleben. „Der Widerstand in Ahaus ist sehr massiv geworden“, sagte der leitende Polizeidirektor Horst Haase am Sonntagabend in Münster. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete, daß sechs Behälter mit Atom- müll aus den süddeutschen Kraftwerken Neckarwestheim und Gundremmingen Ende März nach Ahaus gebracht werden sollen.

Der letzte Castor-Transport nach Gorleben wurde im März 1997 mit einem Großaufgebot von rund 30 000 Polizisten ans Ziel gebracht. Auch das Polizeipräsidium Münster wolle jetzt „Einsatzkräfte in fünfstelliger Zahl“ aufbieten, um die Atomfracht zu sichern, schrieb das Nachrichtenmagazin.

Haase, der bei dem Transport den Polizeieinsatz in Nordrhein-Westfalen leitet, nannte die Größenordnung realistisch. Der 3,5 Kilometer lange Gleisabschnitt vom Bahnhof Ahaus ins Zwischenlager sei sicher nicht mit ein paar Hundertschaften zu sichern. Bundes-

weit gebe es ein hohes Maß an Mobilisierung gegen den Transport, zunehmend auch Gewaltbereitschaft, sagte der Polizeidirektor.

Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) fordert vom Bund nach wie vor eine Beteiligung an den Kosten für den Castor-Transport mit hochradioaktivem Atom- müll nach Gorleben im vergangenen Frühjahr. Nach seinen Worten muß Niedersachsen den anderen Bundesländern für den Einsatz ihrer Polizeikräfte bei der Sicherung des Transportes insgesamt elf Millionen Mark überweisen. (AP, dpa)

Arbeitsgruppe gegen Gewalt in der Pädiatrie & Gynäkologie



AGGPG-Info

Vernichtung intersexueller Menschen in Deutschland

Brandtstraße 30 28215 Bremen
Tel. 0421 / 378 89 05 email: AGGPG@t-online.de

Intersexuelle Menschen

Allgemein wird angenommen, daß ausschließlich zwei, eindeutig unterscheidbare Geschlechter existieren: Mann und Frau. Diese 'biologische Gewißheit' wird nicht näher reflektiert. Doch 1-4% der Geburten zeigen einige geschlechtliche Unklarheiten auf und eine von 2000 ist geschlechtlich ausreichend atypisch, um die Frage zu stellen: „Ist es ein Junge oder ein Mädchen?“

Diese Personengruppe, welche mit ungewöhnlicher sexueller Differenzierung geboren wird, bezeichnet der moderne medizinische Diskurs als Intersexuelle oder Hermaphroditen. Dem Volksmund sind sie auch als Zwitter bekannt.

Intersexuelle zeigen grundlegend auf, daß eine 'natürliche' bipolare Geschlechterdifferenzierung nicht existiert, sondern biologisches (sex) und soziales Geschlecht (gender) sowie homogen propagierte Sexualität heterosexistisch genormt sind.

Die Vielfalt tatsächlich existierender geschlechtlicher Ausprägungen zeigt ebenso auf, daß Intersexualität in der Gesamtheit nicht als drittes, zu Frau und Mann klar abgrenzbares Geschlecht begriffen werden kann. Vielmehr sind mindestens 100 Variationen bekannt, welche eine ausschließlich polar gedachte Geschlechtlichkeit absurd erscheinen lassen sowie eine enorme Bereicherung sexueller Existenzen darstellen.

Seit über 50 Jahren widmet sich die Medizin der Aufgabe, diese Vielfalt auszulöschen und soziokulturell unsichtbar werden zu lassen.

Intersexen stehen vor einer prekären Situation, denn sie werden am Leben gelassen, ihre Besonderheiten jedoch vernichtet.

Medizinische Klassifikation

Die gesellschaftliche Annahme eines eindeutigen biologischen Geschlechtes umfaßt 23 Chromosomenpaare (letzteres weist XY oder XX auf und wird als männlich resp. weiblich interpretiert), eine geschlechtsspezifische Ausprägung reproduktiver Organe (Eierstöcke, Hoden, Gebärmutter), die Morphologie externer Geschlechtsorgane wie Penis, Klitoris, Hodensack, Schamlippen, die pubertäre Ausprägung sekundärer Geschlechtsmerkmale wie Brüste und Behaarung sowie Körperöffnungen an vorgesehener Stelle (Harnröhre, Samenleiter, Vagina).

Intersexuelle erfüllen diese Kriterien in verschiedenen Bereichen nicht. So können die Gonosomen sehr multipel ausfallen und von 45,X bis 49,XXXXY reichen, auch Mosaik sind bekannt (z.B. 45,X / 46,XY). Gonaden (Eierstöcke / Hoden) können gemischt und komplex angelegt sein. Die Ausprägung des Lustorgans, beim weiblichen Geschlecht als Klitoris definiert und beim männlichen als Penis, kann zwischen diesen beiden Längenextremen liegen. Ebenso können Harnröhrenausgänge zwischen der Spitze des Penis und den Hoden enden und die Vagina in der Harnröhre am Penis münden. Auch werden Intersexuelle mit 'normal' weiblichem äußeren Erscheinungsbild und der Chromosomenstruktur 46,XY wie auch 'gegenläufig' (46,XX, männliche Morphologie) geboren - um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Medizin kreiert hieraus etwa 13 Syndrome. Einige seien folgend gelistet: Turner-Syndrom, Hermaphroditismus Verus, gemischte / reine Gonadendysgenese, Klinefelter-Syndrom, Adrenogenitales Syndrom, Androgeninsuffizienz-Syndrom (auch testikuläre Feminisierung genannt), progestin-induzierte Intersexualität.

Oft gebrauchte Begriffe sind: Klitorishypertrophie, Micropenis, Hypospadien, uneindeutige Genitalien, frühe genitale Korrektur.

Geschlechtliche Auswahl

Es herrscht die Anschauung vor, daß es für ein weibliches Individuum leichter sei, 'im Leben ihren Mann zu stehen' als ein männliches mit reduzierter Genitalfunktion. Auch sei es chirurgisch unkomplizierter, weibliche Genitalien zu kreieren: „it's easier to make a hole than to build a pole“.

Wird kein Y im Chromosomensatz vorgefunden, so fällt fraglos und unabhängig vom genitalen Erscheinungsbild die Wahl auf das weibliche Geschlecht. Sofern jedoch ein 'männliches' Chromosom vorgefunden wird, erfolgt ein Penismessungstest. Wenn zu erwarten ist, daß der Penis eine Länge über 2,5 cm erreicht, wird eine männliche Zuweisung vorgenommen. Wenn wider Erwarten im Laufe der Kindheit und Pubertät das Wachstum nicht altersgerecht verläuft, kann auch zu einem späteren Zeitpunkt eine Feminisierung stattfinden. Gesamt werden daher derzeit etwa 90% aller Intersexuellen feminisiert.

Genitale Verstümmelung

Abhängig vom definierten Geschlecht werden möglichst zwischen der 6. Lebenswoche und dem 15. Lebensmonat diverse chirurgische Zuweisungen vorgenommen: Phallusreduktion (60-70% des Gewebes werden entfernt) oder Penisauflapplastiken, Kastrationen, Konstruktion von Neovaginen, Hodenimplantaten, Harnröhrenverlegungen.

Ist das erreichte Ergebnis nicht zufriedenstellend, wird nachkorrigiert. Es sind uns bis zu 16 Operationen an einem Kind bekannt.

Hinzu kommen extrem hohe Hormonsubstitutionen, vielfache gynäkologische Untersuchungen, Bougierungen (Dehnung der Vagina mit Stäben) sowie mehrfache fotografische Ablichtung der Genitalien.

Auf psychosozialer Ebene werden Eltern zu rigider geschlechtlicher Sozialisation angehalten. Bei Fehlverhalten erfolgen psychologische Untersuchungen.

Die Behandlungsdauer richtet sich nach dessen Beginn und ist selten vor dem 17. Lebensjahr beendet. Hormonelle Ersatzgabe soll ebenso wie weitergehende klinische Untersuchungen lebenslang erfolgen.

Folgeschäden

Eltern erleben eine Cotraumatisierung, da sie zum einen unter erheblichen Streß gesetzt werden, medizinische Anweisungen zu befolgen, zum anderen schädliche Folgen der medizinisch nicht notwendigen Behandlung an ihrem Kind miterleben. Die hieraus resultierende Destruktivität überträgt sich auf das Kind. Für intersexuelle Kinder sind folglich Eingriffe und Reaktionen der Bezugspersonen extrem traumatisierend, denn neben massiven Integritätsverletzungen kommen strikte Tabuisierungsanweisungen, Reduktion zum Objekt und gesamtpersonelle Ablehnung seitens der Eltern hinzu. Lebenslange physische und psychische Schädigungen sind die Folge. Sozialer Unbill, welchen es offiziell zu vermeiden galt, wird dadurch noch verstärkt. Unseres Wissens zufolge unternehmen 80% der Intersexen Suizidversuche, hiervon 25% erfolgreich.

Wer ist die AGGPG?

Die einzige 'Verfehlung' Intersexueller ist, daß sie in einem 'illegalen' Körper geboren werden. Gesellschaftliche Spaltung der Menschen in zwei Geschlechter legitimiert alle Vorgänge, obwohl in diesem Bereich seit Jahrzehnten schwerste Menschenrechtsverletzungen von Ärzten an Intersexen ausgeführt werden.

Dies ist nicht länger tolerierbar. Daher hat sich die Arbeitsgruppe gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie (AGGPG) von und für Intersexuelle 1996 gegründet, um für Anerkennung und Gleichberechtigung intersexueller Menschen einzutreten sowie Aufklärung und Forschung zu betreiben. Sie steht in engem Kontakt zu anderen internationalen Gruppen, wie z.B. der Intersex Society of North America (ISNA) mit derzeit etwa 150 intersexuellen Mitgliedern.

Wir fordern:

- Menschenrechte für Intersexuelle
- das Recht auf Selbstbestimmung und vollständige Aufklärung
- Beendigung chirurgischer Eingriffe vor Einwilligungsfähigkeit
- psychologisches Betreuungsangebot für alle Familienangehörigen
- außerklinische Beratungsstellen und Kontaktvermittlung zu kritischen Gruppen

Bei Interesse senden wir gerne weitergehendes Informationsmaterial zu. Zudem sind Informationen zu Intersexualität auf nachfolgenden Internetseiten abrufbar:

<http://www.isna.org>
<http://www.qis.net/~triea>
<http://users.southeast.net/~help>
<http://home.t-online.de/home/aggpg/index.htm>

ene mene meck und du bist weg über die gewaltsame herstellung der zweigeschlechtlichkeit

geklaut aus „Hamburger Frauenzeitung“ Nr. 53, Sept.-Nov. '97



Seit geraumer Zeit bemühen sich Intersexuelle, also Menschen, deren Geschlecht nicht in einer Eindeutigkeit von entweder „männlich“ oder „weiblich“ aufgeht, Öffentlichkeit für ihre Erfahrungen mit familiären und gesellschaftlichen Tabus, Normalisierungszwängen und gewaltsamen medizinischen Praktiken herzustellen. Die bis ins 20. Jahrhundert hinein als Hermaphroditen oder entwertend als Zwitter kategorisierten, werden infolge des sogenannten medizinischen Fortschritts nicht nur pathologisiert, sondern zunehmend „wegtherapiert“ (1). Heute eignen sie sich den Namen „Intersexuelle“ als politische Kategorie an, nachdem sie oft lange Jahre unter einer erzwungenen Geschlechtszuweisung gelebt haben.

Die Infragestellung der rigiden binären und zwangsheterosexuellen Geschlechterordnung durch lesbische und feministische Theorie und Praxis hat zumindest einen begrenzten Rahmen für Sicht- und Existenzweisen geschaffen, die den geschlechtlichen und sexuellen Normen nicht gerecht werden wollen. Trotzdem existiert bislang so gut wie keinerlei Wahrnehmung, Wissen oder gar bestätigende Aufmerksamkeit für diejenigen, die eingespielte, dominante „Wirklichkeiten“ und Wahrnehmungsraster verwirren.

Grenzen der Wahrnehmung

Die Verweigerung von Stimme und Sichtbarkeit in den Medien oder in Buchpublikationen verdoppelt die gesellschaftliche Ignoranz, die Intersexuelle gegenüber ihren Lebensrealitäten erfahren. Wie ist es zu erklären, daß die Medien diesem Thema mit derartiger Abwehr begegnen? Ist es deshalb so schwierig Öffentlichkeit herzustellen, weil es nicht nur darum geht, Akzeptanz für eine angebliche „Andersheit“ zu erlangen, sondern weil Intersexuelle die „Normalität des Normalen“ fragwürdig machen? Auch in feministischen Kontexten besteht nur begrenzt die Bereitschaft, die eigenen normativen Standards zu reflektieren, und Intersexuelle als mögliche TeilnehmerInnen feministischer Politik und Bewegungen anzuerkennen. Zwar werden inzwischen weitgehend einhellig Machtdifferenzen und Heterogenität unter Frauen betont – und damit auf eine vereinheitlichte Kategorie „Frau“ verzichtet. Wer aber „Nicht-Frau“ ist, scheint weiter-

hin klar zu sein. Eine Verwischung der Grenze stellt nicht nur für diejenigen Ansätze, die Politik im Namen von Frauen zu machen gedenken, sondern auch für diejenigen, deren Analyse und Perspektive in einer Geschlechterdifferenz gründen, eine Provokation dar. Doch selbst queer-feministische Kontexte, denen zwangsheterosexuelle oder sonstwie normierende Geschlechter- und Sexualitätskonstrukte ein Dorn im Auge sind, verstehen sich nicht unbedingt als Forum für die Anliegen Intersexueller.

Deutlich ist jedenfalls, daß sich feministische Medien für Genitalverstümmelungen als alltäglicher medizinischer Praxis in modernen westlichen Gesellschaften nicht interessieren, während – häufig rassistisch gefärbte – Beiträge über „unzivilisierte“ Praktiken der Klitorisbeschneidung und Verstümmelung in einigen afrikanischen Staaten durchaus zum bewährten Repertoire zählen. Dabei ließe die Aufmerksamkeit für gewaltsame Geschlechtsvereindeutigungen im Rahmen westlicher Medizin sowohl diese ethnographischen Diskurse in anderem Licht erscheinen, wie sie auch die Diskussionen über sexuelle Mißhandlung von Kindern um einen bedeutsamen Aspekt erweiterte.

Allerdings scheint der Blick auf die Gewaltförmigkeit der Geschlechterverhältnisse augenblicklich sowieso nicht gerade hoch im Kurs zu stehen. Auch in feministischen Kreisen werden die Thesen zur Konstruiertheit und historischen Veränderung von Geschlecht häufig so interpretiert, daß eine Zufälligkeit, Freiwilligkeit und individuelle Definitionsmacht

hinsichtlich der Geschlechtsidentitäten zu bestehen scheint. Geschlecht wird nicht selten verhandelt als eine Frage von Geschmack und Stil, die in veränderlichen Inszenierungen auf der gesellschaftlichen Bühne zur Aufführung kommt. Einzig mangelnde finanzielle und kulturelle Ressourcen werden als (individuell) beschränkende Faktoren anerkannt, während die psychischen und körperlichen Spuren einer Lebensgeschichte oder soziale bzw. materielle Sanktionierungen bestimmter Existenzweisen scheinbar zu vernachlässigen sind. Demgegenüber läßt der Blick auf die medizinischen und sozialen Gewaltmechanismen, mittels derer Intersexuellen eine geschlechtliche Eindeutigkeit im Rahmen der binären Ordnung aufgezwungen wird, die Rede von Freiwilligkeit, Wahl und spielerischer Veränderung zynisch erscheinen. Möglicherweise liegt einer der Gründe für die fortdauernde Ignoranz genau darin, daß die Zurkenntnisnahme der gesellschaftlichen Praktiken gegenüber Intersexuellen, das befreiende Versprechen einer weniger schicksalhaften Bindung an die eigene Geschlechtlichkeit sehr fragwürdig machen würde. (2)

Eigentlich ist es absurd, daß aus queer-feministischer Perspektive fortwährend postuliert wird, daß Zweigeschlechtlichkeit weder naturgegeben noch notwendig sei, und doch diejenigen, die die gesellschaftlichen Methoden zur Herstellung geschlechtlicher Eindeutigkeit am eigenen Leib erfahren, übersehen werden. Die Auseinandersetzung mit Intersexualität ermöglicht es aufzuzeigen, wie mühselig es ist, die

scheinbar selbstverständliche Auffassung, es gäbe zwei, genau zwei Geschlechter und es sei „natürlich“ entweder „Mann“ oder „Frau“ zu sein, mittels sozialer Technologien immer wieder abzusichern. Daß nur wenige die rigide geschlechtliche Norm tatsächlich erfüllen, bleibt ohne Bedeutung, denn es existiert ein breites Spektrum an Interventionen, begonnen bei selektiver Wahrnehmung bis hin zu gewaltsamen medizinischen Praktiken, die die Zweierheit als kulturelle Selbstverständlichkeit sicherstellen. Deutlich wird, daß Geschlecht nicht allein diskursiv oder psycho-sozial hervorgebracht wird, sondern gleichermaßen im direkten Zugriff auf die Körper.

Das Heilungsgebot

Die Pathologisierung von Intersexuellen ist die Kehrseite der Medaille, daß welche in der Illusion schwelgen, geschlechtlich eindeutig zu sein und dem Normalitätsideal zu entsprechen. Die Pathologisierung kann somit als rhetorisch-praktischer Mechanismus verstanden werden, der verhindert, daß die binäre geschlechtliche Ordnung in Frage gestellt wird. Indem das Phänomen in den Begriffen von Krankheit und Fehlentwicklung formuliert wird, bestätigt sich indirekt die „Normalität“, die via „Heilung“ angeblich zu erreichen sei. Führt eine sich vor Augen, welche immense soziale Ausgrenzungseffekte auch die Krankheitszuschreibung und die Unterwerfung unter das Heilungsgebot beinhalten, so stellt sich die Frage, ob es nicht einfacher wäre, Kinder und Erwachsene würden lernen, mit geschlechtlicher Uneindeutigkeit zu leben. Insofern dies noch nicht einmal als Denkmöglichkeit zugelassen ist, drängt sich der Eindruck auf, daß es bei den geschlechtlichen Regulierungen keineswegs um die Interessen der Beteiligten geht, sondern darum, die hierarchischen Geschlechterverhältnisse abzusichern,

indem deren Verunsicherung verhindert wird.

Im Zuge der politischen Organisation Intersexueller und der Kämpfe gegen rigide Geschlechter- und Sexualitätsnormen entstehen Sichtweisen, die das historisch und kulturell veränderliche und gleichzeitig doch zwanghafte Funktionieren von Geschlecht und Sexualität als soziale Konstruktionen erklären. Das heißt auch, daß sich Interpretationsraster hinsichtlich dessen, wie Intersexualität verstanden wird, verändern. Statt als Pathologie, als eine krankhafte Abweichung, die in die Zuständigkeit der Medizin fällt, wird Intersexualität zu einem gesellschaftlichen und politischen Phänomen: einer Existenzweise, die mittels der binären Geschlechternorm zugleich hervorgebracht und „verboten“ wird.

Welche Denk- und Lebensmöglichkeiten eröffnen sich, wenn eine

realistische Anerkennung des „Anderen“ beschränken?

Akzeptanz oder Destabilisierung

Was Öffentlichkeitsstrategien betrifft, so lassen sich zwei Herangehensweisen unterscheiden: diejenige, die im Sinne einer sogenannten Minderheitenpolitik Anerkennung für Intersexuelle als einer „eigenen“, somit wie auch immer bestimmbar, gesellschaftlich unterdrückten Gruppe fordert, und diejenige, die die Aufmerksamkeit auf die Uneindeutigkeit, Veränderlichkeit und Widersprüchlichkeit geschlechtlicher und sexueller „Normalität“ zu lenken und die Idealkonstruktionen zu destabilisieren versucht. Zwischen beiden Strategien besteht eine Spannung und eine gewisse Unvereinbarkeit, insofern erstere wiederum eine Identitätskategorie produziert, die zweite

als unhaltbare Vereinheitlichung kritisiert. Trotzdem macht es meiner Ansicht nach Sinn, beide im öffentlichen Raum nebeneinander zu inszenieren, statt sich um eine Entscheidung oder eine Synthese zu bemühen. Zumindest dann, wenn eine kein Interesse daran hat, der Illusion einer „politischen Wahrheit“ hinterherzuechten, sondern Politik als fortwährende Auseinandersetzungen versteht. Wohl aber ist es angebracht darüber nachzudenken, welche unterschiedlichen Effekte diese beiden Strategien erzielen, welchen Interessen sie genügen, wen sie ansprechen - um deren Differenz und Spannung verständlich und nutzbar zu machen.

Die medizinisch-wissenschaftliche Aufspaltung dessen, was zuvor als Hermaphroditismus benannt wurde, in etliche verschiedene Syndrome (vgl. Artikel von Birgit-Michel Reiter in diesem Heft), löst Intersexuelle als eigenständige Gruppe auf. Gemäß dem Prinzip des „teile und herrsche“ verflüchtigen sich damit die Möglich-

keiten, die gemeinsamen Unterdrückungs- bzw. Gewalterfahrungen und deren Systematik wahrzunehmen. Demgegenüber macht das identitätspolitische Agieren unter einem gemeinsamen Namen eine „soziale Gruppe“ überhaupt sichtbar und läßt sprechende Subjekte, statt medizinischer Objekte, im Feld gesellschaftlicher Machtverhältnisse auftauchen. Dann wiederum aber greift eine Politik, die Intersexuelle als eigene Gruppe meint abgrenzen zu können, die Definition über die dominanzgesellschaftliche Abnormitätszuschreibung auf und setzt Intersexualität als „das Besondere“. Es liegt allerdings ein Unterschied darin, ob dies in Form einer Selbstermächtigung geschieht, die sich herausnimmt, Rechte zu fordern, oder in Form einer Fremdzuschreibung, die die Macht beansprucht, Rechte wahlweise zu verweigern oder zu gewähren. Ein Recht auf gesellschaftliche Anerkennung, auf Integrität und Identität zu fordern bzw. anders herum formuliert, Verletzung und Gewalt anzuklagen, wie dies aus marginalisierter Position heraus geschieht, bedeutet nicht, daß diese Forderungen universell, ahistorisch oder kontextlos seien. Sie können durchaus - und d.h. aus (relativ) dominanter Perspektive - unterstützt werden, ohne gleichwohl davon auszugehen, daß damit alle sich diese Konzepte von Anerkennung, Integrität und Identität zu eigen machen müßten.

Das Privileg der Normalität

Wie läßt sich aber darüber hinaus gleichzeitig ein kritischer und veränderungswilliger Blick auf die Funktionsweise der sogenannten Normalität richten, statt sie als Instanz zu bestätigen, die Recht gewährt und an die Forderungen zu richten sind? Die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber Intersexuellen verweist auf anderes als nur Verlegenheit oder Verunsicherung gegenüber der/dem „Anderen“, denn das andere als „Anderes“ läßt sich mittels eines Toleranzkonzepts durchaus integrieren, ohne die bestehende Ordnung ernsthaft zu verwirren. Was aber ist, wenn deutlich wird, daß die „Sicherheit“ der eigenen Identität auf der Ausgrenzung anderer Identitäten beruht? Die Konfrontation mit Inter-

sexualität stellt die Stabilität der eigenen binär verorteten Identität in Frage und rückt den Zwang zur geschlechtlichen Vereindeutigung als Mittel zur Aufrechterhaltung hierarchischer Geschlechterverhältnisse in den Blick. Genau darin liegt die Bedrohung für die Dominanzkultur. Vielleicht aber auch die Chance, das Privileg der Normalität zu problematisieren. Erst dann kann über Koalitionsmöglichkeiten (und Interessendifferenzen!) verhandelt werden, die zwischen denjenigen, die sich selbst mehr oder minder ungebrochen in der binären Geschlechterdifferenz verorten können und denjenigen, denen dies nicht gelingt, bestehen. Intersexualität als Produkt einer rigiden binären Geschlechterordnung zu verstehen und es gleichwohl in seiner konkreten, je spezifischen, je individuellen Gelebtheit und als eine historische Existenzweise anzuerkennen, bietet Anlaß für eine Infragestellung und Widerständigkeit gegen die normative Zweigeschlechtlichkeit.

Antke Engel

Anmerkungen:

(*) Ich danke Birgit-Michel Reiter für ihren/seinen Artikel sowie die Gespräche, die wir per Telefon und e-mail geführt haben. Ohne diese Anregungen, Entgegnungen und kommunikativen wie intellektuellen Verwicklungen wäre ich nicht dazu gekommen, mich der Auseinandersetzung mit Intersexualität zu stellen, noch hätte ich diesen Artikel schreiben können. Viele meiner Gedanken knüpfen direkt an Birgit-Michels Text an bzw. greifen ihn wieder auf, weshalb es sich empfiehlt, ihn vorweg zu lesen. Obwohl ich mich seit mehreren Jahren denkend und schreibend um eine Denaturalisierung und Destabilisierung der rigiden Zweigeschlechterordnung bemühe, hat sich etwas in mir geweigert, mich mit der Gewaltförmigkeit der Definitionsmacht und der medizinischen Praktiken zu konfrontieren, die diejenigen erfahren, deren zweigeschlechtliche Kategorisierung nicht mit der üblichen unhinterfragten Selbstverständlichkeit erfolgt ist. Über die Veränderung meines Blicks freue ich mich!

(1) Geht eine von den juristischen Gegebenheiten aus, so gibt es heutzutage schlichtweg keine Hermaphroditen mehr. Eine geschlechtliche Eindeutigkeit ist im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnungen zwingend notwendig: mensch ist entweder Frau oder Mann - kein Entkommen.

(2) Was in ähnlicher Weise vielleicht auch für das gegenwärtige Desinteresse an Vergewaltigung, sexueller Mißhandlung von Kindern, Pornographie oder der zunehmend offeneren Gewalt gegen Lesben und Schwule gilt, deren Bedeutung für die Konstituierung von Geschlechtern und Sexualitäten kaum diskutiert wird.

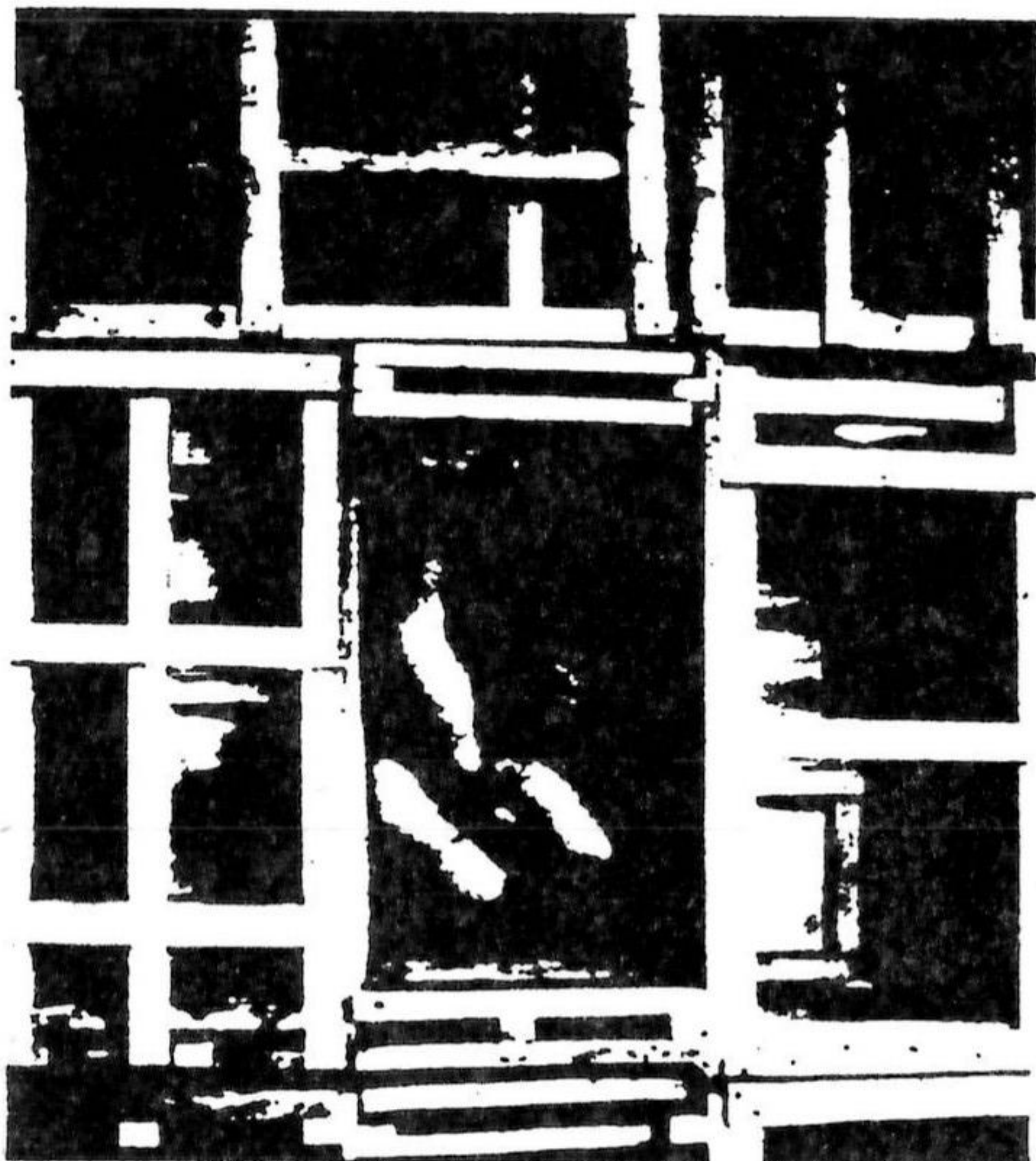


Foto: Rinie Bleeker

davon ausgeht, daß Zweigeschlechtlichkeit ein gesellschaftliches „Ideal“ darstellt, das sowieso nur wenige erfüllen, und dessen „Notwendigkeit“ gesellschaftlich definiert ist? Was heißt das im Hinblick auf Möglichkeiten und Grenzen von Veränderung der Geschlechterverhältnisse und politische Strategien, die sich nicht auf Parodie und Maskerade, aber auch nicht auf eine toleranz-plu-

und nutzbar zu machen.



Birgit-Michel Reiter
SprecherIn der AGGPG, MenschenrechtlerIn
Kontakt:
AGGPG
Brandtstr. 39
28215 Bremen
email: AGGPGt-online.de
web: <http://home.t-online.de/home/aggpg/index.htm>

der Seminarschein für Interim-AutorInnen

*** Wichtiger Hinweis! ***

Das Prüfungsamt des Fachbereiches Philosophie und Sozialwissenschaften I an der FU Berlin hat die in der autonomen Wochenzeitschrift "INTERIM" geführte "Paul und Paula"-Debatte aufmerksam beobachtet. Nach Rücksprache mit allen Professoren am Fachbereich wurde nun in der Fachbereichsrat-Sitzung vom 22.12. 1997 entschieden, daß alle Autoren/Innen von eingereichten Beiträgen zu dieser Debatte einen Seminarschein beanspruchen können. Die u.a. mit vielen Fußnoten geführte Debatte läßt nicht nur auf großes Problembewußtsein und tiefes Reflexionsniveau bei den Autoren/Innen schließen, sondern erfüllt auch die Prüfungsanforderungen des Fachbereiches vollkommen. Der Seminarschein wird für die/der Betreffende/n für den Kurs: "Revolutionary Politics, Identity, Deconstruction und Gender Studies" ausgestellt. Pseudonyme können nach Vorlage des Personalausweises beglaubigt werden.

Der Leiter des Prüfungsamtes
am Fachbereich



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I/II*

Für das

GRUND-/HAUPTSTUDIUM*

- a)* Teilnahmebescheinigung
- b)* Studienbegleitender Leistungsnachweis
- c)* Bescheinigung über erfolgte Studienberatung

Die/Der Studierende des Faches:

Philosophie

Frau/Herr

Matrikel-Nr.:

hat im SoSe/WS

die von mir geleitete Lehrveranstaltung m. d. Thema:

"Revolutionary Politics, Identity, Deconstruction und Gender Studies"

(Veranstaltungsart:)

- a)* besucht.
- b)* Studienbegleitender Leistungsnachweis mit der Note:
Art und Thema der Arbeit:

c)* Die Teilnahme an der Studienberatung im Rahmen des Abschlusses des Grundstudiums wird hiermit bestätigt:

(Datum)

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Fachbereich Philosophie und
Sozialwissenschaften I

Institut für Philosophie

Habelschwerdter Allee 30

1000 Berlin 33

(Unterschrift)

1000 Berlin, den

(Institutsstempel)

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Wer im Glashaus sitzt sollte es ruhig mal scheppern lassen...

Wir wollen in diesem Textteil, wie bereits versprochen, auf die mutlosen eingehen. Erfreulicherweise hat das liebe MY.T. uns einiges an Arbeit abgenommen und Fragen bzw. Kritiken der mutlosen an unserem Text bereits vortrefflich und in unserem Sinne beantwortet.¹ Auf einiges werden wir dennoch eingehen. <1>

Ausgehend von der These der mutlosen, wir würden «selbst nicht mehr in ihrer [unserer, die Unglücklichen] Kritik vorkommen» [mutlos; S17lu]², was sie, und anscheinend noch einige andere (Sven Glückspilz, Katrin Katze, Kermit u.a.), sehr zu beschäftigen scheint, wollen wir versuchen, aus den vielen richtigen Gedanken, die sie sich zum Thema Identitäten machen, die herauszupicken, wo sie, wenn auch nicht kopflos, so doch zumindest einfach dem Käse hinterher in ihre Identitätsfallen rennen. <2>

Als Grundsätzliches zu dekonstruktivistischer Kritik schreiben die mutlosen: <3>

«Dekonstruktivistische Kritik kann vielleicht als ein Projekt verstanden werden, in dem die eigenen Geschichten, die eigenen Aus- und Abgrenzungen, und die sich dadurch herausbildenden Identitäten einer kritischen Reflexion unterzogen werden.» [mutlos; S18l] <4>

Einerseits versuchen sie sich damit von uns abzugrenzen, da wir, so schreiben sie zumindest, nicht über unsere eigenen Aus- und Abgrenzungen nachdenken würden. Auf der anderen Seite konstruieren sie einen Feminismus, der aber gerade diese Fähigkeit besitzt, nämlich aus sich selbst heraus eine Kritik der ihm innewohnenden Identitäten zu leisten, die sie bei uns so vermissen, um uns dann zu guter letzt vorzuwerfen, mit diesem Feminismus in Gänze abrechnen zu wollen. (Hm, etwas kompliziert, aber so verstanden bei den mutlosen.) <5>

Zu unserer eigenen Geschichte und deren Verstricktheit in identitäre Politikformen ließe sich mit Sicherheit noch vieles schreiben, wir haben aber durchaus Gründe, dieses nicht jetzt und hier und vor allem nicht allein anhand der Geschichte der Unglücklichen zu machen. Allen Neugierigen empfehlen wir anlässlich dieses Themas aber trotzdem noch einmal auf Kapitel eins und 7.6.3 in Paul und Paula. <6>

Im Gegensatz zu dem Vorwurf der mutlosen kritisieren wir uns durchaus selber mit, wenn wir

unseren größeren Bezugsrahmen autonome Szene, in den wir individuell ganz unterschiedlich verstrickt sind und waren, kritisieren. <7>

Es ist durchaus auch unsere eigene Geschichte und es sind durchaus die eigenen Aus- und Abgrenzungen, die wir da beschreiben. Schreiben wir über Identitätsfeminismus, so heißt das in dem Fall natürlich nicht, daß wir dabei direkt unsere ureigensten Identitäten beschreiben, sehr wohl jedoch solche, auf die wir uns politisch positiv bezogen haben. <8>

In diesem Zusammenhang verweisen wir noch kurz auf unser letztes Papier³, in dem wir unsere Vorstellung von der Hegemonie identitätsfeministischer Positionen in der autonomen Szene zu verdeutlichen versuchen und wiederum auf "Die Legende von Paul und Paula...", diesmal Kapitel 9. <9>

Der Feminismus ist der Feminismus, bleibt der...!?

In der Kritik des Blickwinkels der mutlosen auf den Feminismus ist MY.T. bereits hilfreich für uns in die Bresche gesprungen. Er/Sie hat bereits erwähnt, das weder die Frauenbewegung Ursprung identitätskritischer Konzepte gewesen ist noch das sie diese allein und aus sich selbst heraus entwickelt hat. <10>

Vertiefend gehen wir noch einmal genauer darauf ein, weil die mutlosen zwar viel richtiges zu Identitäten und deren Konstruiertheit schreiben, bei ihrer Kritik an Paul und Paula aber letztendlich die Konsequenz ihrer eigenen Argumentationen scheuen. Sie schreiben: <11>

«Aus feministischen Diskussionen sind identitätskritische Ansätze entstanden [...]. Wer in den feministischen Szenen die Diskussion initiiert hat, und welche Konfliktlinien dabei deutlich geworden sind steht auf einem anderem Blatt.» [mutlos; S16r] <12>

Dem erste Teil dieses Satzes stimmen wir selbstverständlich zu. Es gibt Strömungen im Feminismus, die ihre eigene Geschichte identitätskritisch hinterfragen mußten bzw. konnten und inzwischen eine gewisse Mächtigkeit im Feminismus entwickelt haben. Im Gegensatz zu den mutlosen finden wir es allerdings wichtig, die Bedingungen und Ursachen für diese Diskussionen im Feminismus genauer zu beleuchten und zu fragen aus welchen historischen Notwendigkeiten letztendlich identitätskritische Ansätze entstanden sind. <13>

Beispielsweise mußte sich die Frauenbewegung in Europa und den USA zunehmend Kritik von insbesondere schwarzen Frauen und solchen aus weniger industrialisierten Ländern für z.B. ihren

Rassismus Euro- und Ethnozentrismus gefallen lassen. Diese Frauen wehrten sich gegen die Subsumierung unter einer auf die Bedürfnisse weißer Mittelklassefrauen zugeschnittenen Identität, die einen großen Teil ihrer sozialen Realität und damit sie selber ausschloß. Die Kritik am europäisch bzw. nordamerikanisch dominierten Feminismus kam von innen, da es ja Feministinnen waren, die da kritisierten, zugleich aber auch von außen, weil diese Frauen sich als Feministinnen gegen ihre Ausgrenzung aus der Frauenbewegung wehrten. <14>

An diesem Beispiel wird deutlich, daß identitätskritische Positionen weder vom Himmel fallen noch einfach so in der Frauenbewegung über Diskussionen entstanden sind. Sie sind vielmehr Ergebnis und Ausdruck sozialer Kämpfe, die — wer hätte es anders gedacht — auch die Frauenbewegung durchziehen. Genau durch diese Ausblendung (von Kämpfen gegeneinander) gelingt es den mutlosen neuerlich ein einheitliches historisches Subjekt 'Feminismus' zu konstruieren, das dann in der Lage ist, aus sich selbst heraus (Diskussionen miteinander), Ursprung ausgerechnet identitätskritischer Positionen zu sein. <15>

In ihrem zweiten, theoretischeren Teil widersprechen sie sich/dem dann auch mit den Worten Sabine Harks: <16>

«"Im Prinzip des Identifizierens (sind) gesellschaftliche Vollzüge repräsentiert, die Anpassung erzwingen und Individualität nivellieren. Es ist ein spezifischer Bann, den sie über die Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit der Welt verhängen: den der Einerleiheit, der Unterwerfung aller Besonderheiten unter eine Logik: Einerleiheit, nicht anderes heißt Identität." (Hark. 28/29))» [mutlose; S17r] <17>

Unter Benutzung des Vokabulars von Sabine Hark: Wie soll Kritik an dieser Unterwerfung «aller Besonderheiten unter eine Logik» denn aussehen? Wir meinen, sie muß diese Logik brechen, sich zumindest für den Moment der Kritik dieser Logik nicht unterwerfen. Doch genau hierbei scheuen die mutlosen die Konsequenz. Sie identifizieren die Ausschlüsse des jeweils hegemonialen Feminismus mit dem Feminismus selber und konstruieren dabei fleißig einen widerspruchsfreien Feminismus, an dem es scheinbar nix zu kritisieren gibt. So kommt es dann auch daß sie unsere Differenzierungen im Feminismus überlesen und aus unserer Kritik einer Feminismusvariante (Identitätsfeminismus) eine Abrechnung mit dem gesamten Feminismus machen. <18>

In diesem Zusammenhang können wir schon sagen, daß sich die feministischen Theoriebezüge, aus denen ihr Eure «Grundlagen für Diskussionen über Identitäten und deren konstruierten Charakter» [mutlose; S16r] bezieht, sich im

¹ Hallo MY.T. wir sind um ehrlich zu sein freudig überrascht über dein Wirken. Freudig insofern, weil das, was wir mit Paul und Paula transportieren wollten, tatsächlich auch genau angekommen zu sein scheint, überrascht, weil das nicht gerade unseren bisherigen Erfahrungen entsprochen hat. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich doppelt gespannt auf deine Kritik an uns.

² [mutlos] -->
die mutlosen:
"Anmerkungen zur Legendenbildung"
in: interim Nr. 438 (27.11.'97), S. 16-8

³ [ungluck440] -->
Die Unglücklichen:
"Über die Unertragliche Leichtigkeit des Nichtverstehens"
in: interim Nr. 440, S. 27-28

Widerspruch mit denen befinden, die wir in dem Text der HH's gefunden haben und daß sie in der autonomen Szene kaum repräsentiert sind. <19>

Thema Identität 3

Spannend ist trotzdem, daß wir zwar Identitäten kritisieren können letztendlich aber, steht schon so in Paul und Paula Kapitel 9, auch bei dieser Kritik nicht an ihnen vorbeikommen. Es hätte uns und Euch einfach nix genützt, Paul und Paula aufm Alex zu verteilen. (auch wenn die Interim dann ein bißchen weniger Streß gehabt hätte) <20>

In diesem Kontext fragen sich die mutlosen: <21>

«Wollten wir auf Identitäten verzichten, wenn wir könnten? Wir würden diese Frage bisher verneinen.» [mutlose; S18] <22>

Um ehrlich zu sein, diese Frage finden wir Quatsch. Demgegenüber würden wir anders formulieren und fragen: **Könnten wir auf Identitäten verzichten, wenn wir wollten?** Diese Frage würden wir verneinen. <23>

Denn, letztendlich kommt auch unser/e tapfer/e Mitstreiter/in MY.T in seinem/ihrer Beispiel in der letzten Interim nicht ohne Identitäten aus. Ob er/sie selber oder aber die Omas und Opas, alle reagieren als Betroffene der Sparpläne der Bundesregierung. Was mag da wohl anderes dahinterstecken als dann doch wieder die zumindest in diesem Punkt nicht so unterschiedlichen Identitäten. Trotzdem fanden wir das Beispiel Klasse. Es zeigt nämlich, das Widerstand tatsächlich ohne direkten Bezug auf eine feste und dauerhafte Identität organisierbar ist. <24>

Viel mehr kriegt ihr auch diesmal nicht von uns zu Perspektiven identitätskritischer Praxis zu hören. Neben der Vorstellung daß es noch viel zu kritisieren gibt, fehlen auch uns bisher weiterführende Ideen und bisher die Zeit daran weiter zu diskutieren. Ein Bereich für den wir ziemlich genau wissen, was wir anders machen sollten, sind die Zensurpraktiken in der Szene. <25>



Zensur und Scheuklappenpolitik

Wir wollen uns hier noch mal mit Zensur und Scheuklappenpolitik beschäftigen. Das wird sicher nicht das letzte Mal sein, daß wir uns dazu äußern, denn viel zu viele Leute in der Szene haben «kein Problem mit Zensur» (so ein Szenemitglied aus dem AstA FU über sich). Weit verbreitet ist auch die Ansicht, bei unserer intensiven Beschäftigung handle es sich um ein privates Steckenpferd. Letztlich sei das doch nicht so wichtig oder es handle sich um Ausnahmefälle. <26>

⁴ An diesem Punkt sind wir uns nicht sicher ob wir mit dem Begriff Identität tatsächlich das selbe meinen wie die mutlosen. Stützig macht uns dabei, daß die mutlosen mehr oder weniger den Eindruck erwecken, Identitäten seien wählbar. Was mit und in der autonomen Szeneidentität noch möglich zu sein scheint, funktioniert bei Geschlechteridentitäten so nicht mehr.

Zur Zensur der HH⁵

Uns wird immer wieder entgegengehalten, die HH hätten die Arranca! Nr.8 doch gar nicht zensiert, was sei an einem Nichtverkauf denn so schlimm...⁶ Daran ärgert uns, wie in der Debatte ungenau mit Positionen umgegangen wird. Da ist zum einen die Tatsache, daß die HH selbst von Zensur sprechen und zum anderen unsere Argumentation am Text der HH, mit der wir belegen, daß sie ganz zu recht von Zensur sprechen. Zwar sind sie eindeutig nicht so mächtig, die Arranca Nr. 8 einfach verschwinden zu lassen, man kann aus ihrem Text aber sehr klar herauslesen, daß das ihre eigentliche Intention ist und sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, nämlich im Schwarzmarkt, entsprechend verhalten. Wir hätten doch ganz gern, daß wer da nicht unserer Auffassung ist, diese andere Auffassung an unserem Papier [p&p 33-39, 144-147] und dem Text der HH belegt und auf diese Weise tatsächlich mal in eine Debatte einsteigt, statt nur Meinungen von sich zu geben. Heute verdeutlichen wir unsere Position an Hand eines Zitats von Sven Glückspilz⁷: <27>

«[...] und insofern finde ich eure [der Unglücklichen] Sensibilität zum Thema Zensur sehr erfreulich und den Umgang der 'HH' mit dem Thema Zensur - soweit er sich mir aus dem P&P-Text erschließt - kritisierbar. Ich würde jedoch sagen: Entweder das Vorgehen der HamburgerInnen im Falle der Arranca war entgegen ihrer eigenen Meinung kein eindeutiger Fall von Zensur, oder aber 'Zensur' ist kein unteilbarer Begriff von stets gleicher (auch ethisch-moralischer) Bedeutung in der Praxis, sondern kann verschieden bewertet werden. Das Nicht-Verkaufen einer Zeitschrift an einem Ort ist in meinen Augen eine vertretbare Entscheidung je nach Kontext des Ortes, brisant wird das erst durch den Aufruf zur allgemeinen Unterdrückung der Zeitschrift.» [Sven; S8FN6] <28>

Dazu dreierlei: <29>

1. Wer einen Infoladen betreibt, merkt sehr genau, wo der Unterschied liegt zwischen Nichtverkaufen (gar nicht erst ins Sortiment reintun) und aus inhaltlichen Gründen wieder (weil ja eigentlich abonniert und also irgendwie reingehend) raus-tun [p&p 53]. <30>
2. Auch für's gar nicht erst reintun gibt's Szene-Spielregeln. Bistlang störte sich niemand daran, daß im Infoladen "Daneben" das Organ des Bundes Zum Wiederaufbau der KPD und selbst die Arbeiterstimme (dabei ist die durchaus lesenswert) umstandslos weggeworfen werden.

⁵ FrauenLesben Tag im Infoladen Schwarzmarkt und die Frauen aus der gemischten Ladengruppe des Schwarzmarkt: «Transparenz in der Zensur, oder: Warum wir die Arranca Nr. 8 nicht verkaufen» Hamburg, April 1996 in: "Zeck"; Nummer 49; Seiten 6 - 9; Hamburg Mai 1996 und in: interim Nummer 374; Seiten 12-15; Berlin 1996 Wir kürzen die Verfasserinnen des Textes im Folgenden mit 'HH' ab.

⁶ [Kermit437; S4u], [Sven; S7FN6], [DuW; S9]

⁷ [Sven] -> Sven Glückspilz:

"Liebe 'Unglückliche', ich glaube, ihr habt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet!" in: interim Nr. 439 (11.12. '97); S. 7-9 Der Text von Sven Glückspilz besteht aus der Über-, einer Unterschrift und 15 Fußnoten. Wir zitieren mit Seitenzahlen und Fußnotennummern.

Bisher hat nur einer bemängelt, daß der Infoladen "Daneben" den "express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" nicht führt.

Was bei den LeserInnen der interim schon zu mehr Erstaunen führen wird ist, daß der Infoladen "Daneben" keine Produkte der AABO-Gruppen verkauft.⁸ <31>

3. Der Text der HH hatte ganz klar Aufruf-Charakter. Er ist in der Szene auf jeden Fall so verstanden worden. Unseres ungesicherten Wissens nach hat ein Infoladen in Bremen bezugnehmend auf die HH die Arranca Nr. 8 aus dem Verkauf genommen und an uns wurden nach Erscheinen des Textes der HH mit Verweis auf diesen ebenfalls solche Forderungen gerichtet [p&p 24]. <32>

Soviel noch mal zur Zensur der HH. <33>

Die geheime Bedeutung des Wörtchens "kontrovers"

Seit dem Zensurversuch der HH ist ja aber einiges passiert. Wir fangen mal an mit einer Frage von Sven Glückspilz an uns: <34>

«Warum eigentlich hat euch das so furchtbar gewurmt, daß euer Text nicht gleich in die Interim kam (die 'epische' Länge fand ich ein hinreichendes Argument für eine Verschiebung)? Also, die Veröffentlichungspraxis der Interim finde ich schon auch recht merkwürdig. [...] für mich sagt das nicht mehr und nicht weniger aus als: die Interim-Redaktion(en) sind überfordert mit der Auswahl und Bearbeitung der Beiträge, was keine politische Haltung ausdrückt, sondern 'nur' daß sie dem Druck aus häufiger Erscheinungsweise, politischer Verantwortung, technischer Umsetzung und Repression nicht (mehr) gewachsen sind [...]» [Sven; S7FN3] <35>

An der Einschätzung von Sven Glückspilz fällt uns zunächst auf, daß sie eine rein technische, sachzwangartige Interpretation der Vorgänge liefert und das Problem (hier: die Veröffentlichungspraxis der interim) entpolitisiert.⁹ Wohlgermerkt: Wir wollen nicht behaupten, daß es diese Sachzwang-Probleme nicht gäbe oder daß sie bedeutungslos seien oder eben vom echten Revolutionär problemlos auf Reihe zu kriegen. <36>

An dieser Stelle aber geht Sven Glückspilz' Erklärung achtlos an dem vorbei, was die interim-Redaktionen selbst zum Thema geschrieben haben. Aus den Vorworten der interim Nr. 434, 435, 437 und der Stellungnahme der Redaktion der Nummer 434 in der Nummer 437 geht ausdrücklich hervor, daß die Verzögerungen der Veröffentlichung unseres Papiers inhaltliche Gründe hatte. Diesen Vorworten ist ganz klar zu entnehmen, daß es einerseits interim-interne Auseinandersetzungen darum gegeben hat, ob unser Papier überhaupt

⁸ Diesen steinakten Beschluß will das Ladenkollektiv seit etwa einem Jahr neu diskutieren und hat die erste Diskussionsrunde auch schon hinter sich.

⁹ So auch in anderem Zusammenhang: «[...] wenn ich die Text-Zitate aus dem 'HH'-Text lese, fällt mir spontan nicht Identitätspolitik oder Feminismus ein, [...] sondern 'nur' ungenaue linke Sprachkultur und fehlende Mechanismen sozialer Konfliktlösung.» [Sven; S8FN7u]

veröffentlicht werden soll, andererseits Eingriffe von außen, die versuchten, sein Erscheinen zu verhindern. So wissen wir von einem Brief aus unserem allernächsten Umfeld an die interim, sich doch bitte genau zu überlegen, was sie da tun, wenn sie unser Papier veröffentlichen. Es ging also, lieber¹⁰ Sven Glückspilz, nicht in erster, noch in zweiter Linie um die Länge unseres Papiers. Vielleicht erklärt sich Dir unsere Wurmstichigkeit auch deswegen nicht, weil Du nicht weißt, was alles notwendig war, unseren Text veröffentlicht zu kriegen. Wir werden hier jetzt nicht länglich Geschichten erzählen, nur so viel: Zur Darstellung der Redaktion der interim 434: <37>

«Vor einigen Wochen hatten wir ein Papier dieses Titels mit Bitte um Veröffentlichung erhalten, das sich grundsätzlich mit Fragen von Identitätspolitik, Feminismus, (szeneinterner) Zensur und der sog. Sexualitätsdebatte beschäftigt. [...]

Bei uns hat er *kontroverse Debatten* ausgelöst, und das ist eigentlich auch das, was wir uns im Rahmen dieser Zeitung wünschen. Wir entschieden uns daher, ihn zu veröffentlichen, zusammen mit einem kürzeren Papier von uns, das sich kritisch zu manchen der inhaltlichen Punkte äußert und nicht zuletzt den Argumentationsstil in Frage stellt. [...] Unter anderem erreichte uns ein Brief von FrauenLesben, die ein Papier dazu erstellen wollten. Wir sind gespannt auf Euren Text und haben uns zunächst einmal dazu entschieden, die Veröffentlichung zurückzustellen. [...]» [i434; S2; kursiv von uns] <38>

muß man wissen, daß unser Papier zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Monate in der Endfassung bei der interim war und wir uns wunderten, warum er nicht erscheint, wo uns doch eine interim-Redaktion aufgrund einer Vorabversion, die sie noch um einiges früher erhalten hatte, signalisiert hatte, daß sie unseren Text gerne veröffentlichen möchten. <39>

Soviel zur Frage, warum wir unser Papier «mit einer Akribie, die schon an Peinlichkeit grenzt» [Kermit437; S1ro]¹¹ geschrieben haben. Schließlich war uns klar, worauf wir uns da einlassen und wir haben uns bemüht, unser Papier so zu schreiben, daß es einfach unmöglich wird, es als belanglos, ungenau, falsch oder nebensächlich abzutun und nicht zu veröffentlichen. Wir werden — wegen der Kritik der mutlosen und des Textes von DuW¹² —

uns in einer der folgenden interims noch genauer zur Form unseres Papiers äussern. <40>

Noch mal ein paar Wochen vorher hatten die Hausdurchsuchungen wegen interim stattgefunden und auf einer eilig einberufenen Vollversammlung war der Tenor: Wir alle machen die interim, ein Prinzip kann man nicht verhaften, die interim ist nur so gut wie die Beiträge, die eingeschickt und eben einfach abgedruckt werden... Gleichzeitig wurde bemängelt, daß viele der Beiträge in der interim aber auch unter jedem Niveau liegen und zu wenig interessante Debatten darin vorkämen.

In der konkreten Veröffentlichungspraxis der interim freilich zeigt sich, daß einige von uns Interim-macherinnen gleicher sind als andere: Die einen werden verschoben oder in den Ordner gepackt, während auf die anderen gewartet wird. Die einen werden nur in Begleitung von Sicherheitsbeamten vorgeführt, während die anderen Freigang haben. Im Sonderfall muß ein Text erst von außen veröffentlicht werden bevor er in der interim diskutiert werden kann, bzw. wenigstens im Ordner landet.¹³ <41>

Solches Verhalten produziert letztlich: Konfliktunfähigkeit und damit eine Form von — richtig —: Politikunfähigkeit. Die Bedeutung der interim ist dabei kaum zu überschätzen, weil sie das *einzig* bundesweit vertriebene Blatt der autonomen Szene ist,¹⁴ damit der einzige Ort, wo Debatten von über-regionaler Bedeutung geführt werden können. In anderen Politszenen werden Debatten wie diese vielleicht *zwischen* verschiedenen Zeitschriften ausgetragen, das geht bei uns nicht (auch ein Indiz für den Niedergang der autonomen Bewegung). <42>

Wir hatten im vorhergehenden Zitat *kursiv* hervorgehoben, wie die interim die Wirkung unseres Papiers beschrieb: "kontroverse Debatten". Und warum druckte die interim den Text von Mili-Tante Spinne¹⁵ nicht ab? <43>

«Wir finden es gut und wichtig, viele gerade auch kontroverse Positionen zu veröffentlichen, doch der Text von Mili-Tante Spinne ist uns endgültig über die Hutschnur gegangen.» [i435] <44>

Der Text von Mili-Tante Spinne war offenbar zu kontrovers, so landete er zunächst nicht mal im Ordner. Dorthin kam er erst, nachdem die Internet-Zeitschrift "trend" ihn veröffentlichte und die interim aufforderte, das selbe zu tun. Darauf reagierte eine interim-Redaktion: <45>

«Doch auch für uns gibt es Texte, die wir nicht veröffentlichen wollen. Den Text von

„Mili-Tante Spinne“ haben wir trotz Aufforderung zur Veröffentlichung in den Ordner gepackt. Er befindet sich sogar im Internet. Wer meint, der bürgerlichen Zensur via Internet ein Schnippchen zu schlagen, sollte zumindest die Frage beantworten, wer überhaupt Zugang zum Internet hat.» [i437] <46>

Diese letzte Frage (an den "trend") entpuppt sich sofort als rhetorisch, wenn man weiß, daß die interim sie nicht gestellt hat, als im Gefolge des 13. Juni 1996 die radikal weltweit im Internet gespiegelt wurde. Insbesondere hat die Interim solche Fragen nicht gestellt, als der "trend" nach den Hausdurchsuchungen wegen interim die Spiegelung der interim im Internet organisierte. Das war ein Beispiel praktischer Solidarität seitens des "trend" und sollte die interim veranlassen, ihre eigene Veröffentlichungspraxis zu überdenken.¹⁶ <47>

In dem Text von Mili-Tante Spinne waren durchaus diskutierenswerte Gedanken. Die bleiben der Szene nun jedoch vorenthalten. So bemüht sich Mili-Tante Spinne z.B. um eine geschichtliche Einteilung der Vorherrschaft von Männern über Frauen. Das ist formal ein riesen Fortschritt gegenüber der in der Szene üblicheren Argumentationsform, das Patriarchat zu verewigen. Allerdings können wir die Kriterien der Einteilung, die Mili-Tante-Spinne vornimmt, nicht teilen. Sei's drum: Wie auch in unserem Fall¹⁷ ist uns nicht ganz klar, was der Szene Schlimmes passiert wäre, wenn sie sich mit den Positionen von Mili-Tante Spinne auseinandergesetzt hätte. <48>

Dann war da noch der Text von Pandora¹⁸. Auch sie brachte ihren Text nicht in die interim. Diese begründete wie folgt: <49>

«Wir haben ein Papier in den Ordner gelegt, über dessen Veröffentlichung wir lang und kontrovers diskutiert haben. [...] Wir empfehlen euch dazu [...] ein Kapitel aus Jessica Benjamins "Fesseln der Liebe" [...]» [i439] <50>

Der Ordner wird so zum Veröffentlichungsort der interim. Sie erwartet so dringlich, daß der Ordner gelesen wird, daß sie sogar Literaturhinweise zu den Texten darin gibt. Offenbar muß der Text von Pandora in den Köpfen der interim-Redaktionen einiges bewegt haben, schade nur, daß der Rest der Szene dumm bleiben muß. <51>

Muß wirklich noch gesagt werden, daß selbst für den Fall, daß sich ein Text tatsächlich im Ordner befindet¹⁹ es schon eine ziemlich hohe Hürde

¹⁰ Auch wir wollen damit sagen, daß wir Dich — unbekannterweise — respektieren, erstens weil Du Dir Deine eigene Meinung zur Debatte gebildet und auch die Traute hast, sie in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu äußern. Zweitens, weil Du eine schöne Form für Deine Kritik gefunden hast. Allerdings sind welche bei uns in der Tat der Meinung, daß man Dich mit Kapital-Bänden schlagen sollte.

¹¹ Kermit:
«Einfach Daneben... Friedrichshainer Argumentationsunfähigkeit»
in: interim Nr. 437 (Berlin 13.11.'97), S. 8 - 10
wir beziehen uns auf die handschriftlichen Seitenzahlen [DuW] -->

¹² "Die Debatte zuspitzen:
Kuschelsex ODER Kuschelpolitik?
Lesbisch-kommunistische De-Konstruktion ODER ex-autonom-postmoderner Liberalismus?"
erster Teil in: interim Nr. 440 (18.12.'97)
Wir zitieren nach den Seitenzahlen der interim und denen des Textes.
In dem Moment, wo wir dies schreiben, wissen wir — aufgrund

der Scheibenweisen Veröffentlichung durch die interim — noch nicht, wie sich der/die Autorin selbst nennt und verwenden daher die Abkürzung DuW.

¹³ Nein, damit vertreten wir nicht die Auffassung, daß die interim alles drucken muß, was ihr zugesandt wird und wenn's das Telefonbuch ist. Wir wissen, daß bei der Redaktion einer bundesweit vertriebenen Zeitung zwangsläufig jede Menge Zeug ankommt, das nicht veröffentlicht wird. Produkte von Verfolgungswahn genauso, wie Drohbriefe. Und wir wissen, daß die interim solches kommentarlos verschwinden läßt. Was wir kritisieren ist der ungenaue bzw. diskussionsverhindernde Umgang mit Texten, wie dem von Mili-Tante Spinne oder Pandora.

¹⁴ Die radikal kommt zu selten raus und in der Amazora können Männer- und gemischtgeschlechtliche Gruppen nicht mitdiskutieren.

¹⁵ [MTS] -->
Mili-Tante Spinne:
"Mola - die Morgenlatte (Zur jüngsten Vergewaltigungsdebatte)" nicht veröffentlicht in: interim Nr. 435 (30.10.'97)

¹⁶ Der "trend — online Zeitschrift für die tägliche Wut" war mal das Blatt der GEW Kreuzberg und flüchtete ins Internet, als die Gewerkschaft dem aufmüpfigen Blatt den Geldhahn abdrehete. Die Adresse des "trend" lautet:
<http://www.berlinet.de/trend/>
irgendwo dort gibt es auch den Text der HH und "Die Legende von Paul und Paula..." zum downloaden.

¹⁷ Wir sind gegenüber Mili-Tante Spinne deutlich privilegiert: Unser Papier ist veröffentlicht worden.

¹⁸ [Pandora] -->
Pandora:
"Gibt es überhaupt irgendwas zwischen „Liebe“ und „Vergewaltigung“? Zur Sexualitätsdebatte von Männern, v.a. Schwarze Feder zu Geronimo in Interim 434."
Nicht veröffentlicht in: interim Nr. 439

¹⁹ sooo toll klappt das nicht: Uns fehlt z.B. immer noch der Ordnernhalt zur interim Nr. 426 oder die Texte "An Fliegenpilz + den Unglücklichen" und "Zensur in der interim?": Mola - die Morgenlatte", die es beide nicht in die Nummer 438 geschafft haben.

darstellt, deswegen zu einem von max. vier Berliner Infoläden zu fahren (vorher Öffnungszeiten rauskriegen!), dort reinzugehen, zu sagen, was man will und sich das Ding dann zu kopieren?

Oder: paralleles Beispiel: Wer hat schon die Traute, im Schwarzmarkt nach der Arranca Nr. 8 zu fragen? <52>

Scheuklappenpolitik

Während der oben schon mal erwähnten Voll-Versammlung wegen der interim-Hausdurchsuchungen wurde auch über die Qualität der interim diskutiert. Nach einigen eher kritischen Redebeiträgen kam ein Genosse zu Wort, Typ autonomes Urgestein, immer noch organisiert in einer Gruppe mit gut eingeführtem Namen. Der meinte, so schlimm sei's doch auch nicht, es seien ja durchaus auch Debatten in der interim geführt worden, die Sexualitätsdebatte z.B., die seien recht interessant gewesen. Und wörtlich weiter: <53>

«Obwohl da auch einige Beiträge dabei waren, die ich lieber nicht gelesen hätte.»
[anonym] <54>

Aha! Was haben sie ihm denn angetan, diese Beiträge? Mußte er nachdenken? Stand nicht drin, was er lesen wollte? Solche Sätze können uns die Wände hochtreiben. Wie wollen wir denn in gesellschaftliche Konflikte eingreifen, die Debatte zu spitzen, wenn wir derart ängstlich auf andere Positionen reagieren? Ein Einzelfall? Was hält unsere Szene denn von so was? <55>

«Als uns diese Nummer der Interim im Laden erreichte, haben wir sie erst mal nicht zum Verkauf auf den Tresen gelegt, da wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Möglichkeit hatten, gemeinsam zu klären ob wir uns dazu verhalten wollen und wenn ja, wie.

Wir haben uns jetzt dazu entschieden, sie kommentiert zu verkaufen [d.h., dieser Text liegt jeder Ausgabe im Laden bei, die zeck/da der Text der Unglücklichen direkt auf unser Flugblatt zum Nichtverkauf der Arranca Nr.8 (siehe Archivordner im Schwarzmarkt) Bezug nimmt.

Wir sind ziemlich genervt von dem Text [...] [...] auch wenn die Unglücklichen unser Flugblatt auseinandernehmen und uns jedes Wort im Mund umdrehen [...]» [DFadS; S4]²⁰ <56>

Oh Gott! Wä'r uns das peinlich! Kämen wir auf die Idee, Texte nicht zu verkaufen, die uns das Wort im Mund umdrehen, gäb's im Infoladen "Daneben" seit geraumer Zeit keine interim mehr. Dazu noch ein Detail aus dem Nähkästchen: Wir haben den HH eine Kopie unseres Textes zugeschickt, sechs Wochen, bevor er als interim Nr. 436 erschien. <57>

Klarerweise gefällt uns dazu die Kommentierung durch die zeck (man beachte den Gebrauch des Wortes "kontrovers"): <58>

«Wir sehen in diesem Nichtverkauf dieses Diskussionsbeitrages nichts weiter als einen

reflexhaften Versuch einer Bevormundung durch den Schwarzmarkt dar. Dabei stellt sich die Frage, was eigentlich die Funktion eines Infoladens sein soll, der Diskussionsbeiträge zu kontroversen Debatten der Szene vorenthält, diese also offensichtlich für unmündig hält, sich ihre eigenen Gedanken zu machen.» [zeck65; S4] <59>

Und weil wir gerade bei den Absurditäten sind, noch ein paar Anekdoten zum Thema Scheuklappen aus unserem Umfeld, ausgewählt unter besonderer Berücksichtigung der Begeisterung Des unbekannten Wesens für Zensur einerseits und strukturalistische Ansätze andererseits: <60>

Da wäre z.B. der Reader einer Münchner Männergruppe (Seppreader), der im Infoladen "Daneben" im Giftschrank landete. Wegen seitenlanger Foucaultzitate aus "Sexualität und Wahrheit" Bd.1-3. Denn Foucault beschrieb pädophilen Sex im alten Griechenland, ohne sich zu distanzieren. <61>

Eins von uns wurde mal mit dem ersten Band von "Das Kapital lesen" von Louis Althusser gesehen. Was das denn sei. Worum es da gehe. Warum man den lese. "Eine Grundlagentheorie die später auch für feministische Theoriebildung wichtig wurde? Von einem Mann?" <62>

In einer ähnlichen Situation fing sich eins von uns mißbilligende Blicke ein, als es erwähnte, daß Althusser seine Frau getötet hatte und es zog dann vor, das Gesprächsthema zu wechseln. <63>

Immer ran, an die Widersprüche!

Warum Scheuklappen- bzw. Vogel-Strauß-Politik uns nicht weiterhelfen, sollte unmittelbar einleuchten. <64>

Wir halten es insgesamt für ein Armutszeichen, für die autonome Szene, daß bei uns so wenig bis gar nicht über aktuelle Entwicklungen im Bereich Zensur bzw. staatliche Bevormundung diskutiert wird. Was ist mit den verschiedenen Zensurangriffen auf das Internet (die Anarchistische InternetZeitung (AIZ) z.B. wurde von der Unileitung (Leipzig?) verboten). Was mit Freiwilliger Selbstkontrolle im Internet (PICS)? Was sagen wir zu PUSH-Technologien, zum Signaturengesetz, zum Telekommunikationsgesetz, zur Zensur von Ralf König Comics, zum Anschlag auf Terror 2000, Key Recovery in PGP 5.x? Kein Problem mit Zensur? <65>

Im Bereich der Medien tut sich aktuell eine ganze Menge, Bereiche, die sich bislang einigermaßen den staatlichen Zugriffen entziehen konnten werden zunehmend mehr reguliert. Was bedeutet das für eine linke Bewegung? <66>

4. Dezember 1997

Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
D-10247 Berlin
email: Daneben@omega.berlinet.de



Antiquariatskatalog Nr.8 ist da.

Gemeinschaftsprojekt von Anares Köln & Sehnde. Über 1.500 Titel, Schwerpunkt Soziale Bewegungen des 20.Jh.: Revolte & Utopie

Anfordern bei:

Anares Nord

Postfach 2011 · 31315 Sehnde · Fax 05132/93833

Sollte jemand diese Texte haben: Wir wären für 'ne Kopie dankbar!

²⁰ [DFadS] -->

Die Frauen aus dem Schwarzmarkt:
"Ein paar Worte zur Interim Nr. 436"
in: zeck Nr. 65; S. 4; Hamburg Dez. '97
und in: interim Nr. 440 (18.12. '97); S. 20



Eintrittsspende: 5 bis 12 Mark Einlaß: 20 Uhr
Gneisenastr. 2a **EX**

Das EX ist berollbar. Es gibt einen Fahrdienst für Rolli-Frauen und -Lesben.
Bitte macht einen festen Termin aus unter der Telefon-Nr. 6912971

ZU VIEL ist ZU WENIG
BEZAHLBARE BUSSE & BAHNEN FÜR ALLE!

DEMO Veranstaltet von: GRÜNE LIGA Berlin e.V.

030 / 443 39 10
24.1.98 13.30 Uhr Brandenburger Tor

Die Bibliothek der Freien
und das El Locco
lädt herzlich ein
zur Veranstaltung:



Politisches Handeln und öffentlicher Raum - Zur Aktualität Hannah Arendts

Vortrag und Diskussion mit Siegfert Wolf

Hannah Arendt (1906-1975) und ihr Werk sperren sich gegen vor-schnelle Zuordnungen. Als Jüdin, Flüchtling und Philosophin stand sie zwischen den Kulturen. Ihr Leben war geprägt von der Erfahrung der Verfolgung, des Holocaust und des Exils. Zeit lebens wehrte sie sich gegen die Versuchung abstrakter Theorien und geschlossener Systeme. Ihr Interesse galt einer Neubestimmung des Politischen und der Suche nach den Möglichkeiten humanen politischen Handelns. Von Siegfert Wolf erschien 1991 das Buch: „Hannah Arendt - Einführung in ihr Werk“ Frankfurt a.M. (Haag u. Herchen)
Veranstaltung mit kleinem vegetarischem Buffet, in Zusammenarbeit mit der Bibliothek der Freien.

am Freitag 30. Januar um 19.00 Uhr

im El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin

'Ackern für Deutschland'

Geschichte und Gegenwart der
Ausländerbeschäftigung seit 1871

Eine Ausstellung der GALERIE OLGA BENARIO
in Zusammenarbeit mit der Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

vom 21.11.1997 bis 31.1.1998
(Winterpause 23.12.1997 bis 3.1.1998)

Anhand von konkreten Beispielen wollen wir historische Stationen der AusländerInnen-beschäftigung (spolitik) und Arbeitsmigration darstellen. Dabei sollen die Kontinuitäten, Parallelen und Brüche in der AusländerInnenpolitik der letzten 100 Jahre aufgezeigt werden, die wir für eine Diskussion der aktuellen Situation der ArbeitsmigrantInnen für unerlässlich halten.

Veranstaltungsreihe Teil II:

- Do. 22.1. 19.30h Info-Abend mit Nita Prasad von Ban Ying e.V. (Zufluchtsstätte für Frauen aus Südostasien) und Ausschnitte aus dem Dok.-Film über österreichisch-asiatische Mischehen „Die letzten Männer“, von Ulrich Seidl, 1995
- Mo. 26.1. 19.30h „Das Heimweh des Walerjan Wrobel“, Spielfilm von Rolf Schübel, 1990/91, 95' über das Schicksal eines jungen polnischen Fremdarbeiters im Deutschland der 30er Jahre
- Di. 27.1. 19.30h „Statt Lohn nur ein paar Hunderter“ - Diskussionsveranstaltung über die Situation polnischer Bauarbeiter in Berlin/Brandenburg mit Conny Roth von Z.A.P.O. (Zentrale integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa)

außerhalb der Veranstaltungsreihe zur Ausstellung gibt es in der GALERIE folgende Veranstaltungen:

- Fr. 16.1. 18.30h „Pantanal - Aguas de Vida“ - ein Video von Rios Vivos (Zusammenschluss von sozialen Organisationen und Umweltorganisationen in Lateinamerika), span. mit dt. Untertiteln, 65', Veranstalter: Lateinamerika-Koordination

- Do. 29.1. 19.00h Verschiedene lateinamerikanische SchriftstellerInnen lesen Gedichte und Erzählungen

GALERIE OLGA BENARIO Weserstr. 5 12047 Berlin-Neukölln, U-Bhf. Hermannpl., Eingang: Restaurant „Orlando“, geöffnet So-Fr 18 bis 24 Uhr

ILJA EHRENBURG

DEUTSCH-RUSSISCHES MUSEUM
BERLIN-KARLSHORST
27. NOV 1997 BIS 18. JAN 1998
ZWIESELER STRASSE 4
ECKE RHEINSTEINSTRASSE
10318 BERLIN-KARLSHORST
TEL 508 83 29, 509 86 09
S-BAHNHOF KARLSHORST
DI-SO 10-18 UHR - EINTRITT FREI

El Locco - Programmübersicht Januar 1998

- Do. 22.01. Video **Küchengespräche mit Rebellinnen**, Österreich 1984, 80 min. 20.00 Uhr
Vier Frauen erzählen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus - über Gefahr, Angst und Solidarität. Sie haben KZ-Häftlinge bei der Flucht unterstützt, haben Widerstand bei den Partisanen und Widerstand gegen Terror und Isolation im Gefängnis geleistet. Sie haben mit diesem Widerstand ihr Leben riskiert. Die Filmemacherinnen haben die Erzählungen der Frauen im Film nicht kommentiert, haben versucht, mit ihrer Erinnerung vorsichtig umzugehen, ihre Erzählungen für sich sprechen zu lassen. Ihr Erinnern ist Widerstand.
- So. 25.01. Bücher **Büchertisch, DaDa und Surrealismus, Diverse Raritäten** 15.00 - 20.00 Uhr
- So. 25.01. Video **Hanna Höch, Dokumentation** 15 min 17.00 Uhr
Weisser Werktag / Hans Arp, CH 1964, 34 min.
Hans Arp (1887 - 1966), Bildhauer, Maler, Lyriker, war 1916 Mitbegründer der Dadabewegung in Zürich. Der Film WEISSER WERKTAG entstand zwei Jahre vor dem Tod des Künstlers in seinen Ateliers bei Paris und Locarno. Eine beobachtende Kamera macht den Zuschauer zum Zeugen eines ebenso aussergewöhnlichen, wie auch alltäglichen, schöpferischen Prozesses.
.....Merz, Schwitters, 45 min.
- Mi. 28.01. Video **Landlosenbewegung, Referat und Video-Film** 20.00 Uhr
Geschichte und aktuelle Entwicklung der brasilianischen Landlosen-Bewegung. Die Alternative, die Schwierigkeiten und Gefährdungen dieser Bewegung allein in Südamerika (und weltweit) - siehe El Salvador, Nicaragua und der Zapatistas in Mexiko als beispielhaft gilt.
Diese Veranstaltung steht im Zusammenhang mit der obigen am 14.01.98
- Do. 29.01. Video **Die lange Hoffnung**, Mit Clara Thalmann und Augustin Souchy 20.00 Uhr
BRD 1984, Medienwerkstatt Freiburg, 90 min.
Am 27. Januar 1987 starb Clara Thalmann, eine der wenigen Zeitzeuginnen des kurzen Frühlings der spanischen Anarchie 1936. Die Filmemacher begleiten 6 Wochen lang Clara Thalmann und Augustin Souchy in die Gegend Kataloniens, wo beide zwischen 1936 und 1939 aktiv an den Kämpfen gegen Franco und an der Kollektivierung der anarchistischen CNT, teilgenommen haben. Bauern, Tagelöhner, Handwerker und Arbeiter kollektivierten Landbesitz und Produktionsmittel. Clara und Augustin verkörpern ein Stück Kontinuität, lebendige Geschichte der anarchistischen Bewegung, die nichts gemein hat mit der Kurzlebigkeit vieler politischer Bewegungen heute.
- So. 01.02. Bücher **Trödel - Büchertisch**, alte, verstaubte, dicke u. dünne..... 15.00 - 20.00 Uhr
- So. 01.02. Video **Edipo Re - Bett der Gewalt**, I 1967, 100 min, R: Pasolini 17.00 Uhr
Die Tragödie des Ödipus, der unwissend seinen Vater tötet, die Mutter zur Frau nimmt und nicht ruht, bis diese unbewußte Schuld ans Licht gebracht und gesühnt ist, in einer modernen Verfilmung: Von Sophokles ist nur die reine Handlung, kein einziges Textwort übernommen. Pasolini hat das mythische Geschehen in die zeitenfern-archaische Realität der Bauern und Handwerker des unterentwickelten italienischen Südens verlegt und den antiken Stoff marxistisch zu aktualisieren versucht.
Ein interessantes, sehens- und diskussionswertes Experiment.

- * Über „Kunst & Wirkungslosigkeit“ diskutieren am Donnerstag, den 22.1.98 um 19.00 Uhr im Keller-Saal der HUB (Zugang über Dorotheenstr. 24) MitarbeiterInnen von SPEX (Köln), KuK (Göttingen), Texte zur Kunst (Köln) und AAB (Berlin).
- * die Volxpraxisgruppe trifft sich jeden Dienstag um 19.00 Uhr im EX (am Tresen fragen); ihr Konzept veröffentlichten sie in der Interim vom 18.12.97
- * am 29. Januar liest Raul Zelik aus seinem neuen Roman „Friß und stirb trotzdem“ in Bremen in der Villa Ichon, Goetheplatz 4 um 20.00 Uhr
- * am Dienstag, den 27. Januar liest Uwe Rada in Berlin um 20.00 Uhr aus seinem neuen Buch „Hauptstadt der Verdrängung“ im Cafe Krähenfuß, HUB
- * am Donnerstag, den 29.1. um 20.00 Uhr Informationsveranstaltung zu Intersexualität im Spinnboden, Anklamer Str. 38, in Berlin
- * am Montag, 2.2.98 laden die Revolutionären Funken zu einer Diskussion über die „Bedeutung des Werkes Rosa Luxemburgs für eine moderne revolutionäre Bewegung“ in den A-Laden, Rathenower Str. 22 in Berlin-Moabit
- * die Ausstellung zu Ilja Ehrenburg im deutsch-russischen Museum in Karlshorst wurde bis zum 25. Januar verlängert.

Größenwahn

Veranstaltungsetage

Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin

Tel / Fax 294 921 20 oder
294 76 88 (Frauen/Lesben)

Freitag, 23.1.1998
20.30 Uhr: Film
FrauenLesbenVideoKino
„Out in Friedrichshain“

Mir zeynen do!

Der Ghettoaufstand und die jüdischen Partisaninnen von Bialystok

ein Film von Ingrid Strobl (1992 - 90 Min.)

(siehe oben)

Eintrittsspende 4 Mark, wovon ein Teil an Frauen/Lesben-Projekte gespendet wird

Freitag 30.1.1998
Freitagskino im Größenwahn

Eintrittsspende 4 Mark
20.00 Uhr: Film

Aus einem deutschen Leben

Theodor Kotulla, BRD 1976

Einer der wenigen deutschen Filme über die Täter des Nationalsozialismus. Das Drehbuch hält sich eng an die autobiographischen Zeugnisse des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss, der hier von Götz George (Schimanski) dargestellt wird.

Ein Film der Diskussionsbedarf weckt.

☆

ANTIFA-WOCHE in Bernau 23.-30.1.



Gefühl + Härte
gegen rechts!
Scattergun+Di Strehba

23.1.
20 Uhr

Guwa

KONZERT



Ausstellung über
KZ-Buchenwald
Filme, Referat+Gesprächsrunde über Antifa

24.1.
16 Uhr

DOSTO

DISKUSION



"You'll never
walk alone!"

25.1.
10 Uhr

Turnhalle
an der Jahnstr.

FUßBALL



Rechte Ökologie

Umweltschutz zwischen
Emanzipation+Faschismus

26.1.
19 Uhr

DOSTO

VORTRAG



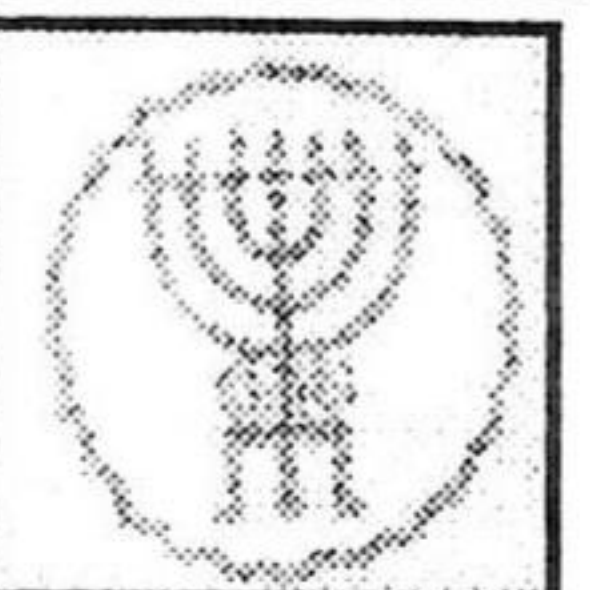
Arbeitsmarkt +
Nationalismus

Rassismus, Konkurrenz+
Soziale Frage (z.B. Bau)

27.1.
19 Uhr

DOSTO

VORTRAG



Antisemitismus
Geschichte+Gegenwart

28.1.
19 Uhr

Junge Gemeinde

VORTRAG



Antifaschistischer
Kneipenabend
Feste feiern Damit
Sie fallen!

29.1.
19 Uhr

DOSTO

KNEIPE



Ska against racism!
The Ruffians

30.1.
21 Uhr

Seminar über
Skin-/Ska Bewegung

Guwa

KONZERT

sich fügen - heißt lügen!

Aktionstage vom 11.2.-15.2.98 in Leipzig

Mittwoch 11.2.98 14.30 Treffen am Adler

Demo durch den Plagwitz Kiez

Bis Sonntag kontinuierlich

Aktionstage auf dem Pflaster in der
Innenstadt von Leipzig

Öffentliches Leben/ Wohnen:
Vokü, Disso, Session,
Theater, Kinder, Kino,
Workshops, Diskus-
sionen, Um-
zug durch
die Stadt,
Konzerte,
Variété



Here we go!

Infoladen "Wildost"

Str.d.Jugend 100

Aus dem Bedürfnis entstanden, den Gedankenaustausch über emanzipatorische, alternative, kritische, kämpferische, utopische, spinnige (usw.) Ideen mal etwas breiter zu gestalten, gibt's in Cottbus ab dem 09.01.1998 den INFO-LADEN "WILDOST".

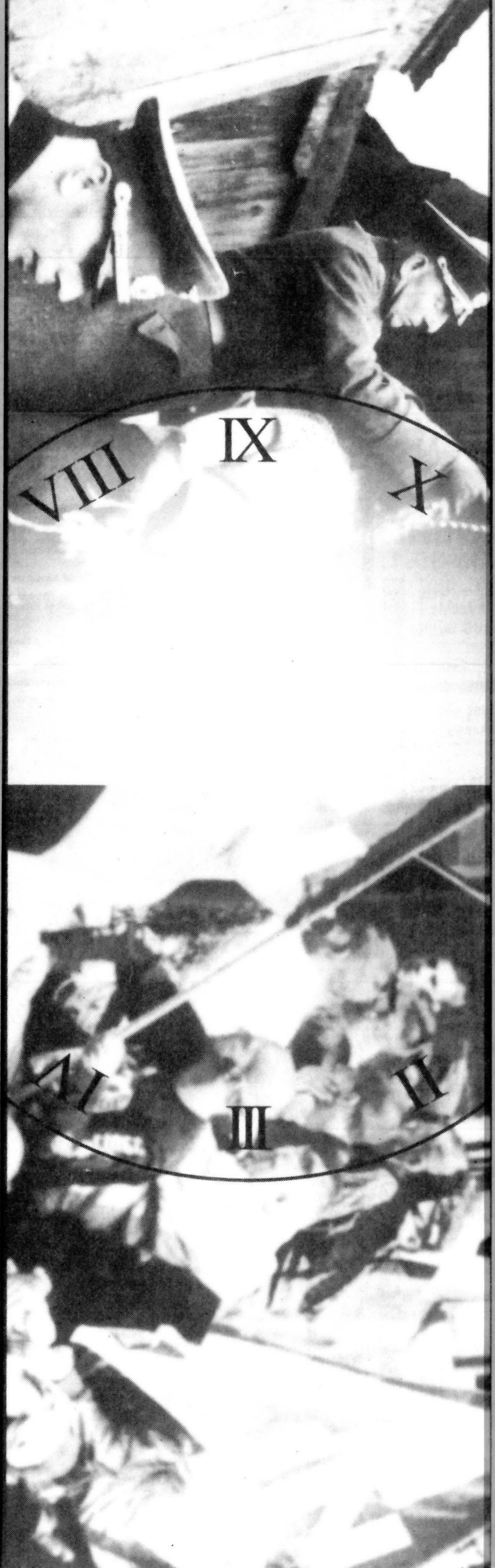
Er ist ein Versuch, in der übermächtigen, allgewaltigen bürgerlichen Medienlandschaft an einem Gegenpol zu basteln und Informationen anzubieten, die hierzulande gern unter den Tisch geworfen werden.

Wir bieten Zeitschriften und Bücher zu Themen wie Antifaschismus, Totalverweigerung, Feminismus, Atompolitik, Ökologie, Utopien, DDR- Aufarbeitung u.a. an und arbeiten an dem Aufbau einer Bibliothek. Leider ist es uns bisher noch nicht gelungen, vom Ware-Geld-Kreislauf abzukoppeln, weshalb wir kaufwütigen LesestoffsammlerInnen durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen. Ihr könnt die Bücher, Zeitschriften, Broschüren aber auch ausleihen oder im nebenräumlichen LESECAFÉ bei nettem Getränk und Keks lesen. Desweiteren gibt es noch Comics, T-Shirts, Revolutionsbedarf, einen warmen Ofen und diverse Gesellschaftsspiele.

Zur Eröffnung gibt es am 09.01. ab 20.00 Uhr eine Cocktailparty im Jugendbegegnungszentrum, bei der Eurer zahlreiches Erscheinen uns Mut für die Zukunft machen wird. Begeisterungsfähige MitarbeiterInnen sind immernoch herzlich willkommen.



**Verbrechen lassen sich nicht leugnen!
Kein Platz dem deutschen Geschichtsrevisionismus**



Kommt alle zur

bundesweiten Demonstration 24.1.98 in Dresden

Bündnis gegen Rechts Dresden · Samstag 10 Uhr Altmarkt · NPD/JN-Aufmarsch verhindern

„Antifa-Sonderzug“ nach Dresden! Abfahrt ab Berlin -Lichtenberg morgens 6.18 Uhr zum Wochenendtarif